

# FORSCHUNGEN ZUR BRANDENBURGISCHEN UND PREUSSISCHEN GESCHICHTE

NEUE FOLGE

Begründet von Johannes Kunisch

Herausgegeben im Auftrag der  
Preußischen Historischen Kommission  
und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz  
von Wolfgang Neugebauer und Frank-Lothar Kroll

21. Band 2011 Heft 1



Duncker & Humblot · Berlin

„PROVOZIERTER DEFENSIVKRIEG“ 1870,  
„EMSER LEGENDEN“ UND „SYBEL-SYNDROM“  
IN DER BISMARCK-HISTORIOGRAPHIE

Vom Votum der Quellen zum „Veto der Quellen“.  
Aus Anlaß von „vermischten Beiträgen“ in den FBPG und der HZ  
über eine Edition zur unmittelbaren Vor- und Nachgeschichte  
des Reichsgründungskriegs 1870/71

Von Josef Becker, Augsburg

*„[Sie, H. v. Sybel, stellen] mich als tugendhafter, aber auch mein damaliges Urteil über die Dinge [1866–1870 über die Unausweichlichkeit eines Krieges mit Frankreich] als naiver hin, wie ich war“.*

Mit diesem lapidaren Verdikt reagierte im Frühjahr 1894 Otto v. Bismarck auf die Zusendung eines Korrekturabzugs von Band VI der „Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ von Heinrich v. Sybel, deren Geschichte er noch als Kanzler in Auftrag gegeben hatte. Was im Brief Bismarcks folgte, war für einen der historisch-politischen Wortführer der kleindeutschen Geschichtsschreibung (wie seine Nachfahren in der deutschen Historiographie) eine desillusionierende Lektion zur unmittelbaren Vorgeschichte des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71<sup>1</sup>: „Ich habe damals *u. früher* keinen Augenblick gezweifelt, *dass mit Frankreich ein dauerndes Freundschaftsverhältnis unmöglich u. der Krieg sicher sei. Ich wollte ihn aber aufschieben und Napoleon in guter Laune behalten so lange es ging*“ (Nr. 941). Es ist dies keine post-festum-Legende des alternden Reichsgründers. Schon während des Feldzugs in Frankreich 1870 hatte Bismarck dem nationalliberalen badischen Außenminister v. Freydorf eine Binsenweisheit im damaligen antagonistischen Staatensystem Europas erklärt: „Er habe stets vorherge-

---

<sup>1</sup> Im folgenden Zitat markieren Kursivierungen eigenhändige Zusätze Bismarcks. Generell verweisen in diesem Manuskript Nummern oder Bd.-Angaben mit Seitenzahl auf die entsprechenden Dokumente bzw. Stellen, die Angabe „Chronik“ jeweils auf den „Anhang VI“ in: Bismarcks spanische ‚Diversion‘ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg, Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866–1932, hrsg. v. Josef Becker unter Mitarbeit von Michael Schmid, 3 Bde., Paderborn u. a. 2003–2007. – Herrn Kollegen Neugebauer danke ich für die Aufnahme dieses Beitrags zur Bismarck-Forschung in die FBPG.

sehen daß sich die deutsche Frage [in kleindeutschem Sinne] nicht ohne Krieg mit Österreich und Frankreich ordnen lasse, und sein Bestreben sei gewesen, zu verhüten, daß man beide Kriege gleichzeitig führen müsse“<sup>2</sup>.

Man erinnert sich dieser Kritik Bismarcks an Sybel<sup>3</sup>, wenn man H. Fenske's Miszelle „1870/71 – Ein ‚provocierter Defensivkrieg‘ mit Frankreich?“ in den „Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte“ 2003 liest<sup>4</sup>. Und ein zweites Urteil über Sybels „Begründung des Deutschen Reiches“ und damit über die offiziöse Darstellung des Kriegsangebotes 1870 drängt sich auf: der kleindeutsch-liberale Außenminister (1861–65) der „Neuen Ära“ im Großherzogtum Baden und Bismarck-Gegner Franz v. Roggenbach (der in der Euphorie des Sieges von Sedan eines der exorbitantesten deutschen Kriegszielprogramme entwarf<sup>5</sup>) hat nach dem Erscheinen von Sybels Werk in einem Brief an einen Freund drastisch geschrieben: „Wenn die Hohenzollern-Kandidatur als Einleitung dieses als notwendig erkannten Krieges erdacht und verfolgt wurde, dann läßt sich der Kasus verteidigen. Nur sollte aber niemand kommen und wie Sybel der Welt glauben machen, Bismarck könnte einen Augenblick so blöde gewesen sein, und die Tragweite der Hohenzollern-Kandidatur verkannt haben“<sup>6</sup>.

<sup>2</sup> .Nr. 907. Vgl. dazu Nr. 983a (Bd. III, 624) sowie Anm. 28 in diesem Aufsatz.

<sup>3</sup> Bismarcks Kritik war zugleich eine Lektion in „Realpolitik“; sie dominierte im vorherrschenden „balance-of-power“-System nach 1848 und ist – entgegen den heute in Deutschland geläufigen euphemistischen Interpretationen von „Realpolitik“ – in meiner Edition im Sinne von G. P. Gooch (1901) und Paul W. Schroeder definiert: „The apotheosis of national egoism, or *Realpolitik*, arose in part from a reaction against the idealism of the eighteenth century, but owes its current popularity in large measure to the influence of the life-work of Bismarck ... The man who succeeds is right [...]. The survival of the fittest is elevated from a statement to a precept“ (hier zitiert nach *Frank Eyck*, G. P. Gooch: A study in history and politics, London 1983, 73); „The balance of power idea sanctioned and mandated policies of narrow self-interest and a constant quest for compensations and indemnities, and justified each power in pursuing its own particular definition of the European balance, incompatible with and contradictory to those of others“ (*Paul W. Schroeder*, The Vienna System and its Stability, in: Das europäische Staatensystem im Wandel, hrsg. v. Peter Krüger/Elisabeth Müller-Luckner, München 1996, 110). Zu Sybels Geschichtsschreibung im Dienste Bismarcks vgl. *Alexander Usler*, Untersuchungen zur deutschen Historiographie über die Vorgeschichte des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71, Phil. Diss., Augsburg 1988, 39–53; generell vgl. *Hellmut Seier*, Bismarck und die Anfänge des Kaiserreichs im Urteil der deutschen Historiographie vor 1914, in: Bismarck und seine Zeit, hrsg. v. Johannes Kunisch, Berlin 1992, speziell zu Sybel: 368–376.

<sup>4</sup> Die Miszelle von *Hans Fenske*, 1870/71 – ein ‚provocierter Defensivkrieg‘ mit Frankreich?, in: FBPG 13 (2003) Heft 1, 109–114 wird im folgenden Text mit dem Jahrgang (erschienen 2004) nachgewiesen, analog seine Besprechung von Bd. III meiner Edition „Bismarcks spanische ‚Diversion‘ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Quellen zur Vor- und Nachgeschichte der Hohenzollern-Kandidatur für den Thron in Madrid 1866–1932“, in: FBPG 18 (2008), Heft 2, 267–270 (publiziert 2009).

<sup>5</sup> Vgl. *Josef Becker*, Baden, Bismarck und die Annexion von Elsaß und Lothringen, in: Oberrheinische Studien II, hrsg. v. Alfons Schäfer, Karlsruhe 1973, 141 sowie stark abschwächend Roggenbachs Debattenbeitrag im Reichstag von 1872 (ebd., 160 Anm. 75).

Die eingangs zitierte Lektion Bismarcks für Sybel fruchtete für die definitive Fassung der Auftragsarbeit des Reichsgründers nur partiell. In seiner Antwort bedauerte Sybel zwar die harsche Rüge des ehemaligen Kanzlers, „daß ich Sie tugendhafter und Ihr Urteil naiver dargestellt habe, als Sie gewesen. Mein erster Eindruck, bekenne ich, war“ – und dann folgt eine für das „Sybel-Syndrom“ in der national-patriotischen Bismarck-Historiographie (und für deren wissenschaftliche Stichhaltigkeit) charakteristische Wendung – „es ist schade darum, die Tugend schien mir in diesem Falle Ihnen sehr gut zu stehen, und das supponierte Urteil vielleicht disputabel, aber durchaus nicht naiv zu sein. Sofort aber mußte ich als Historiker mir sagen, daß es über Bismarcks Ansichten und Absichten doch keine bessere Quelle geben könne als Bismarck selbst.“ Er habe daher auf den fraglichen Seiten seines VI. Bandes allen Beanstandungen des Kanzlers Rechnung getragen und dessen „Marginalerörterung zu neun Zehntel wörtlich“ eingefügt: nämlich, daß der Ministerpräsident Preußens „seit 1863 und vollends seit 1866 den Ausbruch eines französischen Kriegs nur für eine Zeitfrage gehalten“ und deshalb es als seine Aufgabe betrachtet hatte, „bei der damaligen Lage Zeitgewinn zu suchen und den Ausbruch durch scheinbar entgegenkommende, hinhaltende Behandlung der französischen Forderungen zu verzögern“<sup>7</sup>.

<sup>6</sup> Karl Samwer, Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach, Wiesbaden 1909, 124, Brief vom 15. Februar 1895. Nach seiner Entlassung und im Zusammenhang mit der spanischen Thronkandidatur ließ Bismarck mit Nachdruck betonen, die preußische Regierung habe „den Krieg [...] als zweifellos bevorstehend voraus[gesehen]“. Es habe aber „im Interesse Deutschlands [nach 1866/67 gelegen], diesen großen und gefährlichen Krieg, wenn er auch nicht zu vermeiden war, doch aufzuschieben, weil die deutsche Seite mit jedem Jahre [...] um etwa hunderttausend Mann nach preußischer Art ausgebildeter Soldaten stärker wurde“ („Chronik“ 20. Februar 1895). Im übrigen bleibt bemerkenswert, wie weit entfernt die Ängstlichkeit mancher jüngeren Historiker in der Behandlung der Kriegsursachenfrage von der Unbefangenheit der Zeitgenossen Bismarcks vor dem I. Weltkrieg ist. Man vgl. z. B. K. Klüpfels Urteil von 1873 (Anm. 47) oder Actons ebenso nüchterne wie souveräne Beurteilung der Ausgangslage: *The War of 1870*, London 1871, 227.

<sup>7</sup> Nr. 942. Vgl. *Heinrich v. Sybel*, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. VI, München/Leipzig 1894, 38 f.: „In Paris herrschte die Gesinnung, die in dem mächtigen Wachsthum Preußens unter allen Umständen eine Verletzung der nationalen Ehre und der Machtstellung Frankreichs in Europa sah. Deshalb hatte Bismarck schon seit dem dänischen Kriege keinen Zweifel darüber gehabt, daß die hier begonnene deutsche Entwicklung nicht ohne einen Kampf mit Frankreich zum Schlusse geführt werden könnte. Er hatte bei seiner ersten Anregung der Erwerbung Schleswig-Holsteins, December 1863, es ausgesprochen, man werde sie, ebenso wie jene Schlesiens, mit großen Kriegen vertheidigen müssen. Und nun vollends nach der Umgestaltung Deutschlands im Jahre 1866 hielt er den Losbruch eines französischen Angriffs nur noch für eine Frage der Zeit, wobei er es allerdings als seine Aufgabe erkannte, den Beginn des Conflicts nach Möglichkeit hinauszuschieben, und Frankreich durch scheinbares Eingehen auf seinen Wünsche hinzuhalten. Denn jeder Zeitgewinn stärkte die deutsche Macht durch die Einführung des preußischen Heersystems in den verbündeten Staaten, und verminderte die Gefahr einer österreichisch-französischen Coalition, die man bei der damals noch frischen Verstimmung Österreichs nicht außer Rechnung lassen durfte“. Zu den altersbedingten Lebensumständen, unter denen Sybel die letzten beiden Bände der „Begründung des

Was jedoch in der Druckfassung auf Bismarcks Korrekturen unmittelbar folgt, kehrt zu der von dem Reichsgründer kritisierten Sybel-Tendenz zurück, den preußischen Staatsmann „tugendhafter“, wengleich „naiver“ darzustellen, als der ehemalige Kanzler für seinen Nachruhm zu tolerieren bereit war<sup>8</sup>. Vom Reichsgründer scheint als letztes Wort zu seiner Kontroverse mit Sybel überliefert zu sein: „Es ist doch komisch, was für Motive uns Sybel zuschreibt, aber es ist doch ganz gut, wenn die Leute meinen, daß wir so gewesen seien“.

Bismarcks Fundamentalkritik an der „Begründung des Deutschen Reiches“ fand auch keine (wenigstens implizite) Resonanz in Sybels Kontroverse mit seinen Hauptkritikern E. Brandenburg und H. Delbrück. In der Auseinandersetzung mit ihnen schrieb Sybel wenige Monate vor seinem Tod (1. August 1895) am 80. Geburtstag Bismarcks in seinen „Neuen Mittheilungen und Erläuterungen zur Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“: „[...] es scheint, daß unsere modernen Germanen ganz so wie ihre Vorfahren vor einem Jahrtausend doch unter allen Ruhmestiteln für den höchsten den kriegerischen Siegeslorbeer halten. Sie wollen es nicht hören, daß der nationale Held, der Wiedererrichter des Reichs, nicht bei jeder Gelegenheit so schnell wie möglich zur Sturmflagge gegriffen habe. Wenn nichts Anderes zum Beweise dieser ihrer, ganz französisch gedachten Auffassung übrig bleibt, so greifen sie zu dem längst widerlegten Argument, Bismarck habe seinen unaufhaltsamen Drang zum Kriege 1870 doch sicher durch die geschickte Umarbeitung der Emser Depesche dargethan, womit er die Lunte in zwei Pulverfässer zu schleudern, die patriotische Entrüstung der Deutschen zu glühender Lohe zu entflammen, den Hochmuth der Franzosen bis auf den Tod zu beleidigen und so zu einer wahnsinnigen Kriegserklärung zu zwingen gedachte. Die deutschen Kritiker, die sich in solchen Vorstellun-

---

Deutschen Reiches“ schrieb, vgl. jetzt seine „Briefsammlung“ mit Eduard v. Zeller 1849–1895, hrsg. v. Margret Lemberg, Marburg 2004, 396 und 400.

<sup>8</sup> Vgl. die abweichenden interpretatorischen Zusätze Sybels: „Zu diesen militärischen Gründen [...] kamen aber allgemeine Erwägungen, welche trotz der deutlich angeschauten [sic] Kriegsgefahr doch noch einen letzten Rest der Hoffnung auf bleibende Erhaltung des Friedens [...] bekundeten. Wer könnte, hörte man Bismarck [...] oft erörtern, wer könnte läugnen, daß mit jedem gewonnenen Friedensjahr auch die Wahrscheinlichkeit weiterer Verlängerung der Eintracht steige, daß [...] die auf Frieden angewiesenen materiellen Interessen entscheidenden Einfluß erlangen könnten? Indem er weiter in die Zukunft blickte, hielt er es [...] für zweifellos, daß ein hier losbrechender Kampf nicht wie zur Zeit Ludwig's XIV. sich lange Jahre hin und her über die Grenze schieben würde: nein, er würde vom ersten Tag an den tödtlichen Stoß auf das Herz des Gegners zu führen suchen, und wie dann auch der Ausgang fiele, der Besiegte würde mit Haß und Verzweiflung den Gedanken der Rache festhalten, und damit auf mehr als ein Menschenalter hinaus den Frieden Europas gefährden“ (Begründung, Bd. VI, 39). Siehe auch die knappen Hinweise bei H. Seier, Bismarck und die Anfänge des Kaiserreichs (Anm. 3), 369. Das folgende Bismarck-Zitat nach: Franz Schnabel, Bismarck [1965], in: Ders., Abhandlungen und Vorträge 1914–1965, hrsg. v. Heinrich Lutz, Freiburg u. a. 1970, 346.

gen ergehn, wiederholen damit wörtlich die Behauptungen des Herzogs von Gramont“<sup>9</sup>.

Für das Bismarck-Bild in der national-patriotischen Historiographie – der „Bismarck-Theologie“, wie Hans Delbrück beißend urteilte – erwiesen sich nach den beiden Katastrophen der preußisch-deutschen Großmacht 1918 und 1945 Sybels Konjekturen zu Bismarcks Korrekturen direkt oder indirekt als prägende Vorwegnahmen.

Die Kenntnis des zitierten Briefwechsels Bismarck/Sybel aus den späten Lebensjahren des Reichsgründers verdanken wir einer Publikation aus den 1970er Jahren des um die Rettung und Sicherung der Nachlässe der Familie Bismarck in Friedrichsruh hochverdienten Braunschweiger Historikers Werner Pöls<sup>10</sup>. In den seitherigen Bismarck-Biographien hat der Fund dieses Bismarck-Briefes durch Pöls und damit diese Verwahrung des Ex-Kanzlers gegen eine Tendenz in der Geschichtsschreibung, aus einem Königstiger eine „zahme Hauskatze“<sup>11</sup> zu machen, keinen Eingang gefunden.

Auf Bismarcks Diktum gegenüber Sybel geht meine Formulierung vom „Sybel-Syndrom“ in der Bismarck-Historiographie zurück. In seiner *Miszelle* in den FBPG 2003 und der abschließenden Besprechung meiner Edition (FBPG 2008) macht H. Fenske auf diesen unmittelbaren Zusammenhang mit den edierten Quellen nicht aufmerksam – hat er den Brief des Reichsgründers vom März 1894 übersehen, obwohl dieses frappierende Dokument im Titel des entsprechenden Kapitels der Edition zitiert ist<sup>12</sup>? Diese Frage und genereller das Problem des Umgangs mit den edierten Quellen wie des national-patriotischen Forschungsstandes, von dem Fenske ausgeht – im wesentlichen zwei Bücher von E. Kolb –, werfen auch andere Passagen der „Mis-

<sup>9</sup> *Heinrich v. Sybel*, Neue Mittheilungen und Erläuterungen zu Band 6 und 7 der Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., in: HZ 75 (1895), 38–92, 67 f. (Der Entwurf dazu in: Nachl. H. v. Sybel, BA; das Konzept war zunächst auf den 1. April 1895 datiert, später korrigiert in „Mai 1895“). Der Vorwurf an die Adresse seiner Kritiker ihrer „ganz französisch gedachten Auffassung“ bzw. daß sie „wörtlich die Behauptungen des Herzogs von Gramont“ wiederholten, konnte auf dem zeitgenössischen Hintergrund schwerlich anders als diffamierend wirken und blieb in der Bismarck-Apologie des 20. Jahrhunderts als geläufiges Muster der Polemik erhalten (man vgl. nur E. Kolbs Statement bei Anm. 129 bzw. seine „Rezension“ in der HZ – s. unten Anm. 136).

<sup>10</sup> Vgl. dazu *Werner Pöls*, Das Friedrichsruher Bismarck-Archiv und seine Bedeutung für die Bismarck-Forschung, in: *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches*, hrsg. v. Otto Pflanze unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München/Wien 1983.

<sup>11</sup> Vgl. *Hans Delbrücks* Kritik an Sybels Bismarck-Bild: es lasse nicht genügend „die dämonische Tiefe und Gewalt des Charakters und der Persönlichkeit“ hervortreten; „aus einem furchtbaren Königstiger sei eine zahme Hauskatze gemacht, hat mit der scheuen Bewunderung eines Feindes bezeichnend genug ein französischer Kritiker gesagt“ (*Hans Delbrück*, *Erinnerungen, Aufsätze und Reden*, Berlin 1902, 144; vgl. damit *H. Seier*, *Bismarck und die Anfänge des Kaiserreichs* (Anm. 3) 375.

<sup>12</sup> *J. Becker*, Edition, Bd. III, 215.

zelle“ auf. Auf sie wie auf einen Text, den E. Kolb im Rezensionsteil der „HZ“ veröffentlichte, will ich im folgenden eingehen, soweit sie über den konkreten Anlaß hinaus für das Bismarck-Bild von Bedeutung sein können. Dabei muß allerdings im Hinblick auf Fenskes und Kolbs Pauschalurteile eine gewisse Ausführlichkeit der Belege und der Beweisführung in Anspruch genommen werden, wenn hier nicht der Eindruck entstehen soll, daß undifferenziertes Argument gegen summarische Behauptung gestellt werden soll<sup>13</sup>.

**I. „Before 1914 war was almost universally considered  
an acceptable [...] way of settling international differences“ (M. Howard) –  
Zur Rolle militärischer Konfliktlösungen in der Realpolitik  
der Bismarck-Ära**

Eine Grundfrage vorweg! Fenske kritisiert, daß in meinen Arbeiten „Krieg immer ein legitimes Mittel der Politik“ für den Reichsgründer war (2003, S. 112). Das ist natürlich nicht meine isolierte individuelle Überzeugung, sondern schlichtweg altes Handbuchwissen. Fenske kann das nicht entgangen sein; denn in meinem Manuskript ist die von ihm kritisierte Stelle als wörtliche Formulierung aus Theodor Schieders Beitrag zum „Gebhardt“ von 1970 nachgewiesen<sup>14</sup>. Und um die in Deutschland verbreitetste Bismarck-Biographie von L. Gall aus dem Jahre 1980 zu zitieren: „Die Erhaltung des Friedens war ihm [Bismarck ...], so kann man zuspitzend sagen, [1887] ebenso ein Instrument wie vor 1871 der Krieg. Beides sollte der Macht des eigenen Staates, ihrer Erhaltung und möglichen Steigerung dienen“<sup>15</sup>. Für den Reichsgründer als prominentesten Repräsentanten der in der zwei-

---

<sup>13</sup> Ich bin mir dabei bewußt, daß sich auf den insgesamt 12 Seiten, die *Fenskes* Besprechungen umfassen, eine adäquate Detailrezension der Einzelprobleme in den drei Bänden nicht durchführen läßt. Was aber den in der Attitüde des unfehlbaren Kritikers und offenbar mit heißer Nadel gestrickten Texten *Fenskes* in erster Linie zum Vorwurf gemacht werden muß: daß er, ausgehend von einem national-patriotischen Geschichtsbild aus dem Ende des 19. Jahrhunderts und dessen Repristination nach dem II. Weltkrieg, den Stellenwert der Quellen in ihrem Kontext – und das heißt: auf dem Hintergrund des „Kalten Krieges“ zwischen Frankreich und Preußen seit Königgrätz – nicht prüfte, bevor er seine apodiktischen Urteile in Kurzfassung in Druck gab. Zum Folgenden verweise ich hier grundsätzlich auf meinen Aufsatz „Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfrage 1870“ (HZ 212, 1971, 529–607; bibliographische Verweise auf diese Studie erfolgen ohne Angabe von Autor und Titel, lediglich mit Bandzahl und Jahrgang der HZ in Kursivschrift). S. dazu auch unten bei Anm. 121.

<sup>14</sup> Für Bismarck ist „der Krieg immer ein legitimes Mittel der Politik geblieben [...]“ (Bd. I, LXV).

<sup>15</sup> *Lothar Gall*, Bismarck, Der weiße Revolutionär, Frankfurt am Main u. a. 1980, 637. Inwiefern diese Festsstellung Galls seiner Auffassung seit den 1960er Jahren nicht widerspricht, Bismarck habe 1870 lediglich auf eine Krisensituation mit offenem Ausgang zugesteuert, ohne direkt einen Einigungskrieg zu intendieren, muß offen bleiben. Vgl. dazu das Zitat von *Pflanze* bei Anm. 63.

ten Hälfte des 19. Jahrhunderts weltweit vorherrschenden machiavellistischen „Realpolitik“ wie des fließenden Übergangs zum Sozialdarwinismus<sup>16</sup> trifft – selbstverständlich – zu, was Michael Howard für die dominierenden nationalen Mentalitäten in der Zeit, ehe „in Europa die Lichter ausgingen“, generell so beschrieb: „[...] before 1914 war was almost universally considered an acceptable, perhaps an inevitable and for many people a desirable way of settling international differences [...]“<sup>17</sup>. Wenn man über die Rolle des Krieges im Staatensystem des 19. Jahrhunderts urteilt, sollte man dann solche (ins vorletzte Jahrhundert zurückreichenden) Standarderkenntnisse der internationalen Geschichtsschreibung über die Rolle militärischer Konfliktlösungen in der Realpolitik der Bismarck-Ära wie die Theodor Schieders und Michael Howards nicht präsent haben?

Als der langjährige Vertraute von Kaiser Wilhelm II. Philipp Fürst zu Eulenburg-Hertefeld Betrachtungen zum Beginn des I. Weltkriegs anstellte, schlug er einen Bogen von der Kriegsauslösung 1914 zurück zu dem unmittelbaren Anlaß von Bismarcks Reichsgründungskrieg 44 Jahre zuvor. Eulenburg bezieht sich zunächst auf die Unterscheidung zwischen „Kabinettskriegen“ und „Volkskriegen“, um dann eine Feststellung zu formulieren, in der im Hinblick auf den Vergleich zwischen 1914 und 1870 Rußland und Frankreich austauschbar sind: „War der [Welt-]Krieg aber [...] ein Angriffskrieg oder nicht? ‚Er war ein Angriffskrieg von russischer Seite‘, wird es mir mit voller *Überzeugung* und bei Kenntnis der offiziell bekannt gegebenen Akten aus allen Kehlen meiner Landsleute entgegenschallen. Auch das ist für das Volksgewissen<sup>18</sup> von höchster Bedeutung: ‚Wir sind von Rußland zum Kriege gezwungen worden‘; so heißt es – und so *soll* es auch heißen. Die Form, in der uns von der Regierung dieses ‚Faktum‘ an der Hand von Urkunden bekannt gemacht wurde, trug einen Bismarckschen Zug, der mich befriedigte“<sup>19</sup>.

<sup>16</sup> Zum Sozialdarwinismus bei Bismarck vgl. *Otto Pflanze*, Bismarcks Realpolitik [1958], in: *Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung nach 1945*, hrsg. v. Lothar Gall, Köln/Berlin, 1971, 223. Vgl. auch die Zitate von *Henry A. Kissinger* in Anm. 72 sowie generell zur Durchdringung der Realpolitik vom „politischen Darwinismus“: *Karl Georg Faber*, Realpolitik als Ideologie, Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, in: *HZ 203 (1966)* 1–45.

<sup>17</sup> *Michael Howard*, *The Causes of War and Other Essays*, London 1983, 9.

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch meine Feststellungen in Bd. I, XXIV f.

<sup>19</sup> Brief an W. Gans Edler Herr zu Putlitz vom [9. Sept. 1914] in: *John C. G. Röhl*, *Zwei deutsche Fürsten zur Kriegsschuldfrage, Lichnowsky und Eulenburg und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, Düsseldorf 1971, 65. Vgl. dazu Bismarcks große außenpolitische Rede vom 6. Februar 1888 (mit knappen Zitaten erwähnt in der „Chronik“ Bd. III, 478). Zum Anteil des Wiener Bundesgenossen des Deutschen Reiches an den komplexen Verantwortlichkeiten für den Ausbruch des I. Weltkriegs vgl. die „magisterial study“ über die Großmachtspolitik Österreich-Ungarns 1906–1914 von *Günther Kronenbitter*, „Krieg im Frieden“, München 2003 („magisterial study“: die Rezension von *Hew Strachan* in: *War in History* 13, 2006, 405; vgl. auch *Kronenbitters* Beiträge zu dem in Anm. 22 zit. Sammelband: „Nur los lassen“, Österreich-Ungarn und der Wille zum Krieg).



Als Eulenburg diese Anspielung auf Bismarcks Desinformationspolitik nach dem kriegerischen Wendepunkt der Julikrise 1870 (12. Juli) niederschrieb, konnte er die „Diversions-Depesche“ des Kanzlers nicht kennen, auf die sich der Titel meiner Edition bezieht<sup>20</sup>. In diesem Erlaß vom 9. März 1869 an den preußischen Vertreter in St. Petersburg Prinz Reuß nimmt Bismarck Stellung zu den russischen Erwartungen an die Berliner Politik während der damaligen Friktionen zwischen dem Zarenreich und Frankreich. Von Interesse sind in unserem Zusammenhang nur die Änderungen, die Bismarck genau ein Jahr vor der definitiven Einleitung der „spanischen Diversion“ in dem Konzept dieses Erlasses von Heinrich Abeken, der „Feder“ des Kanzlers im Auswärtigen Amt, vornahm. Diese Änderungen von der Hand des Kanzlers sind bemerkenswerter Weise nicht wiedergegeben im erstmaligen Abdruck dieser Depesche in der „Friedrichsruher Ausgabe“ von Bismarcks „Gesammelten Werken“ (1931); der einschlägige Band der „Darmstädter Ausgabe“ von Bismarcks „Werken in Auswahl“ (1961) hat sich – im Banne der apologetischen Darstellung Otto Beckers – gänzlich von der Wiedergabe dieses zentralen Dokuments dispensiert<sup>21</sup>.

Es sind diese Modifikationen Bismarcks an dem ursprünglichen Text, die dem Dokument seinen quasi-singulären Charakter und dem Erlaß an Prinz Reuß den Rang eines Schlüsseldokuments aus der Wilhelmstraße für die Deutung der Frankreich- und Spanien-Politik des Bundeskanzlers zwischen der Madrider September-Revolution von 1868 und der Juli-Krise 1870 verleihen<sup>22</sup>. Preußen, so hieß es in der „Diversions-Depesche“ ein halbes Jahr

---

<sup>20</sup> Zuvor bereits hatte *Hans-Otto Kleinmann* (was mir entgangen war) in einer vorzüglichen Studie die spanische Thronkandidatur Erbprinz Leopolds als Kern einer „Diversions“-Strategie Bismarcks interpretiert – allerdings mit der die militärische Dimension ausschließenden Deutung im Sinne einer diplomatischen „Spannungsverlagerung“ und nicht mit der Schlußfolgerung eines beabsichtigten Kriegsanlasses (Die spanische Thronfrage in der internationalen Politik vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, in: Europa vor dem Krieg von 1870, hrsg. v. Eberhard Kolb unter Mitarbeit v. Elisabeth Müller-Luckner, München 1987, 137 ff.). Zur Sprachgeschichte von „Diversion“ vgl. Bd. I, X ff. (In der frühneuzeitlichen Forschung wurde der Ausdruck „Diversion“ bereits früher verwendet; vgl. z. B. bei *Bernd Wunder* – Hinweis in: *Johannes Burkhardt*, Vollendung und Neuorientierung des frühmodernen Reiches 1648–1763, Stuttgart 2006, 19). Eine Einordnung der „Diversions“-Depesche: *Michael Schmid*, Die Schattenallianz: Die preußisch-russischen Militärabsprachen vor dem Deutsch-Französischen Krieg als Spiegel von Bismarcks „Diversions“-Strategie (elektronisches Manuskript: <http://www.opus-bayern.de/uni-augsburg/volltexte/2007/566>).

<sup>21</sup> Vgl. den Paralleldruck der „Diversions-Depesche“ in Nr. 64; „Friedrichsruher Ausgabe“: Bd. VIb, 1931, 11, „Darmstädter Ausgabe“: Bd. IV, bearb. von *Eberhard Scheler* 1968 (Nach einer Auskunft *Schelers* stützte er sich auf den – im wesentlichen auf die 1930er Jahre zurückgehenden und nach 1945 bearbeiteten – Forschungsstand in: *Otto Becker*, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. u. ergänzt von Alexander Scharff, Heidelberg 1958).

<sup>22</sup> Vgl. *Josef Becker*, Von Bismarcks „Spanischer Diversion“ zur „Emser Legende“ des Reichsgründers, in: *Josef Becker/Johannes Burkhardt/Stig Förster/Günther Kronenbitter*, Lange und kurze Wege in den Ersten Weltkrieg, München 1996, 98–103.

nach der Vertreibung Königin Isabellas II. von Spanien, würde in dem Eventualfall seiner notwendigen Intervention in einem französisch-russischen Konflikt seine „Beteiligung [...] durch [...] ein Vorgehen herbeizuführen suchen, welches Frankreich zum Angriffe oder zur Bedrohung Deutschlands nötigte. Truppenaufstellungen, nationale Manifestationen in Deutschland und Italien sowie unsere Beziehungen zu Belgien, selbst zu Spanien würden uns Gelegenheit zu Diversionen bieten, welche unser Eingreifen herbeiführten, ohne demselben gerade die Form eines aggressiven Cabinetskrieges zu geben“.

Der Hinweis auf Spanien als Terrain einer (verschleierte) antifranzösischen „Diversion“ ist in dem Dokument von 1869 ein eigenhändiger Zusatz des Kanzlers<sup>23</sup>. Auf der internationalen Ebene trug Bismarcks Korrektur (bei strikter Geheimhaltung Berliner Initiativen) der Notwendigkeit Rechnung, dem Waffengang zwischen Berlin und Paris den Charakter eines preußischen Defensivkrieges zu geben. Im Bereich der kleindeutschen Nationalpolitik implizierte eine spanische „Diversion“ als Initialzündung für den nationalen Integrationskonflikt mit Frankreich den Ausschluß der national-liberalen Option – wie die preußische Überschreitung der Main-Linie; das bedeutete die Umgehung eines deutschlandpolitischen Anlasses, wie er im Hinblick auf das antipreußische Potential in Süddeutschland (Demokraten in Hessen, Baden und Württemberg, „Ultramontane“ in Bayern) auf der nationalen Ebene kontraproduktiv gewesen wäre. Die negativen Konsequenzen, die ein „abermaliger Bruderkrieg“<sup>24</sup> innerhalb von vier Jahren nach 1866 für die Integrationsbereitschaft der Mehrheit der Süddeutschen und damit für die innere Stabilität eines neuen Reiches haben würde, waren vorherzusehen. Es war keine billige „populistische“ Feststellung, als der Reichsgründer 1888 im Reichstag erklärte: „Wenn wir in Deutschland einen Krieg mit der vollen Wirkung unserer Nationalkraft führen wollen, so muß es ein Krieg sein, mit dem alle, die ihn mitmachen, alle, die ihm Opfer bringen, [...] einverstanden sind; es muß ein Volkskrieg sein; es muß ein Krieg sein, der mit dem Enthusiasmus geführt wird wie der von 1870, wo wir ruchlos angegriffen wurden“<sup>25</sup>.

<sup>23</sup> Bei *H. Fenske* nicht erwähnt; Bismarck änderte auch Abekens Klassifikation der Depesche als „Vertraulich“ in „Secret“, worauf *Fenske* ebenfalls nicht eingeht.

<sup>24</sup> Zitat: Solms-Sonnenwalde (vgl. bei Anm. 95).

<sup>25</sup> *Otto v. Bismarck*, Werke in Auswahl, hrsg. Alfred Milatz, Darmstadt 1981, 609. Herbert v. Bismarck schrieb 1902, „Sybels Bemerkung“ sei „durchaus richtig“, daß „Süddeutschland damals [1866] noch nicht reif war. Bei der Unzuverlässigkeit der süddeutschen Souveräne (wobei nur Baden ausgenommen werden könnte), bei der starken demokratischen Entwicklung in Hessen, Württemberg, Baden und der ultramontanen Vorherrschaft in Bayern wäre die Amalgamierung Süddeutschlands gleichzeitig mit der der norddeutschen Staaten eine zu schwierige Aufgabe für Preußen gewesen: der Bissen war zu groß und deshalb unverdaulich. Das Beispiel der gewalttätigen und übertrieben beschleunigten Herstellung der italienischen Einheit

Erscheint im Lichte dieser „Diversions-Depesche“ die Schlussfolgerung nicht naheliegend oder zwingend: Nach der spanischen Septemberrevolution von 1868 trat die iberische Halbinsel zu den bestehenden Interessengegensätzen und potentiellen Konfliktfeldern mit Paris hinzu; in der Situation des noch unentschiedenen Gegensatzes zwischen Frankreich und dem Preußen Bismarcks über das Problem der kleindeutschen Einigung – das hieß in der Konsequenz: über die Frage der kontinentalen Suprematie in Mittel- und Westeuropa – wurden (wie ich formulierte) „die preußischen Beziehungen zu Madrid [...] in den Überlegungen des norddeutschen Kanzlers – nachweisbar mit seiner ‚Diversions-Depesche‘ nach St. Petersburg vom 9. März 1869 – zum *kalkulierbaren* Konfliktauslöser für einen provozierten Defensivkrieg mit Frankreich ohne das Odium eines unpopulären ‚Cabinetkriegs‘ für Preußen“<sup>26</sup>? Ein Deutschlandkenner wie der britische Gesandte in Darmstadt Morier schrieb schon am 30. September 1870 in einem Privatbrief an seinen Außenminister, „that the Hohenzollern candidature was deliberately arranged by Bismarck with the view of bringing on the collision with France in such a way as to make Germany appear to be acting on the defensive, & that the French Govt. rushed headlong into a trap carefully prepared for them“<sup>27</sup>.

## **II. „Viele schriftliche und mündliche Äußerungen meines Vaters [waren] bloß dazu bestimmt, seine Endziele zu verdecken [...]“ – Eine politisch-historische Lektion H. v. Bismarcks in Sachen Realpolitik 1902**

Fenske moniert vom hohen Kothurn herunter, mit keiner der Quellen meiner Edition lasse sich „überzeugend belegen, daß Bismarck den Krieg provoziert und die Weiche für den unvermeidlichen Zusammenprall mit Frankreich im Februar [1870] gestellt hat“ (2003, 112). Als vor fast drei Generatio-

---

wirkte dabei abschreckend, und dem hat der Erfolg recht gegeben, da im heutigen deutschen Reiche erheblich mehr Einheitsgefühl besteht als in dem mit Dampfeschwindigkeit geeinigten Königreiche Italien. Ferner war die Rücksicht auf die Großmächte und die französische Vermittlung, wie in G. u. E. II, 33 angegeben, entscheidend für das einstweilige Draußenlassen Süddeutschlands.“ (Nr. 983a).

<sup>26</sup> Bei *H. Fenske* (2003, 111, ebenso: 2008, 268) heißt es: die preußischen Beziehungen zu Spanien seien – „meint Becker“ – „sehr schnell ‚zum *kalkulierten* [sic statt: ‚*kalkulierbaren*‘!] Konfliktauslöser“ geworden, ohne daß auf die fragliche Passage der Depesche eingegangen wird (falsch auch *Fenskes* Seitenverweis: das Zitat steht in Bd. I, LXIII, nicht XLIII). Zum „provozierten Defensivkrieg“ vgl. auch meinen Meinungs-austausch mit *David Wetzel* in: CEH 41 (2008) 93–109 bzw. 111–124 („The Franco-Prussian Conflict of 1870 and Bismarck’s Concept of a ‚Provoked Defensive War‘: A Response to David Wetzel“ und ebda. *Wetzels* „Reply to Josef Becker’s Response“).

<sup>27</sup> Zit. bei *Thomas Schaarschmidt*, Außenpolitik und öffentliche Meinung in Großbritannien während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71, Frankfurt a. M. u. a. 1993, 622.

nen zwei deutsche Historiker ein vom Auswärtigen Amt bestelltes Geheimgutachten über eine eventuelle Publikation der sekretierten preußischen Akten zur Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 niederschrieben, formulierten sie als Quintessenz, daß, „weil Bismarck in den Akten über seine letzten Absichten bei der Kandidaturfrage und vor allem auch über ihre Rückwirkung auf Frankreich kein Wort äußert, [...] daraus gefolgert werden [kann], daß er damit einen Kriegsgrund habe schaffen und den Zusammenstoß provozieren wollen“<sup>28</sup>. Das war ein Fazit in Übereinstimmung mit elementaren Regeln unseres wissenschaftlichen Handwerks. Sie gelten für Fenske jedenfalls in dieser Frage der Bismarck-Historiographie offensichtlich nicht.

Fenske reklamiert immer wieder (z. B. 2008, 29), daß für spätere Erklärungen Bismarcks zu den Intentionen seiner Frankreich-Politik 1870 die Bestätigung durch zeitgenössische Äußerungen des Kanzlers fehle. Die Annahme, man könnte aus dem Frühjahr 1870 ein schriftliches Dokument von Bismarcks Hand finden, in dem eine Konfliktstrategie für einen kriegerischen Kollisionskurs mit Frankreich offen ausgesprochen oder aus dem sie unverschlüsselt abzulesen wäre, erscheint mir absolut unrealistisch. Ganz abgesehen von der Ablehnung des greisen Königs für einen politischen Kurs, der mit der Madrider Thronkandidatur – wie der Monarch wohl „von Anfang an“ befürchtete – zum Krieg führen konnte (und der die enormen preußischen Annexionen des Jahres 1866 nördlich der Mainlinie hätte in Frage stellen können)<sup>29</sup>; und ganz zu schweigen von der kompromißlosen Opposition Königin Augustas gegen das spanische Abenteuer für ein Mitglied der Hohenzollern-Familie in der internationalen Situation nach Königgrätz mit der kalkulierbar niedrigen Risikoschwelle für einen preußisch-französischen Krieg: es genügt ein Verweis auf eine zweite Lektion in Sachen Realpolitik aus dem Hause Bismarck. In der scharfen Polemik gegen ein unter anderem

<sup>28</sup> Nr. 1004; bereits vor 40 Jahren zitiert in HZ 212 (1971) 534. Im gleichen Sinne *George P. Gooch* in seinem Vorwort zur Erstveröffentlichung der preußischen Geheimakten durch *Georges Bonnin* (Bismarck and the Hohenzollern Candidature for the Spanish Throne, London 1957, 11). Vgl. auch das nachträgliche Urteil des Berliner Geschäftsträgers in Paris während der Juli-Krise, Solms-Sonnenwalde: Bismarck habe durch die „Mißbilligung“ seiner (Solms’) alarmierenden Berichte „beweisen“ wollen, „daß er [...] überhaupt gar nicht an Krieg gedacht habe“ (Nr. 946, Bd. III, 267).

<sup>29</sup> Selbst die „Friedrichsruher Ausgabe“ (Bd. VIb, 275) wirft die Frage auf (mit Bezug auf die nachträglich formulierten Voten im „Geheimen Conseil“ von Roon, Moltke, Schleinitz und Thile): „Sollten die Teilnehmer des Konseils vom 15., die ja einschließlich des Kronprinzen sämtlich durch Bismarcks machtvolles Eintreten für die Kandidatur gewonnen waren, absichtlich die heikle Frage einer möglichen Kriegsgefahr beiseite gelassen haben, um die ohnehin in der Beratung vom 15. zum Ausdruck gebrachte Bedenklichkeit Wilhelms I. nicht noch zu steigern?“ – Das folgende Zitat („von Anfang an“) nach: *Jochen Dittrich*, Ursachen und Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870/71, in: Theodor Schieder/Ernst Deuerlein (Hgg.), Reichsgründung 1870/71, Stuttgart-Degerloch 1970, 86; vgl. auch die Äußerungen des Königs zu Karl Anton bei Anm. 60.

vom badischen Großherzog inspiriertes Buch über die Reichsgründungsära schrieb der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Herbert v. Bismarck am 1. November 1902 dem Heidelberger Historiker Erich Marcks: „Es ist zu bedenken, daß mein Vater, wie er selbst mehr als einmal erklärt hat, über seine wichtigsten Pläne und die Wege, auf denen er sie zu erreichen hoffte, mit niemandem sprach und mit niemandem sprechen konnte, um sie nicht durch Indiskretionen oder Eigensucht kompromittiert zu sehen. Über manche Ereignisse hat er ex post [...] Mitteilungen gemacht, die dann keinen Schaden mehr anrichten konnten. Eine der bezeichnendsten ist die, daß er sagte, es würde ihm nie gelungen sein, seine Politik zur Durchführung zu bringen, wenn er im Spätherbst 1863 Wilhelm I. gesagt hätte: ‚Ich werde jetzt Österreich zur gemeinsamen Kriegsführung mit Dänemark wegen Schleswig-Holstein bringen in der Erwartung, daß es später über Schleswig-Holstein zum Bruch mit Österreich kommen und daß wir dann auf dem einzig möglichen kriegerischen Wege die Suprematie Preußens über Deutschland herstellen‘“<sup>30</sup>. Hat Herbert v. Bismarck etwa die „Gedankenwelt“ seines Vaters in diesem Fall ebenso wenig gekannt wie – nach Meinung von Fenske – der Berliner Geschäftsträger in Paris während der Juli-Krise 1870 Solms-Sonnenwalde, als er in seinen „Memoiren“ die Madrider Hohenzollern-Kandidatur als ein Instrument für einen provozierten Defensivkrieg beschrieb<sup>31</sup>?

Herbert v. Bismarck hat im übrigen in seinem Brief an E. Marcks zu dem generellen Problem des wissenschaftlichen Umgangs mit vielen politisch-diplomatischen Quellen aus der Feder des Reichsgründers – „ad melius informandum papam“, wie man mit Blick auf manche infallible Kritiker-Päpste sagen muß – noch die historiographische Banalität hinzugefügt, daß „viele schriftliche und mündliche Äußerungen meines Vaters bloß dazu bestimmt waren, seine Endziele zu verdecken, oder sie auf Umwegen zu errei-

<sup>30</sup> Nr. 983a. Kronprinz Friedrich Wilhelm notierte schon unter dem 16. November 1870 in seinem „Kriegstagebuch von 1870/71“ (hrsg. von Heinrich Otto Meisner, Berlin/Leipzig 1926) als Äußerung Bismarcks, „er habe z. B. bei Übernahme seines Amtes den festen Vorsatz gehabt, Preußen zum Kriege mit Österreich zu bringen, sich aber wohl gehütet, damals und überhaupt zu früh Sr. Majestät davon zu sprechen, bis er den Zeitpunkt für geeignet angesehen hätte“. Soll man annehmen, daß dies ein Bramarbasieren post festum war? (Hinweis auf den Briefwechsel Herbert Bismarck/Marcks bei A. Usler, *Historiographie* (Anm. 3), 278, Anm. 80; das von Herbert v. Bismarck kritisierte Buch: *Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches 1866–1871 nach Schriften und Mitteilungen beteiligter Fürsten und Staatsmänner*, Jena 1902).

<sup>31</sup> Nr. 973. „Gedankenwelt“: H. Fenske FBPG 2003, 112, der allerdings die naheliegende Frage nicht beantwortet, wieso er als spätgeborener Historiker sich in der „Gedankenwelt“ Bismarcks besser auskennt als der Sohn und außenpolitische Adlatus des Kanzlers oder ein preußischer Diplomat, der in der Julikrise 1870 die nord-deutschen Interessen in Paris zu vertreten und rund 30 Jahre Zeit hatte, auch mündliche Informationen von Zeitzeugen (vor allem aus dem Auswärtigen Amt) zu sammeln.

chen, wenn der gerade Weg nicht gangbar war“<sup>32</sup>. Rund hundert Jahre nach Herbert v. Bismarck hat Henry Kissinger, im ausgehenden 20. Jahrhundert einer der Hauptvertreter des „politischen Realismus“ in den USA und prominentestes Mitglied des Wissenschaftlichen Rats der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh, den gleichen Sachverhalt zuspitzend so formuliert: „What is written in diplomatic documents never bears much relation to reality“<sup>33</sup>.

### **III. „C'est ma guerre, ma petite guerre, la guerre à moi“? – Sybel zu Bismarcks Legende über die Rolle Kaiserin Eugénies in der unmittelbaren Vorgeschichte des Kriegsausbruchs**

Aus der Korrespondenz Bismarck/Sybel 1894 blieb bemerkenswerter Weise, aber nicht überraschend ein zweiter Problem-Punkt und seine Behandlung durch Sybel ohne jeglichen Einfluß auf die Hauptlinien der späteren deutschen Historiographie zur Reichsgründungsgeschichte. Am 12. Oktober 1894 schrieb Bismarck dem nationalliberalen Historiker: „S. 80 ist von Napoleons kriegslustiger ‚Umgebung‘ die Rede. Ist es nicht nützlich und der Wahrheit entsprechend, den hervorragenden Anteil der Kaiserin Eugénie an dieser Kriegslust zu erwähnen? Ich kann im Augenblick nicht feststellen, ob in den früheren Bänden der klerikale Einfluß in kriegerischer Richtung hervorgehoben ist; unzweifelhaft aber ist, daß man im Vatikan und bei den Unfehlbarkeitsbeschlüssen schon auf *weitre gesta Dei per Francos* rechnete“ (Nr. 944).

Anders, als von Sybel angesichts der politischen und historischen Autorität seines Auftraggebers Bismarck hätte erwartet werden können, hat der alte Wortführer des borussischen Historikerlagers diesem Wunsch des Reichsgründers auch nicht teilweise Rechnung getragen. In der Druckfassung der „Begründung des Deutschen Reiches“ heißt es: „Die Kaiserin Eugénie war schön, klug und lebenslustig, weder kriegseifrig noch blutdürstig; aber sie blickte mit Sorge auf den kränklichen alternden Gemahl und vernahm jetzt jeden Tag, daß die Thronfolge ihres jungen Sohnes unsicher sei, so lange der Name Napoleon den ererbten Schmuck glänzender Siegeslorbeeren entbehre“<sup>34</sup>.

Und kurz vor seinem Tod 1895 hat Sybel in seiner schon früher zitierten letzten Schrift „Neue Mittheilungen und Erläuterungen zur Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I.“ ein eigenes Kapitel („Napoleon und Eugénie“) dem französischen Kaiserpaar und den damaligen zeitgenössi-

<sup>32</sup> Nr. 983a. Vgl. dazu auch die Bemerkung in Bd. III, XIX f.

<sup>33</sup> Leserauschrift in: „Foreign Affairs“ 75 (1996) 172.

<sup>34</sup> A. a. O., Bd. VII, 81.

schen Kontroversen über die Verantwortung Eugénies für den Kriegsausbruch gewidmet. Sybels Fazit, das Bismarcks Ratschlag diametral widerspricht: für die „tausend Mal berufenen geflügelten Worte: ‚C'est ma guerre, ma petite guerre, la guerre à moi!‘“ gebe es keinen „Gewährsmann, der jene Worte aus dem Munde der Kaiserin vernommen, [... noch] einen Zeugen, dem sie jener berichtet hätte“. „Daß sie sich beim Ausbruch eines furchtbaren Nationalkriegs mit der Albernheit einer solchen geschmacklosen Renommée<sup>35</sup> der Mit- und Nachwelt vorgestellt hätte“, widerspräche aber Eugénies „Verstand, Takt und Urtheil“, die sie „zu allen Zeiten“ bewiesen habe. Darin seien sich „Freunde und Feinde“ der Ex-Kaiserin einig, so sehr sie auch sonst „über ihre Politik und ihren Ehrgeiz“ stritten. Und Sybel fuhr fort: „Mag nun vor dem Kriege die ‚Partei der Kaiserin‘ [... Eugénies angebliche Äußerung] zu ihrem Ruhme erfunden, mögen nach Sedan die Republikaner sie als grimmigste Schmähung verbreitet haben: die Worte sind in alle Bücher und alle Zeitungen übergegangen, Einer hat sie dem Andern nachgesagt, und jetzt heißt es: sie sind weltbekannt und damit gewiß und wahrhaftig erwiesen“<sup>36</sup>.

Das jüngste Beispiel eines solchen apologetischen Geschichts„konstrukts“ liefert wiederum Fenske; in seiner Besprechung von Band III meiner Edition heißt es: „Daß im Hintergrund Kaiserin Eugénie sehr intensiv für den Krieg wirkte, hat vor kurzem David Wetzel [...] neuerlich dargelegt“ (2008, S. 270)<sup>37</sup>. Will Fenske trotz Sybels über einhundert Jahren alter „Delegitimation“<sup>38</sup> des angeblichen Diktums Eugénies immer noch uneingeschränkt an seiner Version festhalten – unter Berufung auf die problematische Publikation eines amerikanischen Autors, die von der Otto-von-Bismarck-Stif-

<sup>35</sup> Zu Sybels Zeiten (nichtfranzösischer) Ausdruck für „Prahlererei“.

<sup>36</sup> Neue Mittheilungen, 38. *Sybel* betont S. 37 f., das Urteil eines mit ihr befreundeten österreichischen Staatsmannes sei ihm „durchaus wahrscheinlich: [...] sie habe sicher nicht zum Kriege geteilt, aber freilich auch ihren Einfluß nicht zur Abwendung desselben thätig eingesetzt“; ein deutscher Beobachter, so fuhr Sybel fort, „der Jahre lang mit ihr in nahem Verkehr gestanden hat, erklärte mir vor kurzem seine Überzeugung, daß die Kaiserin, eingeschüchert durch die Unheilsspropheten Gramont und Genossen, lediglich der Sorge um die Zukunft ihres Sohnes nachgegeben hätte, wenn sie ihre Einwilligung zum Kriege ausgesprochen, den sie in ihrer Weiblichkeit, ebenso wie aus andern Gründen ihr Gemahl, fürchtete und verabscheute“. Siehe jetzt auch Sybels Brief an Zeller über die „Neuen Mittheilungen“ in dem Briefwechsel *Sybel/Zeller* (Anm. 7), S. 404 ff. (Vgl. ferner: *Memoiren der Kaiserin Eugénie*, hrsg. v. Graf Fleury, 2 Bde. Stuttgart 1921. Im gleichen Jahr erschien auch eine englische Ausgabe; französische oder spanische Editionen wurden offenbar nicht publiziert. Siehe dazu auch meinen Beitrag zu einem Colloquium an der Sorbonne von Anfang 2009 „Les nouvelles voies historiographiques du Second Empire“, das – hrsg. v. Jacques-Olivier Boudon/Eric Anceau/Stéphanie Burgaud – 2011 in einem Sammelband der Presses Universitaires der Sorbonne dokumentiert werden soll).

<sup>37</sup> Zu *Wetzels* für 1870 irenisierendem Bismarck-Bild vgl. meine grundsätzlichen Bemerkungen in dem in Anm. 26 zitierten Aufsatz.

<sup>38</sup> *Wolfgang Reinhard*, Geschichte als Delegitimation, in: *Jahrbuch des Historischen Kollegs* (2002), 27–37.

tion auf Initiative von E. Kolb und Antrag von L. Gall (in einer schlechten Übersetzung) lanciert wurde? Im Übrigen sei nur noch darauf hingewiesen, daß Sybel – anders als die national-patriotische Historiographie in Deutschland – den kranken Napoleon III. ausdrücklich nicht zur französischen Kriegspartei zählte (wie er auch den österreichischen Reichskanzler Beust für 1870 nicht einer Wiener Kriegspartei zurechnete<sup>39</sup>).

**IV. Ein nationalliberaler Parlamentarier 1873  
über Laskers Interpellation zur Aufnahme Badens  
in den Norddeutschen Bund (24. Februar 1870):  
Bismarck „wollte, daß Frankreich [...] Veranlassung  
nehme Krieg anzufangen, in einer Weise, die dasselbe  
in den Augen Europa's unzweifelhaft  
als Angreifer [...] erscheinen ließe“**

Fenske kritisiert den knappen Platz, den ich Bismarcks negativen Reaktionen auf die parlamentarische Initiative der Nationalliberalen im Norddeutschen Reichstag unter Eduard Lasker (24. Februar 1870) zum Zeitpunkt des Eingangs von Ministerpräsident Prims Thronangebot aus Madrid bei Fürst Karl Anton in Düsseldorf (24. Februar) beziehungsweise bei dem Bundeskanzler in Berlin (26. Februar) eingeräumt habe. Irritationen hat bei Fenske auch hinterlassen, daß ich Bismarcks Argumentation bei seiner brüskten Ablehnung einer sofortigen Aufnahme des Großherzogtums Baden in den Nordbund nur kurz im „Originalton“ reproduziere und statt dessen (wie man wohl schlußfolgern muß: ausgerechnet) den Bismarck-kritischen Vertreter Bayerns, Pergler von Perglas, in Berlin mit einem Bericht über die Reichstags Sitzung (Nr. 156) zu Wort kommen lasse. Und Anstoß genommen hat Fenske daran, daß unter den edierten Dokumenten zur Lasker-Interpellation Bismarcks Erlaß an den norddeutschen Gesandten in Karlsruhe, Graf Flemming, fehlt (28. Februar); er enthält die taktischen Erklärungen des Kanzlers für die badische Regierung anlässlich der schweren Verstimmung mit Großherzog Friedrich und seinem Ministerium wegen der empörten Reaktion des Kanzlers auf den versuchten Eingriff der Liberalen in das Arcanum seiner Außenpolitik (2003, 113).

Diese parlamentarische Initiative des liberalen Parteiführers sollte mit dem Ziel der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund die Regressionsphase der liberalen Nationalbewegung beenden und Frankreich vor die Alternative „Hinnahme einer Überquerung der Mainlinie durch Preußen oder Krieg“ stellen<sup>40</sup>. Die Episode ist ein klassischer „Oldtimer“ im notori-

<sup>39</sup> Vgl. *Sybel*, Begründung, Bd. VII, 381 ff.

<sup>40</sup> Vgl. dazu (ohne Kriegsfinalität) *Lothar Gall*, *Der Liberalismus als regierende Partei*, Wiesbaden 1968, 466–470 und *Josef Becker*, *Bismarck und die Frage der Auf-*



schen Repertoire der Bismarck-Apologie. Bereits Sybel machte sich dieses Argument zueigen, seine eigentliche Karriere begann aber nach der Niederlage des Bismarck-Reiches im I. Weltkrieg – mit Fortsetzung nach der definitiven Katastrophe der preußisch-deutschen Großmacht 1945. Die apologetische „Beweisführung“: Bismarck hat die Wende zum „Empire libéral“ seit 1869 mit der Erwartung begleitet, daß die Liberalisierung des Kaiserreiches eine Entspannung der französisch-preußischen Beziehungen mit sich bringen und Preußen in der Konsequenz dieser Entwicklung freie Hand für die friedliche Überwindung der Main-Linie erhalten werde. Es wäre daher verfehlt (um nicht zu sagen: absurd) anzunehmen, daß zum gleichen Zeitpunkt der norddeutsche Bundeskanzler die Annahme des spanischen Thronangebots forciert habe mit dem Ziel, einen nationalen Einigungskrieg auf dem Weg über die Kandidatur Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen für den Thron Karls V. zu provozieren<sup>41</sup>.

Dieses historisch-politische „Konstrukt“ hatten vor allem die dominant apologetischen Bände der „Friedrichsruher Ausgabe“ (für 1866-70) von Bismarcks „Gesammelten Werken“ aus dem Jahre 1931 verbreitet mit dem Ziel, das „Bild des großen Kanzlers“ zu „befreien von den Zügen [...] des Mannes von Eisen und Blut, als der er so oft mißverstanden wird“<sup>42</sup>. Nach dem II. Weltkrieg folgten u. a. J. Dittrich (1948/1962) und E. Kolb (1970) dieser apologetischen Hypothese, ohne daß sie in den Bismarck-Biographien von L. Gall (1980), E. Engelberg (Bd. I, 1985) und O. Pflanze (dt. Bd. I, 1990) eine zustimmende Resonanz gefunden hätte.

Der erste Grund für den Verzicht auf die Aufnahme des Erlasses an Graf Flemming in Karlsruhe war zunächst ein formaler: Natürlich ist Bismarcks offizielle Motivation seiner schroffen Reaktion auf die Laskersche Interpellation in die „Friedrichsruher Ausgabe“ von 1931 und in die (in diesen Teilen gleichfalls apologetische) „Darmstädter Jahrbundtausgabe“ (für 1866–1871: Bd. IV, 1968) aufgenommen worden und dort ohne weiteres einsehbar. Der sachliche Grund: Statt eines bloßen Nachdrucks der mehrfach edierten Depesche wurde ein bislang ungedruckter Leitartikel der ältesten Londoner Tageszeitung „Morning Post“ über die Laskersche Interpellation

---

nahme Badens in den Norddeutschen Bund im Frühjahr 1870, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 119 (1971), 427–470.

<sup>41</sup> Zur Widerlegung dieser Fehldeutung vgl. meinen Aufsatz: „Bismarck et l'Empire libéral“, in: *Francia* 2 (1974), 347–346.

<sup>42</sup> Vgl. den Kommentar des Herausgebers dieses Bandes *Friedrich Thimme* (Bd. VIb, 269 f.). Das Zitat: Brief Thimmes an Außenminister G. Stresemann wenige Monate vor dessen Tod („Chronik“ vom 9. April 1929; Fasz. 46 des Nachlasses von Fr. Thimme im Bundesarchiv enthält eine Reihe von Belegen, wie Thimme die Ergebnisse seiner Forschungen über 1870 selbstverständlich unter der Perspektive der Kriegsschuldfrage 1914 sah). – Nach 1933 entwickelte im Übrigen die „Friedrichsruher Ausgabe“ vor allem unter den anderen Herausgebern einen „monumentalen Heroenkult“ (W. Baumgart).

aufgenommen. Dieser Leitartikel in dem exklusiven Presseorgan des Londoner Hofes ging zurück auf einen entsprechenden Text in dem offiziellen Berliner „North German Correspondent“. Die Verbindung zu dem Londoner Blatt hatte der norddeutsche Botschafter am britischen Hof, Graf Bernstorff, hergestellt. Bernstorffs (hochadligen) Beziehungen verdankte das Auswärtige Amt auf diese Weise seinen ersten größeren Erfolg in der Beeinflussung der britischen Presse. Für ein höchst einflußreiches Publikum in Großbritannien wurde damit eine quasi-authentische Interpretation zu Bismarcks Lasker-Rede nachgeliefert. Ob und inwieweit der Leitartikel darüber hinaus gleichsam ein Versuchsballon Bismarcks war für die britische Reaktion auf die Ankündigung seiner *Entschlossenheit* zu einer entscheidenden Initiative in der Deutschen Frage, kann man nur vermuten. Dieser Annahme widerspricht jedenfalls nicht die Tatsache, daß Bismarck Bucher anwies, einen Auszug aus dem Leitartikel anzufertigen, der an die norddeutschen Vertretungen in London, Paris, Brüssel, Florenz, Wien, Petersburg, Rom, Constantinopel, Haag, München, Washington, Dresden, Weimar und Oldenburg zu versenden war.

In diesem Anfang März erschienenen Leitartikel der „Morning Post“ las man: „If the designs of the Prussian Minister were formerly ambiguous, they remain so no longer. The scheme of German unification, and the mode by which Count Bismarck proposes at no distant period to create one undivided empire from the Baltic to the Alps, is now exposed with a clearness and succinctness which leave nothing to be desired. [...] From this speech one thing is abundantly manifest, namely that the great German Minister thinks no more of the line of the Maine. German unity [...] means the amalgamation of every German State [...] into a common empire. The mode in which this end is to be attained is, not by conquest or intimidation, but by convincing the inhabitants of Southern Germany that it is for their interest to unite their fate with that of the northern countrymen. This great consummation is near at hand.“ (Nr. 176).

Also nicht militärische Druckmittel oder ein „abermaliger Bruderkrieg“, wie die Gerüchte im Frühjahr 1870 über einen bevorstehenden preußischen Einmarsch in Bayern und Württemberg suggerierten; sondern eine außenpolitische Krise wie die integrierende Wirkung eines unbestrittenen Nationalkrieges – im Sinne jenes Wortes von Bismarck aus dem Jahresbeginn 1870: „Die rechte Kaiserkrone muß auf dem Schlachtfelde gewonnen werden“<sup>43</sup>.

---

<sup>43</sup> Zit. nach dem Tagebuch Hermann Wageners bei *Hans-Joachim Schoeps*, *Der Weg ins Deutsche Kaiserreich*, Berlin 1970, 192. (Vgl. auch – mit einem entsprechenden, leicht variierten Titel – meinen Artikel in der „ZEIT“ vom 19. Jan. 1996). Dieser Ausspruch Bismarcks bildete auch einen zeitlichen Hintergrund für den Versuch des Bundeskanzlers, mit seinen taktischen „Kaiserplan“ (für Norddeutschland) sich innenpolitisch Luft zu verschaffen.

Im Hinblick auf die Auseinandersetzungen während des preußischen Verfassungskonflikts bis Königgrätz hieß es in Bernstorffs „Morning Post“-Artikel: „[...] luckily for the nation, to quote Count Bismarck's words, 'We (that is the King's advisers) then understood the matter better than the people, and the latter have reason to be thankful for the result'. Armies were supported, taxes levied, and war was declared in presence of the open opposition of the nation, and the result was that Prussia has become identical with Germany, and Germany has become the greatest Power in the world. [...] The North German Confederation [...] 'is only a passing phase', and the admission of Baden would not essentially alter its character. The German National party [...] has now received the assurance of Count Bismarck that he knows what he is about; and, as he has not lost confidence in his own sagacity, he will pursue his own peculiar way of attaining that end which has been the great object of his life“<sup>44</sup>.

Bernstorff hatte diesen Artikel als Beilage zu einem Bericht aus London vom 2. März an die Wilhelmstraße geschickt. Das spanische Thronangebot war am 25./26. Februar in Berlin eingetroffen. Um nähere Schlußfolgerungen aus dieser Datenabfolge zu ziehen, geben die publizierten Quellen keinen zuverlässigen Anhaltspunkt.

Einer der potentiellen Leser dieses „Morning Post“-Artikels, Lord Acton, notierte später: „Rössler says, B[ismarck] had already prepared Hohenzollern for the emergency. In March he urged acceptance, having the summer for war“<sup>45</sup>. 1895 schrieb der hegelianische „Prophet Bismarck's“ und publizistischer „Diener“ des Reichsgründers (Erich Marcks) Constantin Rößler: die Geschichte der spanischen Thronkandidatur „liegt im völligen Dunkel“, und er halte „durchaus den Versuch nicht für gerathen, dieses Dunkel aufzuhellen“.

Zurück zu Pergler von Perglas! Hatte der bayerische Gesandte Unrecht, oder lohnte sich der Abdruck seiner Depesche, in der er ohne Kenntnis des von Berlin wenig später lancierten „Morning Post“-Artikels, aber in faktischer Übereinstimmung mit diesem Presse-Coup Graf Bernstorffs über die Laskersche Interpellation vom 25. Februar schrieb: „Wohl niemals hat Graf Bismarck die Ziele seiner Politik für Einigung aller deutschen Länder unter Preußens Führung klarer angedeutet, als bei diesem Anlasse – unbekümmert um Prager Frieden und Nikolsburger Präliminarien, nur der politischen Opportunität hat er das weitere vorbehalten“<sup>46</sup>? Hat Fenske den

---

<sup>44</sup> Buchers gekürzte Fassung für die diplomatischen Vertretungen ist bei Nr. 176 im Paralleldruck wiedergegeben.

<sup>45</sup> Acton Mss. 5503 in der University Library Cambridge (dieses und das folgende Zitat nach: HZ 212, 1971, 584, Anm. 130). „Potentieller Leser“: Acton befand sich im Frühjahr 1870 wegen des I. Vatikanischen Konzils in Rom.

„Morning-Post“-Artikel zur Kenntnis genommen, und ist ihm die prinzipiell identische Interpretation der Bismarck-Rede in dem diplomatischen Dokument (für ihn offensichtlich suspekter) bayerischer Provenienz nicht aufgefallen?

Noch ehe die Laskersche Interpellation (mit Bismarcks anschließenden Erlaß an den Grafen Flemming in Karlsruhe) zu geläufigen Schlüssel- und Standardargumenten für die Bismarck-Apologie wurden, vertraten zeitgenössische Beobachter der politischen Entwicklung wie der nationalliberale Parlamentarier K. Klüpfel eine ganz andere, „realpolitische“ Erklärung für Bismarcks negative Reaktion auf die Initiative Laskers im Reichstag. Sie könne nicht als schlüssiger Beweis für die Ablehnung einer Provokation Frankreichs angesehen werden, so schrieb er 1873: Bismarck „wollte, daß Frankreich von einer anderen Angelegenheit Veranlassung nehme Krieg anzufangen, in einer Weise, die dasselbe in den Augen Europa’s unzweifelhaft als Angreifer und Friedensstörer erscheinen ließe“<sup>47</sup>. Knapp zwanzig Jahre später urteilte der Leipziger Ordinarius (und frühere Geschäftsführer Sybels bei der „HZ“) Wilhelm Maurenbrecher: „Welche Folgen für den Beginn des europäischen Krieges die Aufnahme Badens damals gehabt haben würde, das durfte Bismarck nicht aussprechen, ja nicht einmal andeuten; denn ebenso wie Österreich lauerte Frankreich gespannt auf jede Blöße, die sich Bismarck in dieser Beziehung geben würde.“ Und: „[...] sie [die auf den Anschluß Badens an den Nordbund drängenden Nationalliberalen] ahnten kaum, dass sie damit Napoleons und Beusts geheimen Wünschen entsprachen, die in dieser Verletzung des Prager Friedens einen sehr annehmbaren Kriegsgrund gefunden hätten [...]“. Dieser „realpolitischen“ Interpretation zweier Zeitgenossen ist in der Sache nichts hinzuzufügen.

---

<sup>46</sup> Nr. 156, Zitat: Bd. I, 291. In einem Bericht vom 7. März 1870 geht Pergler auf den „Morning Post“-Artikel ein und unterstreicht die „gewisse Übereinstimmung“ seiner Einschätzung mit der „Appreciation des englischen Blattes“ (Nr. 194).

<sup>47</sup> *Karl Klüpfel*, Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen bis zu ihrer Erfüllung 1848 bis 1871, Bd. II, Berlin 1873, 325. Das folgende Zitat: *Wilhelm Maurenbrecher*, Gründung des Deutschen Reiches 1859–1871, Leipzig 1892, 216 bzw. 226.

**V. Vom Votum der Quellen zum „Veto der Quellen“ (R. Koselleck) –  
Fürst Karl Anton an den Erbprinzen am 5. Juni 1870:  
König Wilhelm „fügt sich der politischen Nötigung Bismarcks. [...]  
Wäre ein nochmaliges Refus unsererseits erfolgt, so hätten wir  
es büßen müssen“; zu Radowitz am 3. Juni 1871:  
Bismarck habe „die Thronkandidatur nur in der Absicht und  
Voraussicht aufgebracht, respektive ausgenutzt [...], um daraus  
den Kriegsfall gegen Frankreich zu gewinnen“. Und andere Zeugnisse  
von Zeitgenossen zum Kriegsausbruch 1870**

Fenske doziert ex cathedra, es fänden sich „zahlreiche Äußerungen gut informierter Persönlichkeiten, daß er [Bismarck] einen bewaffneten Konflikt mit Frankreich nicht wollte [...]“ (2003, S. 112). Leider beläßt Fenske zur Verwunderung des Lesers seine zeitgenössischen (?) Kronzeugen völlig in der Anonymität.

Zählt Fenske zu seinen „gut informierten Persönlichkeiten“ eventuell den Emissär des Bundeskanzlers in Madrid/Lissabon (1869/70) Theodor v. Bernhardt? Der Militärtheoretiker und diplomatische Agent in Diensten des norddeutschen Bundeskanzlers widersprach (nicht ohne sich eine nachträgliche Revision seiner Meinung offenzuhalten) in der portugiesischen Hauptstadt dem Kanzler der dortigen Berliner Gesandtschaft, Neumann, als dieser am 10. Juli seine Überzeugung äußerte, der Krieg sei „unvermeidlich“ und Preußen habe ihn „absichtlich und geflissentlich“ herbeigeführt. Darüber „habe man in Berlin unmöglich in Zweifel sein können“, daß die Madrider Kandidatur eines Hohenzollern-Prinzen in Frankreich einen „solchen Sturm heraufbeschwören werde“ (Nr. 772). Das war eine Woche nach dem Ausbruch der preußisch-französischen Krise und drei Tage vor der „Emser Depesche“. Neumann führte dann in das Gespräch mit Bernhardt eine unter den Zeitgenossen offenbar verbreitete Deutung ein, deren prominentester Vertreter Jacob Burckhardt mit seinem Modell der preußisch-deutschen Reichsgründung als einer „abgeschnittenen Krisis ersten Ranges“<sup>48</sup> sein sollte: Man „brauche gewissermaßen einen Krieg“, so fuhr Neumann fort, „um einem neuen Konflikt vorzubeugen, der des Militär-Budgets wegen bevorstehe“<sup>49</sup>, wenn alles ruhig bleibe. Auch sage man sich gewiß in Berlin, daß man früher oder später doch einen Krieg mit Frankreich haben müsse und werde, da wolle man ihn lieber jetzt haben als später“<sup>50</sup>. Im übrigen hatte

<sup>48</sup> *Jacob Burckhardt, Über das Studium der Geschichte*, hrsg. v. Peter Ganz, München 1982, 373.

<sup>49</sup> Über die gleichen Befürchtungen des Kronprinzen und des Königs vgl. Nr. 401 (2. Mai 1870) mit Anm. 1 und die Tagebuchnotiz des Kronprinzen vom 28. Mai 1870: „In Militärkonfliktfrage, die 1871 beginnt, werde ich mich hüten!“ (Nr. 468) bzw. Nr. 834, Appendix II (Bd. III, 27 f.).

<sup>50</sup> Der interimistische Geschäftsträger an der Pariser Botschaft während der Juli-Krise 1870 Solms-Sonnenwalde erklärte die (bekannten) Verweise, die ihm Bismarck

Bernhardi am 3. Juli 1870 in seinen bis zu dieser Edition ungedruckten Tagebuch-Passagen notiert: „Sollte man mich [auf Bismarcks Anweisung hin] etwa aus Madrid [nach Lissabon] weggesendet haben, damit ich dem Prinzen nicht abrate? Das hätte ich allerdings getan, und sehr ernstlich. [...] Jedenfalls habe ich Grund zu glauben, daß ich hierher versetzt worden bin, nicht weil ich hier nötig wäre, sondern weil ich in Spanien irgendwie im Wege war“ (Nr. 670).

Aus dem später erschienenen Band III der Edition könnte Fenske Robert v. Keudell nennen, der Mitarbeiter Bismarcks im Auswärtigen Amt (seit 1869 als Geheimer Legationsrat) war und in seinen Memoiren „Fürst und Fürstin Bismarck“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Kriegsabsicht Bismarcks bestritt<sup>51</sup>. Gegen die Berufung auf Keudell als Kronzeugen und gegen die Beweiskraft seiner Erinnerungen in dieser Frage ist unter anderem geltend zu machen, daß sie offensichtlich auch im Hinblick auf den Eindruck in Frankreich geschrieben sind; Keudells defensives Hauptargument, es sei bei Bismarcks Denkweise „absolut ausgeschlossen“ gewesen, „einen großen Krieg – und zwar nach seiner damaligen Auffassung den ersten einer Reihe von Rassenkriegen – herbeiführen zu wollen, um vielleicht einige Jahre früher die Frucht des Eintritts der Süddeutschen in den Norddeutschen Bund zu pflücken“, übergeht zwei entscheidende Punkte: 1. 1870 konnte auf absehbare Zeit und auf evolutionärem Wege nicht mehr sicher mit einer Reichseinigung unter Preußens Führung gerechnet werden<sup>52</sup>; 2. der Reichsgründer hat nach 1871 keinen Hehl aus seiner Überzeugung gemacht, das neue Reich müsse als Folge seiner Gründung in Zukunft noch mehrere Kriege führen, und sich unter anderem 1888 in einem für die Öffentlichkeit be-

---

wegen seiner alarmierenden Berichterstattung seit dem 5. Juli erteilte, mit der Befürchtung des Bundeskanzlers, solche Pariser Depeschen würden den König „in seiner Friedensliebe bestärken“. Im Übrigen habe Bismarck durch „Mißbilligung meiner Berichte beweisen“ wollen, „daß er immer nur für den Frieden gewesen sei und überhaupt gar nicht an Krieg gedacht habe“ (s. Dok. Nr. 763, Nr. 833 und Nr. 918; vgl. dazu *J. Becker*, *Bismarck et l'Empire libéral* (Anm. 41), 343 f.). Zu weiteren Belegen über gleichgerichtete Urteile des ehemaligen Pariser Generalkonsuls Bamberg und im Auswärtigen Amt vgl. Nr. 917 und 919. – Im Übrigen hatte der norddeutsche Vertreter in Spanien Graf Canitz im Zusammenhang mit den Geheimverhandlungen über die Thronkandidatur im Frühjahr 1870 mit Rücksicht auf den König einen „Maulkorb-Erlaß“ Bismarcks erhalten (Nr. 246); Canitz hatte zuvor die preußische Regierung dringend gewarnt, sich auf eine „Anleihe“ für Spanien einzulassen, da Spanien „einheimisches“ Kapital benötige – eine politische Diagnose, die durch die Abdankung des italienischen Ersatzkandidaten für Leopold, Amadeus' I., drei Jahre nach dessen Wahl bestätigt wurde (Nr. 227).

<sup>51</sup> Der damalige Fürst Leopold schrieb Keudell 22. Dezember 1901, er habe „mit überzeugenden Gründen verneint“, daß Bismarck gewußt habe, „daß meine Thronkandidatur zum Krieg führen müsse“ (Nr. 978). Leopold war ein apolitischer Vertreter seines Fürstenhauses; in Sigmaringen erhielt er den Beinamen „der Gütige“ (vgl. *Maximilian Schmitz-Mancy*, *Leopold der Gütige*, Fürst von Hohenzollern, Berlin 1910).

<sup>52</sup> Vgl. dazu auch unten bei Anm. 93 den von Bismarck veranlaßten Bericht der „Hamburger Nachrichten“ vom November 1892.

stimmten Schreiben auf die „allgemeine Überzeugung“ während des Deutsch-Französischen Krieges berufen, „daß dieser Krieg, wie er auch ausfallen möge, ‚die Eröffnung einer Reihe von Kriegen‘, eines ‚kriegerischen Jahrhunderts‘ sein werde, dennoch aber unvermeidlich sei“<sup>53</sup>.

Werfen wir jetzt einen Blick auf die Urteile von „Zeitzeugen“, die in den drei Bänden zu Wort kommen und deren Deutungen von Bismarcks Politik Fenske weder diskutiert noch ausdrücklich erwähnt:

a) Am 27./28. November 1868 – also wenige Wochen nach der spanischen September-Revolution und dem Beginn der Thronvakanz in Spanien – schrieb der Leiter des Ministeriums der „Neuen Ära“ (1858-62) in Preußen und damit Bismarcks Vorgänger *Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen* in der Reaktion auf erste (Presse-)Gerüchte seinem rumänischen Sohn: Er lehne eine Kandidatur des Erbprinzen in Madrid unter anderem deswegen ab, weil „Frankreich wegen der preußischen Beziehungen [des Sigmaringer Hauses] niemals die Festsetzung der hohenzollernschen Dynastie jenseits der Pyrenäen [würde] gestatten können“<sup>54</sup>. Nach dem offiziellen Thronangebot von Ministerpräsident General Prim informierte Fürst Karl Anton den Bundeskanzler (25. Februar 1870), er habe schon bei der letzten Madrider Sondierung im Spätsommer 1869 dem spanischen Abgesandten die unerlässlichen Bedingungen für eine Erörterung der Kandidatur in seiner Familie eindeutig erklärt: Erstens müsse Kaiser Napoleon sich an König Wilhelm wenden und ihm darlegen, „daß die Gründung einer Hohenzollern-Spanischen neuen Dynastie eine Gewährschaft [sic] des europäischen Friedens und der europäischen Ruhe sei“; und zweitens müsse der preußische Monarch „für eine solche Lösung dieser Frage sich im günstigen Sinne ausgesprochen haben“ (Nr. 153).

Das war nicht nur politische Einsicht in die Art des Funktionierens des antagonistischen balance-of-power-Systems der europäischen Staaten<sup>55</sup> – es war de facto auch die dynastische Anerkennung von dessen macht- und gleichgewichtspolitischen „Spielregeln“ durch den Vorgänger Bismarcks als Vorsitzender des preußischen Staatsministeriums. Und es bedeutete implizite

<sup>53</sup> So in seinem Immediatbericht vom 23. September 1888 (*Bismarck*, WiA, Bd. IX, 1981, 666; die als Zitate gekennzeichneten Stellen geben nach Bismarck Äußerungen des Kronprinzen wieder). Vgl. schon HZ 212 (1971) 576 f., Anm. 111 und 566 ff.

<sup>54</sup> Nr. 50; Sybel schrieb dem badischen Großherzog am 9. März 1895: Fürst Karl Anton sei der Meinung gewesen, „daß Napoleon trotz naher Verwandtschaft und alter Freundschaft bei der Stimmung seines Volks einen Hohenzollern wegen des preußischen Namens auf dem spanischen Thron niemals zulassen würde [...]“ (*Walther Peter Fuchs* (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bd. III, Stuttgart 1980, 404).

<sup>55</sup> s. *Paul W. Schroeder*, *Systems, Stability, and Statecraft*, hrsg. v. David Wetzel/Robert Jervis/Jack S. Levy, New York 2004 sowie *ders.*, *The Vienna System*, in: P. Krüger/E. Müller-Luckner, *Staatensystem* (Anm. 3).

nicht weniger als die Respektierung des besonderen Interesses von Paris an den Verhältnissen auf der Pyrenäen-Halbinsel wie die faktische Akzeptanz der traditionellen Einflußsphäre Frankreichs an seiner eigenen Südwest-Flanke. Fürst Karl Anton hat – mit dem Hinweis auf eine notwendige Vorinformation Napoleons III. – Bismarck am Vorabend des „Geheimen Conseils“ mit dem König in Berlin (15. März 1870) (vor allem) auf die Folgen einer solchen Kandidatur für das Verhältnis Paris/Berlin und damit auf das Risiko eines Krieges als Resultat der „spanischen Diversion“ aufmerksam gemacht.

Warum sich Fürst Karl Anton im Frühjahr 1870 dennoch auf das spanische Angebot der Thronkandidatur einließ, kann nicht – wie dies Bismarck später immer wieder insinuierte – mit dynastischem Familienehrgeiz allein erklärt werden. Als Bismarck nach seiner Rückkehr (aus seinem Osterurlaub in Varzin und seiner schweren Erkrankung auf seinem pommerschen Landsitz) in die Berliner Wilhelmstraße (Mai 1870) die ablehnende Entscheidung seines Monarchen für Madrid ohne dessen Wissen rückgängig zu machen suchte, gewann er den Fürsten Karl Anton und den Erbprinzen Leopold mit dem Motiv von Preußens „höchstem Staatsinteresse“ – nicht zuletzt für den Kriegsfall mit Frankreich (Nr. 464, 479). Diesem „ultimativen“ Argument des „höchsten“ preußischen „Staatsinteresses“ wollten und konnten sich der Hohenzollern-Fürst und sein Sohn Leopold offenbar nicht entziehen – auch wenn diese Motivation und der damit verbundene Appell an das Ehrgefühl als preußische Offiziere (jedenfalls bei Fürst Karl Anton) einen eher sekundären Anteil dynastischer Ambitionen verdeckte. Im übrigen war Bismarcks Argument vom „höchstem Staatsinteresse“ – wie Fürst Karl Anton dem Erbprinzen (5. Juni 1870) schrieb – mit der erpresserischen Drohung des Kanzlers verbunden, die Sigmaringer Hohenzollern müßten es „büßen“, wenn „ein nochmaliges Refus unsererseits erfolgt[e] – denn die spanische Thronfrage ist ein großer Faktor im politischen Kalkül Bismarcks“<sup>56</sup>.

Die Voraussetzungen, die Karl Anton für sein mögliches Eingehen auf das spanische Angebot vom Spätsommer 1869 nannte, waren in der Summe uneinlösbare Bedingungen für Madrid<sup>57</sup>. *König Wilhelm* kam kurz nach dem Ausbruch der Juli-Krise (6. Juli) in einem Brief an den Fürsten auf dessen Bedingungen für die Spanier zurück: „Ich bedauere, daß Deine, gleich im allerersten Brief an mich<sup>58</sup> ausgesprochene Bedingung, daß man Frankreichs

<sup>56</sup> Nr. 506; vermutlich zielte diese Drohung Bismarcks in erster Linie auf die prekäre Stellung von Fürst Karl in Bukarest, den Preußen hätte fallen lassen können.

<sup>57</sup> In dem in Anm. 54 zitierten Brief Sybels an den badischen Großherzog heißt es, Fürst Karl Anton habe bei der Mission Salazars im September 1869 eine negative Antwort „in der höflichen Form einer nach seiner Ansicht unmöglichen Bedingung [gegeben]. Er werde die Sache erwägen, wenn Spanien ihm die Zustimmung Napoleons und König Wilhelms verbürge“.

<sup>58</sup> Ein solcher Brief war in der Korrespondenz mit dem König nicht zu ermitteln; dagegen hatte Karl Anton in seinem Schreiben an Wilhelm über das spanische Ange-



sich versichern müsse, auf Bismarcks Bemerkung fallen gelassen wurde, teils weil Prim tiefes Geheimnis verlangte, teils weil Bismarck meinte, niemand habe sich darein zu mischen, wenn eine Nation sich einen König wähle!<sup>59</sup> Und dann folgt ein Satz des Königs, der – dies kann hier vorweggenommen werden – alle Argumente von der „Nichtvorhersehbarkeit“ der französischen Reaktion und ihrer „Zielrichtung“<sup>59</sup> zur Makulatur macht: „Daß dies nicht richtig sein würde bei Frankreichs Stellung zu Spanien seit Jahrhunderten, war vorherzusehen“<sup>60</sup>.

Wenn Fürst Karl Anton und König Wilhelm wenigstens eine kriegerische Krise mit Frankreich wegen der spanischen Kandidatur eines Sigmaringer Prinzen erwarteten, führt dann die Anamnese nicht zu jenem „Sybel-Syndrom“, das dem Kanzler die naive Tugendhaftigkeit unterstellt, er habe in der Zeit des explosiven „bewaffneten Friedens“<sup>61</sup> nach 1866 einen militärischen Konflikt mit Paris über die Thronkandidatur nicht vorhergesehen, nicht einkalkuliert oder beabsichtigt? Ist es ein Zufall, daß der (nach einer abenteuerlichen Odyssee während des II. Weltkriegs und in den folgenden Jahren) 2008 publizierte Band VII der „Auswärtigen Politik Preußens“ (über 1866) in einer Analyse der internationalen Lage nach Königgrätz mit der Prognose des russischen Botschafters in Berlin schließt: „Une nouvelle guerre, dans un temps plus ou moins rapproché, semble devoir rester dans les prévisions politiques du moment“?<sup>62</sup> 1873 schrieb Jacob Burckhardt: „Den Krieg sah jedermann im Anzug“ – Frage: nur der Kanzler des Norddeutschen Bundes nicht? War der „shrewdest diplomatic mind of recent history“ etwa doch ein „tugendhafter“ „tumber Thor“ auf außenpolitischem Feld?

Um das Urteil Otto Pflanzes, das Fenske so irritiert (2003, 112), über den „act of faith“, den die national-patriotische Bismarck-Apologie dem Leser zumutet, ausführlicher zu zitieren: „The partisans of his innocence [O. Becker, L. v. Muralt, E. Kolb, J. Dittrich, H. Geuss] ask us to believe a

---

bot die Erwartung ausgesprochen, daß Bismarck über den an ihn gerichteten Brief (mit dem entsprechenden Postulat des Fürsten) dem König Vortrag halten werde (Nr. 152).

<sup>59</sup> Vgl. dazu unten Teil 11. Zum (bekanntlich) allgegenwärtigen Mißtrauen gegen Bismarck in der französischen Öffentlichkeit seit 1866/67 vgl. repräsentativ die Karikatur „Französische Chiromantie“ des „Kladderadatsch“ vom 7. März 1869, wiedergegeben in: Bd. I, 103 und 501.

<sup>60</sup> Nr. 692. Vgl. dazu den Vorwurf Roggenbachs der „insouciance“ des Königs unten bei Anm. 68.

<sup>61</sup> Vgl. dazu die sprechende Karikatur aus dem „Kladderadatsch“ vom 28. März 1869 (Bd. I, 123).

<sup>62</sup> APP Bd. VII, hrsg. u. bearb. v. *Winfried Baumgart* auf Grund der Vorarbeiten von *Wolfgang Steglich*, Redaktion *M. Friedel*, Berlin 2008, 638 (Ber. Oubrils an Gortschakow vom 1. September 1866). Ähnlich der italienische Gesandte in Berlin de Launay in einem langen Bericht vom 10. November 1867 (Doc. Diplomat. Italiani, Prima Serie, Bd. IX, Rom 1987, 51 ff.; vgl. auch dessen weitere Berichte bis zum Sommer 1870).

most improbable case: that the shrewdest diplomatic mind of recent history permitted Germany to be drawn into a war that he was eager to avoid. The man who in 1863, 1865, and 1867 had known how to approach the brink and yet save the peace, when it was wise to do so, found it impossible to maneuver his way out of a situation of his own making in the summer of 1870 without resort to violence. We are asked to believe that this tremendous talent, ordinarily so richly inventive, so inexhaustible of resource, suddenly and briefly became barren and impotent to prevent what, it is declared, he did not seek and did not want. *The proposition, to be believed, requires an act of faith*<sup>63</sup>. Ist es verwunderlich, wenn derartige Befunde an Delbrücks altes Diktum von der „Bismarck-Theologie“ erinnern?

Gegenüber Josef Maria v. Radowitz (einem Mitglied der preußischen Kriegspartei seit 1867, nach 1871 ein Spitzendiplomat Bismarcks) äußerte sich Fürst Karl Anton wenige Wochen nach dem Ende des Krieges mit „überraschendem Groll gegen Bismarck, dem er vorwarf, daß er die Thronkandidatur nur in der Absicht und Voraussicht aufgebracht, respektive ausgenutzt habe, um daraus den Kriegsfall gegen Frankreich zu gewinnen. Er selbst, der Fürst Vater, und sein Sohn, der Erbprinz, hätten dadurch eine falsche und törichte Rolle gespielt, sie seien gemißbraucht [sic] worden für einen politischen Zweck, der nimmermehr hätte der ihrige sein können [!]. Er lehne deshalb für sich und den Erbprinzen vor Mit- und Nachwelt die Verantwortung dafür ab, wenn er auch noch nichts darüber öffentlich sagen könne und wolle“<sup>64</sup>.

Das war so kurz nach der Reichsgründung ein verblüffendes Urteil des Ministerpräsidenten der „Neuen Ära“ in Preußen über Bismarcks kriegerische Instrumentalisierung der spanischen Thronkandidatur – eine für „real-

---

<sup>63</sup> *Otto Pflanze*, *Bismarck and the Development of Germany*, Bd. I, Princeton 1990, 462. Die deutsche Ausgabe dieses „most thorough and satisfactory treatment of the German chancellor available in any language“ (so *Allan Mitchell*, in: *Francia* 19/3 (1992), 165) übersetzt völlig inadäquat: „Dieses erstaunliche politische Genie, gewöhnlich so erfinderisch und nie um einen Ausweg verlegen, soll bei dieser einen Gelegenheit so plötzlich und vollständig versagt haben, daß es nicht verhindern konnte, was es weder beabsichtigt hatte noch hinnehmen wollte. *Das alles muß man jedenfalls annehmen, wenn man an Bismarcks Unschuld glauben will*“ (Bismarck, *Der Reichsgründer*, Bd. I, München 1997, 464 f.).

<sup>64</sup> Bd. III, „Chronik“ 471 f. Rund zehn Jahre später schrieb Fürst Karl Anton enthusiastisch dem ehemaligen preußischen Gesandten in Madrid Georg v. Werthern: „Aus der fehlgeschlagenen spanischen Thronkandidatur hat sich das Größte entwickelt, was die deutsche Geschichte aufzuweisen vermag, das Kaisertum unter preußischer Führung [...], dessen Wachstum nach 11 Jahren riesengroß das Deutsche Reich zum Schiedsrichter der Welt erhoben hat!!!“ (Nr. 931). – *Radowitz* persönlich teilte nach seinen Memoiren die Überzeugung von der Unvermeidbarkeit eines Krieges Preußen/Frankreich; vgl. dazu grundsätzlich: *Wolfgang J. Mommsen*, *Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914*, in: *Jost Dülffer / Karl Holl* (Hgg.), *Bereit zum Krieg, Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914*, Göttingen 1986, 198.

politisch“ denkende Zeitgenossen sensationelle Distanzierung, nachdem die spanische „Diversion“ die Frucht der kleindeutschen Einigung Deutschlands unter der „Suprematie Preußens“ gebracht hatte. Bemerkenswert auch, daß der Sigmaringer Hohenzoller nicht ausschloß, Bismarck habe selbst den Spaniern die Anregung zu einer Kandidatur des Erbprinzen Leopold suggeriert. Eine solche Kandidatur mußte – unter anderem im Hinblick auf die Ehe Leopolds mit einer portugiesischen Infantin und nach dem enormen europäischen Prestigegewinn der Hohenzollern durch den Sieg von Königgrätz 1866 – auch unabhängig von einer Berliner Initiative ins Blickfeld der auf einen Dynastiewechsel drängenden Gegner Königin Isabellas treten. Vieles spricht dafür, daß dies bereits der Fall war zur Zeit des „Pakts von Ostende“, der im August 1866 die Aktionseinheit der anti-isabellinischen Opposition hergestellt hatte<sup>65</sup>.

Für eine (unwahrscheinliche) durch Bismarck veranlaßte Initialzündung der ersten spanischen Überlegungen gibt es in meiner Edition keinen Quellenbeleg; allerdings wird dadurch Karl Antons Andeutung, was eventuelle (spätere) diplomatische Geheim-„Diversionen“ des preußischen Ministerpräsidenten angeht, nicht falsifiziert<sup>66</sup>. Immerhin konnte sich der Fürst daran erinnern, daß das erste Stück in seiner Dokumentensammlung zur Genesis und zum Verlauf der Madrider Kandidatur ein Artikel der „Uckermärkischen Zeitung“ vom 13. Oktober 1868 über den „Spanischen Thron“ ist (Nr. 17); er enthält – im Monat nach der Militärrevolte gegen Königin Isabella II. – ein offenes Plädoyer zugunsten Leopolds von Hohenzollern-Sigmaringen als künftigem König in Madrid, unter anderem mit dem Argument, daß Preußen 1866 das Erbe der Habsburger und damit letztlich auch das Karls V. angetreten habe. Damit taucht in der Berliner Propaganda knapp 1 1/2 Jahre vor der definitiven Konkretisierung der Hohenzollern-Kandidatur (nicht überraschend) ein historisches Argument auf, das in der Julikrise 1870 auf französischer Seite eine zentrale Rolle spielen sollte: als

---

<sup>65</sup> Vgl. *Luis Álvarez Gutiérrez*, *Otra vez a escena la candidatura Hohenzollern-Sigmaringen al trono de España*, in: *Hispania* 2004, 717. (Álvarez ist ein Kenner der deutsch-spanischen Beziehungen wie der Spanien-Politik Bismarcks seit den 1860er Jahren; vgl. seine Monographien: „La Revolución de 1868 ante la Opinión Pública Alemana“, Madrid 1976 und „La Diplomacia Bismarckiana ante la Cuestión Cubana, 1868–1874“, Madrid 1988).

<sup>66</sup> Die zeitgenössischen Pressemeldungen über preußische Einflüsse auf die spanische September-Revolution 1868 und die anschließenden Kandidatur-Gerüchte sind bekannt (vgl. „Chronik“ 29./30. Sept. 1868); nach einem Bericht des österreichischen Gesandten in Madrid Graf Karnicki vom 13. August 1869 sprach der neue spanische Außenminister Silvela von der Patronage Preußens für den Sigmaringer Erbprinzen als von einem allgemein bekannten Faktum (Nr. 97); vgl. dazu *H.-O. Kleinmann*, *Spanische Thronfrage* (Anm. 20), 138. – In einem späteren Brief (25. Juli 1870) beansprucht G. v. Werthern, beim Wechsel als preußischer Vertreter in Madrid nach München am 12. Januar 1867 in Düsseldorf Fürst Karl Anton „konversationsweise“ den Gedanken einer Thronkandidatur Leopolds erwähnt zu haben (Nr. 889).

traumatische Erfahrung französischer Macht-, Prestige- und Sicherheitspolitik in der Zeit der „Einkreisung“ durch das Haus Habsburg. Eberhard Naujoks, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der beste Kenner der Pressepolitik Bismarcks in der Reichsgründungszeit, bezeichnete den zitierten Artikel aus der uckermärkischen Provinzpresse (aus der weiteren Nachbarschaft des pommerschen Varzin) „mit Sicherheit als ein Erzeugnis des preußischen Offiziösentums“<sup>67</sup>. Sollte der Sigmaringer Fürst diese Überzeugung nicht geteilt und daraus seine eigenen, weitergehenden Schlußfolgerungen gezogen haben?

b) Am 27. Juli 1870 schrieb *Franz v. Roggenbach* (im Umkreis von Königin/Kaiserin Augusta und des preußischen Kronprinzenpaars ein Favorit für die Nachfolge Bismarcks) dem britischen Gesandten in Darmstadt: „With regard to the present war, I hope it will prove a great benefit for the German nation, and their unity. [...] The whole Hohenzollern plan was entered in, by the King, with such insouciance and ‚légèreté‘, by Bismarck with his accustomed astucity [sic] and the firm resolution to outdo his antagonists by the temerity of his lies. The actual, general view of the whole affair, as it appears in the newspapers is quite false. Real truth would be not useful at the present moment“<sup>68</sup>. Fast ein Jahrhundert später hat der national-patriotische Freiburger Historiker (und Hitler-Gegner) Gerhard Ritter in der neuen weltpolitischen Situation nach dem II. Weltkrieg und unter den Bedingungen des Kalten Krieges zwischen Ost und West „für den politischen Historiker“ proklamiert, „daß jetzt auch die Zeit für eine bloß-nationale Geschichtsauffassung vorüber ist, die sich [wie in der Weimarer Republik unter dem Druck des Versailler Vertrags] grundsätzlich zur apologetischen Haltung gegenüber der eigenen Geschichte und zur Anklage gegen ehemalige Gegner verpflichtet glaubt“. Man ist versucht zu sagen: wegen des Nachweises von Bismarcks Kriegswillen beim Durchsetzen der spanischen Thronkandidatur Leopolds und dem damit verbundenen „Verlust des guten Gewissens“ für den Gründungskrieg der preußisch-deutschen Großmacht scheinen einige deutsche Historikern wie Fenske und Kolb – im Fahrwasser der politischen Historiographie im Deutschland der Bismarckzeit

<sup>67</sup> Bd. I, 27, Anm. 3. Zu vermuten ist, daß Karl Anton in Düsseldorf durch eine Zusendung aus Angermünde zu einem Exemplar dieses uckermärkischen Provinzblatts kam.

<sup>68</sup> Nr. 891. Nach *K. Samwer*, Roggenbach (Anm. 6), 124 sei man nach Roggenbachs Überzeugung in Berlin seit der Berufung Gramonts in das Außenministerium der Ansicht gewesen, der neue Außenminister trete à la recherche d'une bonne occasion pour la guerre ein, und Bismarck habe danach die Gunst der Stunde genutzt, als die französische Armee noch durch die mexikanische Expedition desorganisiert war (vgl. auch die Zitate aus *Samwer* in der „Einführung“ Bd. I, LXXIV sowie für weitere Details der Haltung Roggenbachs 1870: HZ 212, 1971, 566 ff.). Das folgende Zitat aus dem Vorwort *Gerhard Ritters* zu *Jochen Dittrich*, Bismarck, Frankreich und die spanische Thronkandidatur der Hohenzollern, München 1962, XI f.

und der Zwischenkriegsjahre – in einem apologetischen Reflex die „real truth“ auch nach mehr als hundert Jahren noch zu bestreiten<sup>69</sup>.

c) Fenske kritisiert meine Auffassung, es habe sich bei dem Abendessen Bismarcks unmittelbar nach des Kanzlers Rückkehr aus Varzin am 12. Juli um einen „informellen Kriegsrat“ (u. a.) mit dem Kriegsminister Roon, dem Generalstabschef Moltke und dem preußischen Innenminister Eulenburg gehandelt. Seine Quelle: eine Aufzeichnung *Herbert v. Bismarcks*. Für Fenske haben diese Notizen des Kanzlersohnes besonderes Gewicht, da er ihre Niederschrift auf den Tag nach dem Abendessen des Bundeskanzlers mit seinen engsten Mitarbeitern datiert (2008, 268). In Wirklichkeit stammt diese Niederschrift nach Herberts eigener (und in der Edition korrekt vermerkter) Angabe vom „Frühjahr 71“<sup>70</sup>. Der 21jährige Herbert v. Bismarck war übrigens nur zeitweise beim Treffen am 12. Juli abends anwesend (was Fenske nicht erwähnt), so daß er als direkter Zeuge des gesamten Verlaufs des „Kriegsrats“ nicht in Anspruch genommen werden kann. Und: Was soll man schließlich unter den „größten historischen Ereignissen“ verstehen, die der Kanzler (laut Herberts Aufzeichnung:) „bis vor kurzem noch“ (i. e. bis zur Rücknahme der Thronkandidatur durch Karl Anton am 12. Juli, dem Vorabend der „Emser Depesche“) erwartet hatte, während er danach „wohl bloß die Unannehmlichkeit der so plötzlichen Unterbrechung meiner Kur [in Varzin] davon haben“ werde<sup>71</sup>?

Vom Bundeskanzler selbst gibt es übrigens ein aufschlußreiches zeitgenössisches Zeugnis über den „Kriegsrat“ vom 12. Juli. Am 13. Juli teilte er in einem Gespräch dem russischen Reichskanzler Gortschakow mit, daß am Vorabend Kriegsminister Roon und Generalstabschef Moltke für den sofortigen Krieg mit Frankreich plädiert hätten. Er selbst aber habe widersprochen: „weder Vernunft noch Religion erlaubten, den Ausbruch des Krieges allein deswegen zu beschleunigen, weil ein Chancen-Kalkül günstig sein könnte – daß der Ausgang immer in den Händen einer höheren Macht als denen der Menschen sei – daß von einem Augenblick zum anderen ein unerwarteter Umstand eintreten könnte, der einer vergleichbaren Maßnahme den Charakter einer überstürzten Entscheidung aufpräge etc.“<sup>72</sup>. Fenske

<sup>69</sup> Vgl. dazu auch Bd. I, XXIV f. mit Anm. 34.

<sup>70</sup> Nr. 835: „[Zum 12. Juli 1870]: Aufzeichnungen Herbert v. Bismarcks aus dem Frühjahr 1871 über das Essen bei dem Bundeskanzler am Abend des 12. Juli 1870“. Die von Fenske 2008, 269 zitierten Äußerungen Eulenburgs über den „Kriegsrat“ vom 12. Juli 1870 nach Aufzeichnungen des britischen Militärattachés in Berlin Beauchamp Walker stammen nicht aus dem Herbst 1870, sondern von Anfang Oktober 1871 (vgl. Nr. 834, Appendix I).

<sup>71</sup> Bd. III, 31; nach Herberts Aufzeichnung hatte sein Vater ihn begrüßt: „Ihr seid wohl alle schon sehr blutdürstig“.

<sup>72</sup> Nr. 849B: „Mr. de Bismarck m'assura qu'il s'était opposé à cette détermination. Il avait dit que ni la raison ni la religion ne permettaient d'accélérer le moment de la

schreibt: Bismarck „wünschte den Frieden ernsthaft“ (2008, S. 268). Stützt er sich etwa auf solche Äußerungen des Bundeskanzlers gegenüber dem leitenden Minister der russischen Großmacht Gortschakow unmittelbar vor Kriegsbeginn? Derartige diplomatische Erklärungen wörtlich zu nehmen – würde das nicht wirklich einen „act of faith“ erfordern?

Und wie läßt sich mit dem zitierten Standardargument Bismarcks gegen einen Präventivkrieg<sup>73</sup> der von dem russischen Reichskanzler anschließend referierte Beschluß des „Kriegsrats“ vom 12. Juli vereinbaren, „von Gramont Garantien über die aktuellen Absichten Frankreichs zu verlangen und ihm zu erklären, daß, falls die Antworten nicht befriedigend seien, der Reichsrat [sic] in acht [Tagen] einberufen werden würde, um die nötigen Mittel für die Mobilisierung der gesamten Armee zu bewilligen?“ „Wir sind nicht reich genug, hat mir Bismarck gesagt“, so referiert Gortschakow in seinem Brief an den Zaren, „um auf die Dauer von Monaten umsonst solche Ausgaben zu tragen. Das wäre daher der Krieg“<sup>74</sup>.

In seiner noch heute grundlegenden Monographie über den Präventivkrieg in der Ära Bismarcks kam Karl-Ernst Jeismann 1957 zu dem Fazit: „Wenn Bismarck den Präventivkrieg verwarf, sprach er stets nur von der Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Krieges, von dem man glaube oder annehme, der Gegner werde ihn bald besser gerüstet beginnen. Bejahte er aber den Gedanken präventiven Krieges, so setzte er stets voraus, daß man mit Sicherheit den Krieg als unvermeidlich betrachten könne“<sup>75</sup>. Wenn es über-

---

guerre uniquement parcequ'un calcul de chances pouvait être favorable, – que l'issue était toujours entre les mains d'un pouvoir au dessus de celui des hommes, – que d'un moment à l'autre pouvait surgir une circonstance inattendue qui frapperait une semblable mesure du caractère d'une décision précipitée etc.“ Deutet hier das „etc.“ Gortschakows nicht an, daß er diesen Äußerungen Bismarcks allenfalls dekorativen Wert beimaß im Vergleich zu den im Folgenden referierten Äußerungen des Ministerpräsidenten? *Fenske* bemängelt, daß bei mir im Zusammenhang mit Bismarcks Verhältnis zum Krieg als Mittel der Politik „moralisch-ethische Bedenken und eine christliche Prägung [...] keine Rolle“ spielten (2003, 112). Keine der großen letzten Bismarck-Biographien von *Gall*, *Engelberg* und *Pflanze* bemüht im Zusammenhang mit den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 moralische oder religiöse Hypothesen. *H. Kissinger* geht sogar soweit, von dem besonderen Merkmal von Bismarcks Glauben als einem „religiös verbrämten Darwinismus“ zu sprechen – als einem „Mittel, um zu einer theologischen Rechtfertigung des Kampfes um die Macht zu gelangen“ (*Henry A. Kissinger*, *Der weiße Revolutionär: Reflexionen über Bismarck* [1968], in: *L. Gall* (Hrsg.), *Bismarck-Problem* (Anm. 16), 402).

<sup>73</sup> Vgl. *Theodor Schieder*, *Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich*, In: Bruno Gebhardt/Herbert Grundmann (Hgg.), *Handbuch der deutschen Geschichte*, 9. Aufl., Bd. III, Stuttgart 1970, 279.

<sup>74</sup> Nr. 849A: „de demander à Gramont garanties sur intentions actuelles de France et de lui déclarer que si réponses ne sont pas satisfaisantes, Reichsrath [sic] serait convoqué d'aujourd'hui en huit [jours] pour obtenir fonds nécessaires pour mobilisation de toute l'armée. Nous ne sommes pas assez riches, m'a dit Bismarck, pour supporter gratuitement pendant des mois cette dépense. Aussi serait-ce la guerre“.

<sup>75</sup> *Karl-Ernst Jeismann*, *Das Problem des Präventivkrieges im europäischen Staatensystem mit besonderem Blick auf die Bismarckzeit*, Freiburg/München 1957, 184,

haupt noch einer Bestätigung dieses Resultats von Jeismanns bis heute gültigen Standardmonographie bedürfte – Gortschakows Resümee der Unterredung mit Bismarck am 13. Juli böte sie.

Im übrigen hatte der Bundeskanzler sein Konzept für die weitere Konfliktstrategie am 13. Juli schon vor Erhalt und Redaktion der „Depesche aus Ems“ dem König vorgetragen: er betrachte es als „geboten“, so in einem Telegramm an den Monarchen, „daß wir eine Aufforderung an Frankreich richten, sich über seine Intentionen gegen Deutschland zu erklären“<sup>76</sup>. Eine solche Aufforderung hätte nach gängigem diplomatischem Muster einen nächsten (vorletzten) Schritt in der Kriseneskalation dargestellt – entsprechend Bismarcks (von ihm selbst korrigierten) Konzept zu diesem Schreiben hätte dies den „point of no return“ bedeutet: die Aufforderung an Paris sollte eine „ulti[mative]“ sein, was der Kanzler offensichtlich mit Rücksicht auf den König wieder tilgte<sup>77</sup>.

Abekens Nachricht aus Ems vom 13. Juli über das letzte Gespräch König Wilhelms mit Benedetti auf der Kurpromenade stellte eine willkommene Handhabe dar, von dem sozusagen klassischen diplomatischen Muster einer planmäßigen Kriseneskalation und Kriegsauslösung abzuweichen: die Redaktion von Abekens „Depesche aus Ems“ zur „Emser Depesche“ (Nr. 854) bot eine optimale Chance, Frankreich international zu isolieren und die

---

Anm. 82. *Hans Rothfels* hat nach seiner Rückkehr aus der NS-Emigration in den USA in der zweiten Auflage seiner Edition „Bismarck und der Staat“ (1953) die Ablehnung des Präventivkrieges durch Bismarck am entschiedensten und wirksamsten verfochten; in der ersten Auflage von 1925 hatte er geschrieben, Bismarck habe den Präventivkrieg gewiß nicht für alle Grenzfälle möglicher Situationen abgelehnt (*Jeismann*, a. a. O., 183, Anm. 68; vgl. eine andere ähnliche Variation zwischen zwei Publikationen von Rothfels in den USA 1947 und in Deutschland 1970: HZ 212, 1971, 534, Anm. 8). – Vgl. mit *Jeismann* übereinstimmend *Wehler* im Zusammenhang mit der „Krieg-in-Sicht-Krise“ von 1875 bzw. konvergierend *Gall* in seiner Interpretation einer großen Reichstagsrede des Kanzlers vom 11. Januar 1887 (die Kursivierungen stammen in beiden Zitaten von mir – J. B.): „Freilich entstammte die Opposition des Kanzlers [gegen die Präventivkriegspläne der Militärs] keineswegs [...] unerschütterlichen moralisch-ethischen Überzeugungen, die eine prinzipielle Ablehnung des vorbeugenden Erstschlags geboten. Vielmehr ging sie aus einer kühlen, von christlichen Einflüssen durchaus freien *Interessenabwägung* hervor, die wegen der Unkalkulierbarkeit schwerwiegender Risiken die Nachteile einer solchen Kriegspolitik spätestens seit 1875 für viel zu gefährlich hielt“ (*Hans-Ulrich Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. III, München 1995, 879). – „Deutschland [...] gehöre [so der Kanzler] zu den Mächten, die von einem Krieg nichts zu gewinnen, aber alles zu befürchten haben und die daher bestrebt sein müssen, einen Krieg zu verhindern. Das nannte er [...] ‚unsere Friedenspolitik‘, freilich in einem [...] streng *interessenorientierten* Sinn. In ihm schwang noch nichts von jener späteren, die Zusammenhänge verklärenden und zugleich verdunkelnden Deutung mit, es sei ihm um den europäischen Frieden als einen Wert an sich gegangen.“ Es folgt die schon bei Anm. 15 wiedergegebene Fortsetzung dieses Zitats (*L. Gall*, *Bismarck* (Anm. 15), 637).

<sup>76</sup> Bd. III, 60 f., Anm. 5.

<sup>77</sup> Das macht natürlich alle Versuche Kolbs hinfällig, Bismarcks Schreiben an den König als Teil einer Strategie der Kriegsvermeidung zu erklären.

patriotischen wie nationalistischen Leidenschaften in Deutschland zu mobilisieren. Hinzu kamen die mit der „Emser Depesche“ verbundenen, zumeist übersehenen zusätzlichen Desinformationen für Zar Alexander und den britischen Außenminister (als internationale Repräsentanten der wichtigsten Mitglieder des europäischen Staatensystems) sowie für König Ludwig von Bayern (mit seiner nationalpolitischen Schlüsselposition). Die Weisung an die diplomatischen Vertreter in den drei Hauptstädten lautete identisch mit geringfügigen Modifikationen: „Fügen Sie hinzu: Seine Majestät der Kaiser wird ein Gefühl dafür haben, daß Benedetti den König auf der Promenade wider dessen Willen provozierend angeredet, um obige Forderung stellen zu können.“ Die vom Zaren überlieferte Reaktion aus einer Marginalie zu dieser Mitteilung Bismarcks spricht für sich: „C'est trop fort!“<sup>78</sup>

Für die definitive Zuspitzung des Krisenablauf hätte es allerdings auf dem Hintergrund der seit 1866 zwischen Frankreich und Preußen schwelenden Konflikte, angesichts der innenpolitischen Machtverteilung in Paris und der erregten öffentlichen Meinung in der französischen Hauptstadt nicht mehr der „Emser Depesche“ bedurft. Am 9. Juli 1870 versicherte ein in Karlsruhe aus Paris eintreffender norddeutscher Militärattaché, die Regierung Ollivier/Gramont hätte ohne die „energische Erklärung“ des französischen Außenministers in der Kammersitzung vom 6. Juli „nicht die nächsten 24 Stunden überlebt“<sup>79</sup>. Wie der württembergische Gesandte in Berlin am 13. Juli noch vor dem Bekanntwerden der „Emser Depesche“ nach Stuttgart berichtete: „Wird aber auch der Friede vorerst nicht gestört, so ist doch für lange Zeit die Ruhe und Sicherheit Europas erschüttert, die Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen sind in einer Weise verschlimmert, daß der geringste Anlaß das bestehende Mißtrauen zum Ausbruch eines Konflikts steigern kann“ (Nr. 853).

---

<sup>78</sup> Dazu vgl. Nr. 854 III und IV, jeweils Anm. 1, sowie Nr. 862D, Anm. a und zur Resonanz bei der bayerischen Regierung: Nr. 854 III, Anm. 1. – Die Randnotiz des Zaren findet sich auf dem Original des Briefes von König Wilhelm in einem Moskauer Archiv, das der amerikanische Historiker Chester W. Clark Ende der 1930er/Anfang der 1940er Jahre für seine geplante (aber nicht realisierte) Darstellung der Geschichte der internationalen Beziehungen zwischen 1866 und 1870 einsehen konnte. Der dank eines Hinweises von Margaret Lavinia Anderson (Berkeley) in der Bibliothek des Historischen Institut der Universität Berkeley ermittelte und mir in Augsburg zugänglich gemachte Nachlaß befindet sich in den für das Thema meiner Edition wohl relevantesten Teilen jetzt in xerokopierter Form im Universitätsarchiv Augsburg. Der Großteil des Nachlasses wurde vor wenigen Jahren an D. Wetzell (Berkeley) übergeben.

<sup>79</sup> Nr. 802; das Urteil dieses militärischen Zeugen wurde noch 1970 geteilt von J. Dittrich: „Die Kammererklärung [vom 6. Juli] war keineswegs als Herausforderung gedacht, die Preußen zum Krieg zwingen sollte, sondern als Verbeugung vor dem Parlament und der Öffentlichkeit“ (Ursachen und Ausbruch (Anm. 29), 82). Ähnlich wie der Militärattaché beurteilte der oldenburgische Vertreter in Paris, v. Liebe, Gramonts Rede als relativ gemäßigt (Bericht Liebes vom 7. Juli, Niedersächs. Staatsarchiv Oldenburg, Bestand 123–211).



d) In dem „Kriegs-Tagebuch 1870/71“ von *Kronprinz Friedrich Wilhelm* findet sich unter dem Datum des 31. Dezember 1870 in einem Rückblick auf die bisherige Ära Bismarck folgende Bilanz: „Wohl sind wir unbestritten das erste Kulturvolk der Welt, aber zur Stunde will es scheinen, als seien wir weder geliebt noch geachtet, sondern lediglich gefürchtet. [...] das ist nicht die Folge dieses Krieges allein – so weit hat uns die von Bismarck erfundene und seit Jahren in Szene gesetzte Theorie von Blut und Eisen gebracht! [...] Bismarck hat uns groß und mächtig gemacht, aber er raubte uns unsere Freunde, die Sympathien der Welt und – unser gutes Gewissen. Ich beharre noch heute fest bei der Ansicht, daß Deutschland ohne Blut und Eisen, allein mit seinem guten Rechte ‚moralische Eroberungen‘ machen und einig, frei und mächtig werden konnte. [...] Der kühne, gewalttätige Junker hat es anders gewollt“<sup>80</sup>. Ist dieses Urteil des preußischen Kronprinzen in dem Mosaik zeitgenössischer Zeugnisse eine völlige „quantité négligeable“?

e) „Quantité négligeable“ auch die Äußerung von Bismarcks engstem Mitarbeiter in den geheimen Madrider Geschäften 1870 *Lothar Bucher*, daß die spanische „Diversion“ eine „Falle für Napoleon“ gewesen sei und daß weder der König noch der Kronprinz „von diesem Charakter des Manövers von Bismarck [...] eine Ahnung gehabt“ hätten<sup>81</sup>? „Falle“ wozu und wofür? Im Februar 1867 hatte Napoleon III. sein Interventionskorps aus Mexiko abziehen und damit die Illusion eines Kaiserreichs Mexiko unter einem französischen Protégé (Erzherzog Maximilian) preisgeben müssen; im April/Mai 1867 war das kaiserliche Projekt eines Erwerbs von Luxemburg an Bismarck und der Opposition der kleindeutschen Nationalbewegung wie der Großdeutschen gescheitert; 1869 mißlang der Plan für eine Stärkung von Frankreichs ökonomisch-politischen Einfluß auf den belgischen Nachbarn mit Hilfe eines Eisenbahnprojekts; 1869 – das war auch das Jahr des durch die innenpolitische Opposition herbeigeführten Umbaus zum „Empire libéral“; und schließlich schreckte im Mai 1870 die preußische Subvention der schweizerischen Gotthard-Bahn einen Teil der interessierten europäischen Öffentlichkeit auf – eine finanzielle Investition jenseits der eigenen Landesgrenzen, von der Bismarck auf der Bühne des Norddeutschen Reichstags erklärte: sie stelle ein „beinahe nie vorgekommenes Vorgehen einer Regie-

---

<sup>80</sup> „Chronik“ Bd. III, 31. Dezember 1870. Vgl. auch die briefliche Äußerung des Kronprinzen an Fürst Karl von Rumänien aus dem Jahre 1872: „Du wirst Dich erinnern, daß der Gedanke einer endlichen Wiederherstellung des Reichs als Vollendung des deutschen Einigungswerkes mich stets beschäftigte und zu meinen lebhaftesten Wünschen gehörte! Freilich aber war mein Streben auf eine friedliche, unblutige Durchführung dieser That gerichtet, und vielleicht hätte man auch ohne Krieg zu dem nämlichen Ziele gelangen können. Doch dies sind müßige Fragen, auf die es nicht mehr ankommt“ („Chronik“ Bd. III, 18. April 1872).

<sup>81</sup> „Chronik“ Bd. III, 478.

rung“ dar; im übrigen ließ der Bundeskanzler vor den Abgeordneten keinen Zweifel daran, daß diese Investition in der Schweiz den französischen Einfluß eindämmen solle und für den Norddeutschen Bund von hohem strategischem Interesse sei<sup>82</sup>.

Kann man nach diesen außenpolitischen Mißerfolgen Napoleons und angesichts der innenpolitischen Labilität seines Regimes wirklich mit einiger Plausibilität annehmen, daß der französische Kaiser in einer für seine junge Dynastie (wie für die Stellung Frankreichs in Europa) gefährlichen Situation das tödliche Risiko eines „zweiten Sadowa“ in Kauf nahm (noch dazu, nachdem die alarmierende Nachricht aus Madrid am vierten Jahrestag von Königgrätz in Paris eintraf)? Konnte man erwarten, daß die französische Kriegspartei wie auch Außenminister Gramont sich eine willkommene Chance für eine „revanche pour Sadowa“ – wenigstens in der Form einer eklatanten diplomatischen Niederlage des preußischen Rivalen – entgehen ließen? Oder gilt im 21. Jahrhundert nicht mehr, was der „kleindeutsche Staatshistoriker“ (H. v. Srbik) Erich Brandenburg 1895 in der Kritik an Sybel im Hinblick auf die Spielregeln des damaligen europäischen Staatensystems schrieb: „Man darf [...] von Gramont nicht verlangen, er habe [...] die nationalen] Traditionen verleugnen und damit auf Frankreichs Anspruch auf die Vorherrschaft in Europa verzichten sollen“<sup>83</sup>? Im übrigen hat Brandenburg noch nach dem Versailler Vertrag, in den Anfangsjahren der Weimarer Republik seine Überzeugung vertreten, Bismarck könne „unmöglich im Unklaren gewesen sein, daß er in dem Augenblick, wo er diese Kandidatur zu unterstützen begann, die Gefahr eines deutsch-französischen Krieges heraufbeschwor. Aber er hielt diesen Krieg über kurz oder lang doch für unvermeidlich [...]. Sollte er einfach abwarten, bis sich Napoleon stark genug fühle, um loszuschlagen?“ Und Brandenburg schloß seine Argumentationskette 1923 ab mit der Feststellung: „Man wird sagen dürfen, daß Bismarck“ Leopolds Thronkandidatur nicht entscheidend gefördert hat, „um mit ihrer Hilfe den Krieg zu entzünden, wohl aber auf die Gefahr hin, daß dieser Krieg, den Preußen nicht zu scheuen brauchte, und der auf die Dauer

---

<sup>82</sup> „Chronik“ vom 25. Mai 1870. In seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“ schrieb *Burckhardt*: „Im Jahre 1869 brach in Frankreich offener Hohn gegen [...] Napoleon III.] aus. Nochmals machte er sich legitim durch das Plebiscit vom Mai 1870 [...]. Bei irgendeiner jener in Frankreich stets bedenklichen Fragen des *auswärtigen Einflusses* war er voraussichtlich genöthigt loszuschlagen“ (Studium der Geschichte (Anm. 48), 373).

<sup>83</sup> Fürst Bismarck und der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, in: „Allgemeine Zeitung“, Beilage Nr. 43 vom 12. Februar 1895, 4. *Brandenburgs* Fazit: Weil Bismarcks „einziger Gesichtspunkt das Interesse und der Vortheil seines Vaterlandes war, deßhalb wies er die spanischen Anerbietungen nicht von der Hand, sondern ließ es darauf ankommen, ob Frankreich deßhalb Krieg anfangen werde. Gedrängt aber wurde Frankreich zum Kriege nicht durch ihn, sondern durch die eigene Eifersucht auf die wachsende Macht des preußischen Staates“.

doch nicht zu vermeiden war, schon jetzt zum Ausbruch komme“<sup>84</sup>. Angesichts der von Brandenburg realistisch gezeichneten innenpolitischen Lage in Frankreich fällt es schwer, seine subtile Unterscheidung zwischen Kriegsbereitschaft (für den Eventualfall) und (aktuellem) Kriegswillen Bismarcks nachzuvollziehen.

Zurück zu einigen zeitgenössischen Quellen:

Zwei Wochen vor dem „Platzen der spanischen Bombe“ hatte ein deutscher Beobachter aus Paris dem Großherzog von Oldenburg mitgeteilt, die preußische Subvention der Gotthard-Bahn vom Mai 1870 sei „ein Tropfen mehr in dem bitteren Kelch, den Graf Bismarck dem Kaiser Napoleon vorsetzt und der über kurz oder lang überlaufen muß“. Rund eine Woche später präzisierte der gleiche Korrespondent, Motiv der französischen Regierung für einen Verzicht auf die Intervention gegen die preußische Subvention in der Schweiz sei die Überzeugung, daß diese Frage entschieden werde durch einen kommenden Krieg gegen Preußen, der ausbrechen werde, bevor die Gotthard-Bahn in 10–15 Jahr vollendet sei<sup>85</sup>. Franz v. Roggenbach kommentierte die St. Gotthard-Debatte in der französischen Kammer so: es sei dabei „ein Ton angeschlagen worden, der die nach Krieg dürstende Absicht verraten habe. Als dann aber abgewiegelt worden sei, habe man gewußt, daß die Franzosen Wind von einer besseren Chance bekommen hätten“. In der Bismarck-Forschung stand – nach einem Wort von Hans Delbrück – fest, daß mit Buchers Diktum von der „Falle für Badinguet“ „eine neue Phase der Bismarck-Historiographie“ beginne, da damit die „Vertheidigung der alten populär-patriotischen Standpunkte, der Legende [...], wie sie Sybel so anmutig erzählt hat, forthin“ ausgeschlossen sei<sup>86</sup>. Und hatte nicht Moltke selbst einmal die politisch-militärische Trivialität festgestellt: „nicht derjenige sei der Angreifer, der zuerst marschiere, sondern der, welcher den andren dazu zwingt“<sup>87</sup>?

Entgegen Delbrücks optimistischer Prognose sollte die „populär-patriotische Legende“, die Sybel „in usum Delphini“ so „anmutig“ erzählt hatte, nach den militärischen Katastrophen der preußisch-deutschen Großmacht in den beiden Weltkriegen eine unerwartete Renaissance erleben. In der

<sup>84</sup> *Erich Brandenburg*, Die Reichsgründung, 2. verbesserte Aufl., Bd. II, Leipzig o. J. [1923], 341 f. Vgl. auch seine kritischen Anmerkungen zu dem Kapitel über die spanische Thronfrage ebd., 474 f.

<sup>85</sup> Berichte vom 19. bzw. 27. Juni 1870 (für den ersten Ber. vgl. schon: HZ 212, 1971, 601, Anm. 170). Am 7. Juli schrieb der „Moniteur Universel“ (aus dem politischen Lager Olliviers), die Kandidatur sei „gleichsam der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen brachte“ (vgl. *J. Dittrich*, Ursachen, in: Th. Schieder/E. Deuerlein, Reichsgründung (Anm. 29), 80). Das folgende Zitat nach *K. Samwer*, Roggenbach (Anm. 6), 124.

<sup>86</sup> „Chronik“ Bd. III, 486.

<sup>87</sup> Zit. nach *K.-E. Jeismann*, Problem des Präventivkriegs (Anm. 75), 181.

Weimarer Republik war ihr Hauptvertreter einer der Mitherausgeber der monumentalen „Friedrichsruher Ausgabe“, F. Thimme (nach dem II. Weltkrieg besser bekannt als ein hellsichtiger Kritiker des Wilhelminismus); er führte unter anderem die Bismarck-apologetischen Tendenzen der Zeit auf einen Höhepunkt mit der These, selbst mit der „Emser Depesche“ habe Bismarck noch nicht auf einen kriegerischen Konflikt mit Frankreich gezielt (Nr. 854, Appendix III). Nach 1945 wurde zum konstantesten Verfechter dieser apologetischen Hypothese E. Kolb<sup>88</sup>; seit der Neubearbeitung der „Friedrichsruher Ausgabe“ durch die Otto-von-Bismarck-Stiftung gehört er deren Herausgebergremium an und ist offensichtlich – gleichsam in der Nachfolge Thimmes – verantwortlich für die Bände, die die Entwicklung zum Deutsch-Französischen Krieg aus der Sicht der Bismarck-Stiftung dokumentieren werden – eine bemerkenswerte Kontinuität von der offiziellen Bismarck-Apologie der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert in die Reihen der nationalen Otto-von-Bismarck-Stiftung der Bundesrepublik<sup>89</sup>.

f) *Großherzog Friedrich I. von Baden* verfaßte 1901 ein Promemoria zum Kriegsausbruch 1870, das Ottokar Lorenz 1902 anonym veröffentlichte. Der Schwiegersohn des preußischen Königspaars, Verwandte von Fürst Karl Anton und einer der liberal-konservativen Wortführer unter den kleindeutschen Fürsten war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit seit dem Frühjahr 1870 in die Kandidatur-Frage eingeweiht; über die Madrider Geheim-Mission von Major Max v. Versen (April/Mai 1870) und über die Existenz von dessen ausführlichen Tagebuch über diese Sendung im Auftrag Moltkes und Bismarcks erfuhr er (spätestens), als Versen die Kavallerie-Division in Metz befehligte<sup>90</sup>. Des Großherzogs Schlußfolgerung: der Bundeskanzler habe mit der spanischen Thronkandidatur hinter dem Rücken von König Wilhelm „insgeheim“ auf den bewaffneten Konflikt mit Frankreich gedrängt – „der Krieg wurde zugunsten Deutschlands erreicht und damit ein großer Erfolg herbeigeführt“<sup>91</sup>.

<sup>88</sup> Vgl. *Eberhard Kolb*, *Der Kriegsausbruch 1870, Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*, Göttingen 1970, 136: „[...] selbst nach der Emser Depesche war der Krieg nicht ‚unvermeidlich‘, sondern unvermeidlich machte ihn erst der Kriegsendeschluß des französischen Kabinetts“.

<sup>89</sup> Der erste Band der NFA erschien (bearb. von *Andrea Hopp*) 2004 und umfaßt die Periode 1871–1873. Sollten nicht unüberwindliche organisatorische Probleme bestanden haben, dann darf man wohl (wissenschafts)politische Gründe vermuten, daß die außenpolitisch am wenigsten umstrittene Ära des „Bismarckian peace“ in den Vordergrund der Neubearbeitung gestellt wurde. Zu zentralen Problemen dieses ersten Bandes (für die wohl nicht die Bearbeiterin verantwortlich gemacht werden kann) vgl. die scharfsinnige Rezension von *Allan Mitchell* in: *Francia* 33/3 (2006), 231 f.

<sup>90</sup> Nach einem Brief des Großherzogs an Sybel vom 15. März 1895 (*W. P. Fuchs* (Hrsg.), *Großherzog Friedrich*, Bd. III (Anm. 54), 406). Vgl. auch die Äußerungen des Großherzogs zu seinem katholischen Theologen-Protégé *Franz Xaver Kraus* (Tagebücher, hrsg. v. Hubert Scheel, Köln 1957, 688).

<sup>91</sup> Nr. 977, 343 bzw. 341.

**VI. Emser Legenden und H. Fenskes einsame  
apologetische Glanzleistung: Durch Bismarcks Redaktion  
der „Depesche aus Ems“ wurde der „Vorgang“ auf  
der Emser Brunnenpromenade „nicht verschärft,  
sondern geglättet dargestellt“**

Schließlich die „Emser Depesche“ (Nr. 854, Teile I–V)! Fenske findet, daß die vom Bundeskanzler redigierte Fassung der Depesche Abekens aus dem Kurbad im annektierten Hessen-Nassau den Emser „Vorgang nicht verschärft, sondern geglättet dargestellt“ habe (2008, 269). Das ist für die deutsche Bismarck-Historiographie wahrhaft ein interpretatorischer Solitär. Man lese nur des Reichsgründers eigene dramatische Darstellung in dem Kapitel „Die Emser Depesche“ seiner „Gedanken und Erinnerungen“! Aus der zeitgenössischen Historiographie mag das Urteil des derzeitigen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates der Otto-von-Bismarck-Stiftung aus dem Jahre 1980 genügen: „Die Reaktion auf diese ebenso lakonische wie provozierende Mitteilung [der ‚Emser Depesche‘], die jede weitere Verhandlung ausschloß, war mit völliger Sicherheit vorauszusehen. Eine solche Ohrfeige konnten Napoleon III. und seine Regierung, wollten sie politisch überleben, nur mit der Kriegserklärung beantworten“<sup>92</sup>.

Fenskes apologetische Glanzleistung erinnert an das Verdikt in dem schon zitierten Memorandum des badischen Großherzogs, daß „die Kritik der neueren Zeit glaubt, am Schreibtisch mehr zu wissen, und [...] mit erfindischem Geist die wunderbarsten Annahmen und Erfindungen“ kombiniert (Nr. 977). Bismarck selbst ließ in den „Hamburger Nachrichten“ im November 1892 zur (beabsichtigten) Rolle der „Emser Depesche“ in dem Pariser Entscheidungsprozeß als kriegsauslösendem Faktor erklären: „Nur durch den gemeinsamen Krieg war die deutsche Einheit zu vollenden. Erfolgte [nach den Emser Gesprächen König/Benedetti] der Kampf nicht, so hatte Norddeutschland eine schwere Schädigung seiner nationalen Ehre und seiner nationalen Aufgaben weg und konnte sich aus der ehrverletzten Lage [...] nur durch Neuschaffung vielleicht ungeschickter Kriegsfragen retten, die nicht bloß im Auslande unverstanden geblieben oder unliebsam aufgenommen worden wären. Wäre [...] der Krieg] unterblieben und an seine Stelle ein fauler Friede mit Beibehaltung der Maingrenze getreten, so wäre damit auch die junge Blüte des Norddeutschen Bundes wahrscheinlich geknickt gewesen, ohne die Frucht der Reichs-Einigung zu bringen“<sup>93</sup>.

<sup>92</sup> L. Gall, Bismarck (Anm. 15), 434.

<sup>93</sup> Nr. 854, Appendix II. (Bekanntlich heißt es in den „Gedanken und Erinnerungen“, daß die redigierte Fassung der „Depesche aus Ems“ und die Form ihrer Verbreitung „den Eindruck des rothen Tuches auf den gallischen Stier machen“ werde.) Der Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ fährt mit einer für die Epoche der Realpolitik und des Imperialismus zeittypischen Argumentation fort: „Aber selbst,

Das war keine die historischen Tatsachen vernebelnde Interpretation post festum, sondern realistische Beschreibung der kleindeutschen Möglichkeiten in der Stagnations- und Regressionsphase der nationalliberalen Bewegung in Süddeutschland seit deren Verlust der Wahlen zum Berliner Zollparlament 1868: In Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt bestanden die monarchischen Reserven gegen die Preisgabe einzelstaatlicher Souveränitätsrechte ebenso fort wie die traditionellen dynastischen Loyalitäten und die (unterschiedlich akzentuierten) landsmannschaftlichen Gegensätze zu Norddeutschland; die preußische Annexion 1866 des Königreichs Hannover, von Kurhessen, Nassau und Frankfurt „veranlaßten eine erste innerdeutsche Emigration“ und hinterließen „eine große, zum Teil dauernde Erbitterung“<sup>94</sup> wie eine offene oder unterschwellige Opposition gegen die neuen Herren aus Berlin; die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Nord und Süd einschließlich der unterschiedlichen Interessen von Freihändlern und Schutzzöllnern bestanden immer noch fort. Dies alles waren Faktoren, die – wie die gegensätzlichen politisch-konfessionellen Traditionen – 1870 nicht mehr mit einem Erfolg der preußisch-liberalen Nationalbewegung auf friedlichem Wege in absehbarer Zeit rechnen ließen.

Der Berliner Geschäftsträger im Paris der Julikrise 1870 und spätere Botschafter in Rom, Eberhard Graf zu Solms-Sonnenwalde, hat diese Entscheidungssituation in erstmals publizierten Aufzeichnungen aus dem Jahre 1900 so beschrieben: „Graf Bismarck war sich klar, daß es auf die Länge so nicht weiterging, daß die gewaltsame [sic] Einigung Deutschlands nicht ohne einen abermaligen Bruderkrieg [mit den beiden Königreichen Bayern und Württemberg] herbeizuführen war, den er aber unter allen Umständen vermeiden wollte, weil sich Frankreich und Österreich eingemischt haben würden [...]. So war mithin ein einiges Deutschland nur auf dem Wege eines nationalen Krieges gegen den Erbfeind zu erreichen. [...] Graf Bismarck erkannte es daher als seine Pflicht, den auf die Dauer doch unvermeidlichen Krieg zu beginnen, solange wir alle Chancen des Sieges in unsern Händen hatten. Es handelte sich nur darum, einen plausibeln Grund zu finden, ohne als angreifender Teil zu erscheinen. Hierzu fand Graf Bismarck in der Hohenzollernschen Thronkandidatur die willkommene Handhabe“<sup>95</sup>.

---

wenn Bismarck unter dem Drucke der französischen Drohungen [...] sich hätte fortreißen lassen, auf eigene Verantwortung die nationale Entwicklung zu fördern, hätte er etwas Anderes gethan, als was Cavour, dessen persönliche Integrität bei uns Niemand anfigt, Jahre lang wiederholt gethan hat, ohne daß sein Patriotismus und seine Ehrlichkeit irgend einem Vorwurf deshalb ausgesetzt worden wäre“

<sup>94</sup> *Th. Schieder*, Vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich (Anm. 73), 199. Vgl. auch das bei Nr. 882 in Anm. 2 zit. Urteil des spanischen Gesandten in Berlin Rascón über die antipreußische Stimmung vor und den Stimmungswandel nach dem 13. Juli 1870 in Hannover und Frankfurt/M. Wenn ich recht sehe, gibt es noch keine neuere historische Untersuchung zu dem Problem der öffentlichen Meinung in den von Preußen annektierten Territorien im Frühjahr 1870.

Zurück zu Bismarcks Äußerungen der 1890er Jahre über die Julikrise 1870 und damit zur Kritik Fenskes an meiner Bezeichnung der „Emser Depesche“ als einer „Verfälschung“! Kurze Zeit vor dem zitierten Presse-Artikel (über einen „faulen Frieden mit Beibehaltung der Maingrenze“) hatte Bismarck in dem nationalistischen Hamburger Blatt zum Problem der Redaktion der „Depesche aus Ems“ zur „Emser Depesche“ erklären lassen: „Es ist ja so leicht, ohne Fälschung<sup>96</sup>, nur durch Weglassungen und Striche<sup>97</sup>, den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern. Ich habe mich selbst einmal in diesem Fache versucht, als Redakteur der Emser Depesche [...]“<sup>98</sup>.

Den Sinn der „Depesche aus Ems“ hat Bismarck insofern „vollkommen“ geändert und dadurch verfälscht, als es „außer Zweifel [steht], daß der preußische König, als er die Zudringlichkeit des französischen Botschafters mit einer gewissen Zurechtweisung beantwortete, keineswegs eine *Entscheidung für den Krieg* zu fällen beabsichtigte. *Abekens* Telegramm war keine Weisung oder Ermächtigung an den Kanzler, eine Kriegserklärung diplomatisch auszulösen. Mit der Umredaktion der Emser Depesche fällte der Kanzler also eigenmächtig, das heißt ohne Einvernehmen mit dem Inhaber des Bundespräsidiums, die Entscheidung für den Krieg“<sup>99</sup>. Dies das Urteil über die „Verfälschung“ der „Depesche aus Ems“ in dem Standardwerk des aus dem nationalkonservativen Lager der Weimarer Republik stammenden Verfassungshistorikers Ernst Rudolf Huber.

<sup>95</sup> Nr. 973. Bereits in einer früheren (1894?), in der Edition nicht publizierten Aufzeichnung von Solms heißt es: Bismarck habe sich 1869/70 „großen Schwierigkeiten gegenüber gesehen. Die Mainlinie habe sich immer unangenehmer fühlbar gemacht. Der Artikel 5 des Prager Friedens mit der Verpflichtung, Teile Nord-Schleswigs an Dänemark zurückzugeben, sei eine Zusage gewesen, deren Erfüllung man sich kaum noch länger entziehen konnte. Und im norddeutschen Parlament habe man einer kaum zu bewältigenden Opposition gegen das Militärbudget entgegengesehen“. („Mémoires“, Bd. III, 1105 f., jetzt im Pol. Arch. des AA). Zu Solms s. die Anmerkungen in meiner Einleitung zu Bd. III, XXII f.

<sup>96</sup> Im Allgemeinen dürfte auch im 19. Jahrhundert in diesem Zusammenhang „Fälschung“ ein vollständig neues Schriftstück bezeichnen, das als ein authentisches Dokument ausgegeben wird.

<sup>97</sup> Im strikten Sinne unzutreffend: Bismarck hat auch minimale andere Änderungen vorgenommen.

<sup>98</sup> *Bismarck*, GW, Bd. 9, 2. Aufl. 1926, 267.

<sup>99</sup> So *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. III, Stuttgart u. a. 1963 (vgl. Nr. 854, Appendix III, hier vor allem 83 und 85 f.). Seine „verfassungsrechtliche Würdigung der Emser Depesche“ faßt *Huber* so zusammen: „Da Art. 11 NBV die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hand des Königs als des Inhabers des Bundespräsidiums legte, war es schlechthin unstatthaft, daß der Kanzler ohne Einverständnis mit dem König die Kriegserklärung einer fremden Macht bewußt provozierte. Vielleicht war es diplomatisch klug und politisch notwendig, daß *Bismarck* in der gegebenen Situation die Entscheidung für den Krieg eigenmächtig herbeiführte. Die These, daß sein Vorgehen auch staatsrechtlich legitim gewesen sei, ist unhaltbar“ (ebd. 86). Zum Problem der „(Ver)Fälschung“ der „Emser Depesche“ vgl. auch *Otto Pflanze*, *Bismarck, Der Reichskanzler*, München 1998, S. 648.

**VII. „Er sagte, er sei über die Beleidigungsgeschichte  
ganz erstaunt gewesen“ – König/Kaiser Wilhelm im Juli 1870  
bzw. 1876 über Benedettis angeblichen  
„Mangel an diplomatischer Courtoisie“ in Ems**

Bismarck ließ die „Emser Depesche“ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit der folgenden Ergänzung publizieren: „Zu der obigen Nachricht ist mittlerweile noch hinzuzufügen, daß der französische Botschafter die Regeln des diplomatischen Verkehrs dabei soweit außer Augen gesetzt hat, daß er sich nicht enthielt, den König in der Badekur zu stören, ihn auf der Promenade über die Angelegenheit zu interpellieren und ihm Erklärungen abdringen zu wollen“ (Nr. 854, V). Als nach der französischen Kriegserklärung an Preußen der bisherige Geschäftsträger des Norddeutschen Bundes in Paris, Graf zu Solms-Sonnenwalde, sich bei König Wilhelm in Berlin zurückmeldete (Ende Juli), notierte er über diesen Empfang, daß der preußische Monarch bald auf die „Emser Depesche“ zu sprechen kam – mit einem frappierenden Dementi der Emser „Legende“ Bismarcks: „Er sagte, er sei über die Beleidigungsgeschichte ganz erstaunt gewesen; er habe Benedetti nicht beleidigt, Benedetti habe ihn nicht beleidigt, und er sei soweit von diesen Eindrücken entfernt gewesen, daß er Benedetti bei der Abfahrt von Ems gesagt habe: ‚au revoir à Berlin‘ in der bestimmten Voraussetzung, Benedetti würde ebenfalls nach Berlin reisen“<sup>100</sup>.

Rund sechs Jahre später erklärte Kaiser Wilhelm dem neu ernannten italienischen Gesandten in St. Petersburg Nigra<sup>101</sup> seine Version des „Auftakts zu dem Kriege von 1870“ – der „sagenhaft umwobenen“ Emser „Episode [... seiner] angeblichen Bruskierung“ (Eulenburg) durch Benedetti; Wilhelms Fazit: „M. Benedetti avait été très insistant. De mon côté j'ai été ferme. Mais la conversation s'était maintenue de part et d'autre dans les termes d'une stricte politesse“ [„Aber das Gespräch verlief von der einen wie von der anderen Seite ganz in den Formen einer strikten Höflichkeit“] (Nr. 951).

Eulenburg hat zu dieser Episode folgende Erläuterungen hinzugefügt: „Wenn auch der alte Kaiser einigemale [?] die Worte gebrauchte ‚Mr. Benedetti insista‘ und schließlich ‚Mr. Benedetti avait été très insistant‘, so bedeutet das doch nicht mehr als ‚er bestand darauf‘ (was er natürlich im Auftrag seiner Regierung zu tun beauftragt war). Auch ich: ‚j'ai insisté‘, wenn es mein Dienst einmal erforderlich machte, doch glaube ich, ebensowenig wie Benedetti, dabei gegenüber einem Monarchen ‚grob geworden zu sein‘. Der

<sup>100</sup> Nr. 882.

<sup>101</sup> Während der Julikrise 1870 hatte Nigra Florenz in Paris vertreten. Seine Aufzeichnung über das Gespräch mit Wilhelm I. in Ems wurde in einem Exemplar in Eulenburgs Nachlass verwahrt, aus dem auch das folgende Zitat stammt (Bd. III, 286). Nigras Aufzeichnung ist in der italienischen Aktenpublikation DDI nicht veröffentlicht.



alte Kaiser würde, wenn Letzteres den Anschein gehabt hätte, gesagt haben: „Mr. Benedetti me brusque en insistant“, aber er fügte sogar ausdrücklich hinzu: „Mais la conversation s’était maintenue de part et d’autre dans les termes d’une stricte politesse“<sup>102</sup>.

Fenske erwähnt diese beiden, hier erstmals publizierten Quellen von Solms und Nigra nicht – die im übrigen Benedettis zeitgenössisches Dementi von Bismarcks Version der Emser Gespräche bestätigen. Stattdessen beruft sich Fenske auf den Brief Wilhelms, mit dem der König seine Frau in Coblenz über seine Brunnenpromenade und die Unterredung mit Benedetti noch am gleichen Tage informierte (Nr. 848). Fenske resümiert: „Ganz offenkundig blieb Benedetti [...] nicht im Rahmen der diplomatischen Courtoisie“ (2009, 269). Abgesehen von den Zeugnissen des Königs gegenüber Solms-Sonnenwalde und Nigra: Für den Leser, der die gesamte Korrespondenz zwischen Königin Augusta und König Wilhelm zur spanischen Frage seit 1868 zur Kenntnis genommen hat, drängt sich ohnedies eine andere Deutung auf. Den (bei nichtkriegerischen Absichten) außenpolitisch zwingenden Kernpunkt ihrer Opposition seit fast zwei Jahren gegen die geheime Thronkandidatur<sup>103</sup> hat Augusta am 10. Juni 1870 so formuliert: „Nur die eine Eventualität, eine Aufforderung der [...] Großmächte, die sich politisch an einer Garantie [für den neuen spanischen König] beteiligen könnten, würde die Sachlage ändern; aber wie ist eine solche Aufforderung jetzt zu gewärtigen!“ (Nr. 527). Auf Wilhelms Nachricht über die Annahme der Kandidatur

<sup>102</sup> Bd. III, 290. Eulenburg schreibt, eine „Brüskierung“ des Königs sei ihm bereits 1870 auf Grund persönlicher Erfahrungen mit Benedetti als „sonderbar“ erschienen, habe aber einen „Sturm der Entrüstung in ganz Preußen bei der ‚Beleidigung‘“ ausgelöst (s. a. „Chronik“ vom 16. Juni 1876). Daß von einer Beleidigung des preußischen Königs durch ein unhöfliches Verhalten Benedettis keine Rede sein konnte, hat die Bismarck-Opposition mit den Zentrums-Abgeordneten Mallinckrodt und Windthorst schon 1873 in einer Reichstagsdebatte – unwiderlegt – festgestellt: „Die Herren werden sich entsinnen, daß im Juli 1870 mit einem Male, und zwar die offiziöse Presse frisch voran, die Mitteilung auftauchte von einer unerhörten Beleidigung seitens des französischen Botschafters gegen Se. Majestät den Kaiser [sic], eine Beleidigung, die unbedingt von der ganzen Nation als casus belli aufgefaßt werden mußte. ... von der Beleidigung Sr. Majestät des Kaisers durch den französischen Botschafter ist nichts übrig geblieben. Heut zu Tage glaubt man’s nicht mehr“ (Nr. 882, Anm. 2). Was spätestens drei Jahre nach der „Emser Depesche“ als Legende entlarvt war, feierte (gestützt auf die überkommene populär-patriotische Bismarck-Orthodoxie) fast 1 ½ Jahrhunderte später noch bei *Fenske* und *Kolb* „fröhliche Urständ“.

<sup>103</sup> Die Geheimhaltung war – verständlicherweise – eine *Anfangsbedingung* Primis bei der Einleitung formeller Kontakte mit Berlin; nach der definitiven Annahme der Kandidatur durch Leopold lehnte es Bismarck strikt ab, entsprechend dem spanischen Wunsch seinen Namen einzuführen in den Bericht über die Verhandlungen über die Kandidatur („d’introduire mon nom dans le récit des négociations“). Das war der Kernpunkt des lange Zeit (wegen des ungeklärten Verfassers) mysteriösen „Instruktionsbriefs“ von Ende Juni 1870 (Nr. 628; zum Fund von „Bismarcks Instruktionsbrief für Bucher“ vgl. *Josef Becker*, Bismarck, Prim, die Sigmaringer Hohenzollern und die spanische Thronfrage, in: *Franca* 9, (1981), 436–472 und dazu *H.-O. Kleinmann*, Spanische Thronfrage (Anm. 20), 146.

durch die Sigmaringer mit seiner nachträglichen Billigung reagierte Augusta am 24. Juni: „Du hast die Güte gehabt, mir ausführlich ein *fait accompli* mitzuteilen, das mich um so mehr überraschen mußte, als nach meiner letzten Darlegung der Gegengründe Deine Übereinstimmung mit demselben [sic] ein abwehrendes Veto voraussetzen ließ [...]“ (Nr. 626). Und fünf Tage vor den Alarmnachrichten aus Paris warnte sie: „[...] es ist mir, als stäche man im gegenwärtigen Moment in ein Wespennest“ (28. Juni)<sup>104</sup>.

Hätte Augusta wohl so gesprochen, wenn sie im Zusammenhang mit der Thronkandidatur nur Gefahren für den Sigmaringer Erbprinzen wie seine Familie und nicht für die Beziehungen Berlin/Paris gesehen hätte? Und war es angesichts dieser unmittelbaren Vorgeschichte und von Augustas in der Sache massiven Vorwürfen nicht naheliegend, daß der König in seiner Korrespondenz mit Augusta die Empörung über die provokanten Forderungen Gramonts auch auf den Botschafter Benedetti abfärben ließ, der sie zu vertreten hatte und der in guten Beziehungen zur Königin stand? Schließlich: erklären diese Episoden nicht auch, warum sich der König bei seiner Abfahrt nach Berlin im Emser Bahnhof von Benedetti mit der Versicherung seiner fortdauernden persönlichen „Freundschaft“ verabschiedete: „*Nous deux, nous resterons amis*“<sup>105</sup>?

Gestützt wird diese Deutung durch die Art und Weise, wie König Wilhelm in den Briefen an Königin Augusta (und an anderer Stelle) das Zustandekommen der Begegnung auf der Emser Kurpromenade beschreibt. In Abekens „Depesche aus Ems“ heißt es (und Fenske zitiert ausschließlich diese politisch stilisierte Version Abekens): „Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab [...]“. In des Königs Brief an Augusta (13. Juli) steht dagegen ganz neutral, ohne kritischen Unterton: Benedetti „kam auf die Promenade“ (Nr. 848); in seinem ausführlicheren Memorandum vom 13./14. Juli schildert Wilhelm – offensichtlich in kritischer Reaktion auf und in politischer Distanzierung von der Darstellung in Bismarcks „Emser Depesche“ – die Begegnung so: „Als ich nach Vollendung der Promenade zu [sic] Haus gehen wollte, begegnete mir Gf. Benedetti nahe dem Directions Gebäude; ich ging auf ihn zu, und die Hand ihm reichend sagte ich: *Je suis charmé de Vous ren-*

<sup>104</sup> Nr. 648. Das war ein Tag vor der Kammererklärung des französischen Ministerpräsidenten Ollivier, daß ihm noch in keiner Epoche der europäische Friede gesicherter („*assurée*“) erschienen sei – da die Respektierung des Prager Friedens als eine Konstante („*constant*“) der europäischen Diplomatie anerkannt sei („Chronik“ 30. Juni 1870).

<sup>105</sup> So nach dem Zeugnis des auf dem Bahnhof anwesenden stellvertretenden Adjutanten von Prinz Albrecht, einem Bruder des Königs (zit. nach Bd. III, 72, Anm. 5). Hätte sich Wilhelm von dem französischen Botschafter so verabschiedet, wenn er – wie Fenske unter Berufung auf Wilhelms Brief an Augusta (Nr. 848) behauptet – das Verhalten von Benedetti über den ersten Brief an Augusta (13. Juli) hinaus als „fast impertinent“ empfunden hätte?

contrer pour pouvoir Vous remercier verbalement pour la communication importante [Sigmaringer Kandidatur-Verzicht] que Vous venez de me faire“ (Nr. 848, Teil VII)<sup>106</sup>. Liegt die Deutung nicht nahe, daß die Formulierung in der „Depesche aus Ems“ über den französischen Botschafter, der den König auf seiner Kurpromenade „abfing“, eine politische Stilisierung aus der Feder Abekens im Sinne des konfrontativen Kurses darstellt, wie er am Vorabend in Berlin beschlossen und Abeken von dem im Auftrag Bismarcks aus Berlin angereisten Innenministers Eulenburg eröffnet worden war?

In der Genesis der „Depesche aus Ems“ blieb es eine offene Frage, ob und inwieweit ihre Formulierungen in Einzelheiten wie im Gesamttenor auf die Einflußnahme Abekens und/oder von Eulenburg zurückgehen. Im bislang ungedruckten Tagebuch Eulenburgs zum 13. Juli heißt es, er habe nach seiner Ankunft in Ems (in der Mittagszeit) eine „lange Konferenz mit Abeken“ gehabt. „Lange Konferenz“ – wozu? Mußte der Innenminister bei dem Ministerialbeamten wegen dessen Loyalität gegenüber Wilhelm I. längere Überzeugungsarbeit im Hinblick auf die Taktik gegenüber dem Monarchen leisten, weil Abeken die sichere Konsequenz voraussah? Am Nachmittag hatte der Innenminister mit Abeken Vortrag beim König. Wilhelm entschloß sich, so fuhr Eulenburgs Notiz fort, „Benedetti nicht mehr empfangen zu wollen. [Generaladjutant Prinz] Anton Radziwill überbringt diese Botschaft an Benedetti: Das ist Krieg“ (Nr. 852).

Einer der besten Kenner dieser Problematik, Richard Fester, kam in seiner ausführlichen Untersuchung 1915 zu dem Resultat, daß Abeken die Zustimmung des Monarchen zur „Depesche aus Ems“ „König Wilhelm abgelistet habe [...]. Der Rat zur Depesche und die Fassung des Urtelegramms sind Bismarckisch“<sup>107</sup>. Festers Forschungen zur „Emser Depesche“, im zweiten Jahr des I. Weltkriegs veröffentlicht, blieben in der Bismarck-Forschung praktisch ohne Resonanz.

---

<sup>106</sup> *Benedetti* selbst berichtet glaubwürdig, daß er – ähnlich wie vor seinen anderen Treffen mit dem König – zunächst den Generaladjutanten Prinz Radziwill mit der Bitte um Vermittlung einer Audienz aufgesucht hatte (Ma Mission en Prusse, Paris 1871, 370 f.).

<sup>107</sup> Die Genesis der Emser Depesche, Berlin 1915, 184. *Heinrich Abeken*, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, aus Briefen [von seiner Witwe] zusammengestellt, 3., vermehrte Aufl., Berlin 1904 bietet (wie kaum anders zu erwarten) keine weiteren Aufschlüsse zu dieser Frage. Wengleich Eulenburgs Tagebuch-Notiz („lange Konferenz“) als Stütze für *Fester* dienen kann, wird das Problem wohl kaum mehr völlig eindeutig zu lösen sein. (In Parenthese nur: *Fester* trat während des Ersten Weltkriegs der Vaterlandspartei bei, kann also nicht wohl in den Verdacht mangelnder national-patriotischer Zuverlässigkeit geraten).

**VIII. „Jede Darstellung [...], die von der eingebürgerten Legende abweiche, [... sei] schädlich [...], wenn für einen künftigen Krieg die Mitwirkung des Bundesrats gesucht [...] würde [...]“ – Reichkanzler v. Caprivi am 31. Juli 1890 zu den Motiven des Auswärtigen Amtes für die Sperre der preußischen Geheimakten nach dem Sturz des Reichsgründers**

Die „breit dokumentierten Schriftwechsel“ des dritten Bandes über die Frage der Zugänglichkeit der preußischen Geheimakten für die wissenschaftliche Forschung nach Bismarcks Sturz beurteilt Fenske als „eine sehr interessante Lektüre“ (2008, 270). Nur: es bleibt unausgesprochen, warum diese Schriftwechsel das Interesse des Lesers finden sollten.

Etwa wegen des Geheimrats Raschdau negativer Stellungnahme für Staatssekretär Marschall v. Bieberstein zur eventuellen Freigabe dieser Dokumente für die Forschung (anlässlich der Vorlage eines Manuskripts von Sybel im Sommer 1890): „Wer die Vorgänge in der knappen Fassung [Sybels ...] liest, also die Unterhaltung Benedettis mit Graf Bismarck am 8. Mai 69 nach der Erklärung Napoleons, Frankreich werde die Kandidatur Hohenzollern als antinational nicht ertragen<sup>108</sup>, dann die zähen Versuche des Grafen Bismarck verfolgt, den König für die hohenzollernsche Kandidatur umzustimmen, seine geheimen Verhandlungen und Kommissionen nach Spanien erfährt, der wird sich nicht mit der Behauptung abspesen lassen, die preußische Regierung habe mit der Sache nie etwas zu tun gehabt. Bis jetzt besteht fast überall in der Welt (mit Ausnahme höchstens von Frankreich) die Auffassung, daß die Kandidatur Hohenzollern – nach vorübergehendem Auftauchen im Frühjahr 69 – ziemlich überraschend für alle Welt, auch für die preußische Regierung, aufgetreten sei und daß die letztere ihr ganz ferngestanden habe. [...] Aber auch in [... der von Sybel revidierten] Form kann ich den voraussichtlichen Eindruck der Publikation nur als einen schlechten bezeichnen, vom allgemeinen moralischen wie vom praktisch-politischen Standpunkt aus. Vom moralischen insofern, als gewisse amtliche Erklärungen<sup>109</sup> [...] ich will nicht sagen geradezu unrichtig, aber doch so abgefaßt waren, daß die öffentl[iche] Meinung weit entfernt war, auf solche Vorgänge zu schließen, wie sie tatsächlich stattgefunden“. Der ehemalige Kanzleramtsminister Delbrück habe Raschdau „vertraulich“ mitgeteilt, „er hätte zu keinem Menschen je über das [Geheime] Conseil vom 15.3.70 [über das spanische Thronangebot ...] ein Wort verlauten lassen und er sei auch seinerseits überzeugt, daß diese Enthüllungen einen sehr bedenklichen Eindruck machen würden“. Schon früher habe Bucher die „Ansicht“

<sup>108</sup> So auch die unzensurierte Fassung Sybels (Nr. 933, Bd. III, 223).

<sup>109</sup> Vor allem Bismarcks Regierungserklärung vor dem Bundesrat am 16. Juli (Nr. 870 – mit der Korrektur der zahlreichen Desinformationen des Kanzlers für den Bundesrat und die Öffentlichkeit).

geäußert, das Auswärtige Amt solle die Geheimakten „50 Jahre unter Siegel legen“<sup>110</sup>.

Oder meint Fenske etwa (aus den gleichen Monaten) die negative Entscheidung von Bismarcks Nachfolger Caprivi über eine Freigabe von Sybels Entwurf (Nr. 933)? Grund: „jede Darstellung in dem Sybelschen Buche, die von der eingebürgerten Legende abweiche, [sei] schädlich [...], nicht am wenigsten in Deutschland selbst, wenn für einen künftigen Krieg die Mitwirkung des Bundesrats gesucht und uns dann entgegengehalten würde, ob unsere Angaben denselben Wert hätten, wie das, was 1870 [von Bismarck] dem Bundesrat gesagt ist. In Frankreich aber würde man jedes Wort, welches das dort ohnehin über die Ursachen zum Kriege 1870 vorhandene Mißtrauen nährte, gegen uns ausnützen, um unsere gegenwärtige Politik zu erschweren“ (Nr. 939)?

Den Hintergrund der Berliner Überlegungen hatte der Chef der Reichskanzlei v. Rottenburg am 18. Juli 1890 so zusammengefaßt: „Der Krieg von 1870 war eine Notwendigkeit. Er war mit mathematischer Unfehlbarkeit bedingt durch die Entwicklung Deutschlands und durch die Stellung Frankreichs; aus diesen beiden Faktoren heraus muß er deduziert werden. Die Hohenzollernsche Kandidatenfrage spielt lediglich die Rolle eines äußeren Anlasses zum Ausbruch [...]“<sup>111</sup>.

Um abschließend ein Dokument aus der Feder von Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter zu zitieren: er sprach sich im Mai 1911 gegen die Publikation einer Sigmaringer Darstellung aus, weil dadurch „mit der bis jetzt sorgsam gehüteten Fiktion ein für alle Mal aufgeräumt und der urkundliche Nachweis erbracht werden [würde], welch' erhebliche Rolle die Preußische Regierung und Bismarck in der Kandidatenfrage gespielt haben“. Sie wäre die erste Sammlung mit „aktenmäßigen Material vom Vorabend des Krieges“ und würde „als solche ein Sensation bedeuten, die unfehlbar in der bedenklichsten Weise gegen uns ausgebeutet werden würde“ – vor allem in Frankreich. Kiderlen-Wächter beruft sich im Übrigen auch auf eine Willensäußerung Wilhelms II., „daß er vor jeder Veröffentlichung über irgend eine Phase der deutschen Geschichte in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Einreichung des Manuskripts mit Bestimmtheit erwarte und daß er grundsätzlich Veröffentlichungen über die genannte politische Epoche noch für verfrüht halte“ (Nr. 994, S. 379).

---

<sup>110</sup> Nr. 934. Bucher hatte übrigens bei seiner Madrider Mission auf eigene Verantwortung (im Sinne Bismarcks) sichergestellt, daß die spanische Regierung die offizielle Mitteilung Thiles im Auftrag des Königs von der – während der Krankheit des Kanzlers in Varzin getroffenen – negativen Entscheidung Wilhelms über die Kandidatur als „non avenu“ betrachtete (Nr. 367 und Nr. 374).

<sup>111</sup> Hier zit. nach der Aufzeichnung Griesingers (AA) vom 6. Febr. 1911 (Nr. 993, 373).

Will Fenske nach Raschdaus Votum und den übrigen Stimmen aus der Reichsleitung immer noch verharmlosend behaupten, Bismarcks Desinformationen für den Bundesrat vom 16. Juli 1870 (Nr. 870) seien es gewesen, die die Entscheidungen der Berliner Regierungen in der Frage der Freigabe der preußischen Geheimakten bis zum Ende der preußisch-deutschen Großmacht bestimmten? Oder war es nicht ein dramatischer Legitimationsverlust in Teilen der deutschen und der internationalen Öffentlichkeit für den Krieg von 1870/71 und damit auch für die aktuelle Außen- wie Innenpolitik der Nach-Bismarck-Ära?

**IX. „Denn er, er ganz persönlich, faßte die Entschlüsse zu  
den drei Kriegen von 1864, 1866 und 1870-71 [, ... den]  
großen Schicksalskrieg der deutschen Geschichte zwang er seinem  
Königshause wie seinem Volke gewaltsam auf [...]“  
Hermann Oncken in einer Gedenksprache  
vor Heidelberger Studenten am zehnten Todestag Bismarcks**

Die Urteile des Hauptbetroffenen, des ehemaligen Ministerpräsidenten der „Neuen Ära“ in Preußen Fürst Karl Anton, des preußischen Königs und von Königin Augusta wie des späteren Kaisers Friedrich III. und des badischen Großherzogs werden in Fenskens Beiträgen nicht namentlich erwähnt; sind sie (u. a.) zusammen mit den (unterschiedliche Einzel-Aspekte belegenden) Zeugnissen und Einschätzungen von L. Bucher, R. v. Delbrück und F. v. Roggenbach unter den für meine „Deutung präsentierten Belegen“ subsumiert, die – wie Fenske ohne Angabe von erkennbaren Gründen behauptet – nicht „tragen“ (2003, S. 112)? Aber kann man sie tatsächlich als „quantités négligeables“ behandeln bei der Beurteilung der Politik Bismarcks im Frühjahr 1870 vor dem Hintergrund eines „Kalten Krieges“ *avant la lettre* zwischen Preußen und Frankreich mit der permanenten Drohung militärischer Konflikte zwischen Paris und Berlin? Zumal dann, wenn man sich einer Grundvoraussetzung des damaligen europäischen Staatensystems bewußt bleibt, die L. Gall 1980 in seiner Bismarck-Biographie im Widerspruch mit und in Abkehr von einer dominierenden Tradition der deutschen Geschichtsschreibung (wie zur Überraschung und Enttäuschung für national-patriotische Bismarck-Apologeten) so formuliert hat: Otto v. Bismarck „hätte sich wohl kaum ernsthaft auf die Sophismen eingelassen, mit denen Zeitgenossen wie Historiker auf deutscher Seite [...] die Tatsache zu verdecken suchten, daß die deutsche [sic statt: preußische] Politik nach 1866, nimmt man den status quo als Maßstab, sich eindeutig in der Offensive, die der anderen Mächte, voran diejenige Frankreichs, sich in der Defensive befand“<sup>112</sup>.

---

<sup>112</sup> L. Gall, Bismarck (Anm. 15), 404; vgl. auch Galls Feststellung: „Alles was Bismarck nach Königgrätz und Nikolsburg Frankreich gegenüber unternahm, ging von

In den beiden Jahrzehnten zwischen der Entlassung des Reichsgründers und dem Ausbruch des I. Weltkriegs befand sich im übrigen die deutsche Historiographie nach den Quellenveröffentlichungen seit den 1890er Jahren, unter dem Einfluß von Neorankeanismus und sozialdarwinistischem Imperialismus im Prozeß einer Annäherung an in Frankreich geläufige Interpretationen von Bismarcks „Falle für Badinguet“<sup>113</sup>. Es geschah im Zuge dieser generellen Entwicklung, daß Herbert v. Bismarck 1903 Hans Delbrücks Interpretation der Thronkandidatur als einer Defensivmaßnahme des Kanzlers gegen napoleonische Einkreisungspläne als Produkt eines „konfusen“ Historikers „über angeblich machiavellistische Pläne Napoleons III. vor Beginn des 1870er Krieges“ bezeichnete. Einen Höhepunkt erreichte die imperialistisch-realpolitische Interpretation der Bismarck-Politik im Vorfeld des Deutsch-Französischen Krieges bei einem der führenden national-liberalen Historiker, Hermann Oncken. Anläßlich einer Gedenkfeier zum zehnten Todestages des Reichsgründers erinnerte er die studentische Jugend in Heidelberg – vor dem Hintergrund der wilhelminischen Weltpolitik – an das Bismarck-Erbe und dessen fortdauernde Verpflichtung in der Gegenwart mit den Worten: „Denn er, er ganz persönlich, faßte die Entschlüsse zu den drei Kriegen von 1864, 1866 und 1870-71, ja den eigentlich entscheidenden großen Schicksalskrieg der deutschen Geschichte zwang er seinem Königshause wie seinem Volke gewaltsam auf und nahm die ungeheure Verantwortung auf seine starken Schultern“<sup>114</sup>.

---

der Voraussetzung aus, daß die französische Politik nicht das geringste Interesse daran haben könne, zum Schirmherrn einer kleindeutschen Einigung zu werden. [...] Er hielt im Gegenteil seit Anfang 1867 einen kriegerischen Konflikt mehr und mehr für unvermeidlich“ (406). Konnte in dem antagonistischen Mächtesystem Europas eine Patronage Frankreichs für eine kleindeutsche Einigung erwartet werden, wenn damit die Geburt einer neuen Großmacht verbunden war, die demographisch, militärisch und ökonomisch Frankreich überrundete? Kam die Hinnahme eines Hohenzollern-Königtums in Spanien für Napoleon III. nach Königgrätz nicht einer Abdankung seiner Dynastie gleich, und bedeutete dieser coup nach den Regeln der balance of power in dem bestehenden Staatensystem nicht das Risiko einer Abdankung Frankreichs als präponderierende Macht in Mittel- und Westeuropa?

<sup>113</sup> Vgl. dazu A. Usler, *Historiographie* (Anm. 3), Kap. III; das folgende Zitat hier S. 97. (In einem gekürzten Nachdruck aus Sybels „Begründung des Deutschen Reiches“, der in der Reihe „Wissenschaftliche Volksbücher für Schule und Haus“ 1910 erschien, heißt es charakteristischerweise in dem Vorwort von Fritz Gansberg, der Leser müsse auf jeder Seite des Buches von Sybel einen „stillschweigenden Zusatz“ machen: Frankreich „bangte [...] um die Vorherrschaft in Europa [...]. Das wußte Bismarck, und daß während der kritischen [Juli-]Tage diese Erkenntnis in die deutschen Stämme hineinfuhr wie ein Blitzstrahl – das ist im Grunde genommen nur ein Erfolg seiner weitausschauenden Politik“ – 6 f.).

<sup>114</sup> Zum Gedächtnis Bismarcks, in: Hermann Oncken, *Historisch-politische Aufsätze und Reden*, Bd. II, München/Berlin 1914, 120. Später heißt es bei Oncken im Hinblick auf die aktuellen Probleme der Weltpolitik: „[...] allein um der höchsten Lebensfragen willen hätte der Urheber dreier Kriege, der den bloßen Präventivkrieg immer verwarf, noch einmal wieder zum Schwert gegriffen“ (129). Erich Marcks (für den der I. Weltkrieg „Bismarcks Krieg“ war) schrieb 1916, Bismarck habe die Kriege von 1866 und 1870 „gewollt und gewagt und genutzt“ (zit. nach A. Usler, *Historio-*

Das war in der Zeit vor dem verlorenen I. Weltkrieg (selbstverständlich) nicht nur die Meinung bürgerlicher Nationalisten. Im April 1912 schrieb eines der prominentesten Mitglieder der adligen preußisch-deutschen Führungseliten, Fürst Philipp zu Eulenburg, an Fürst Lichnowsky im Zusammenhang mit dem wilhelminischen Flottenrüstungsprogramm: „Und weshalb nicht Krieg? Wir Preußen sind daran gewöhnt. Unsere junge Geschichte zeigt uns [...] die Entwicklung des Staates durch Krieg und Gewalt. Wir sind nicht schlecht dabei gefahren. Nur ehrlich sind wir niemals diesen Weg gefahren. [...] Wir haben aus Gründen der Opportunität Geschichte gefälscht, deutsche Treue, deutsche Wahrheit, deutsches Gemüt an allen Straßenecken [geschrieen?] und unsere lang vorbedachten Kriege dahinter versteckt. In dieser Sinnesart sind wir uns allerdings immer treu [...] geblieben, dem großen Friedrich folgend, der – (schon seine Truppen auf dem Marsch nach Schlesien habend) – der Kaiserin Maria Theresia schrieb, daß er, ‚den Frieden als das höchste Gut schätzend, nicht daran dächte, einen Krieg zu beginnen‘. Bismarck folgend, dem es gelang, das deutsche Volk zu überzeugen, daß es von Frankreich zu tief beleidigt sei, um nicht 1870 das Schwert ziehen zu müssen“<sup>115</sup>.

Oncken hat übrigens nach der ersten Katastrophe des Bismarck-Reiches 1914-1918 für das Auswärtige Amt unter Gustav Stresemann drei Aktenbände zur Unterstützung der deutschen Revisionspolitik (vor allem in Großbritannien und den USA) herausgegeben – mit dem sprechenden Titel „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71“ (1926). Hier war nicht mehr wie 1908 von der Alleinverantwortung Bismarcks für die drei Kriege 1864-70 die Rede – im Schatten des Versailler Vertrags und seines Kriegsschuldparagraphen lieferten Richelieus Traditionen der französischen Deutschlandpolitik den Schlüssel zum preußisch-deutschen Reichsgründungskrieg 1870<sup>116</sup>.

---

graphie (Anm. 3), 96); Marcks hat sich nach 1933 durch Annahme der Ehrenmitgliedschaft des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“ „offen zur nationalsozialistischen Geschichtsschreibung [...] bekannt“ (*Hans-Heinz Krill*, *Die Ranke-renaissance* – Max Lenz und Erich Marcks, Berlin 1962, 252, Anm. 66).

<sup>115</sup> J. C. G. Röhl, *Zwei deutsche Fürsten* (Anm. 19), 30.

<sup>116</sup> Die Archivauswertung Onckens für diese Publikation ist durch eine gewisse selektive Einseitigkeit gekennzeichnet, die den Wert der Edition signifikant einschränkt (*Klaus Schwabes* positives Urteil über die Edition teile ich nicht; siehe sein Porträt: Hermann Oncken, in: *Deutsche Historiker II*, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1971, 89). 1924 hatte sich H. Oncken in den Chor der scharfen Kritiker der Akten-Publikation *Robert Howard Lords* mit der Feststellung eingereiht, *Lords* Fazit, Bismarck habe seit 1866 den Krieg mit Frankreich als unvermeidlich, für die preußisch-deutsche Reichseinigung als wünschenswert betrachtet, formuliere eine „zweite Kriegsschuldthese“ (*Lords* Buch: „The Origins of the War of 1870. New Documents from the German Archives“, Cambridge/Mass. 1924). Die Erfahrung des Nationalsozialismus hat Oncken (selbst)kritischer über die politische Geschichtsschreibung zwischen 1870 und 1933 denken lassen. – Zum unmittelbar Folgenden vgl. *Gerhard Ritter*, *Die Politik Napoleons III. und das System der Mainlinie*, in: *Kor-*



Noch während der Weimarer Republik hat Gerhard Ritter gegen H. Onken zutreffend eingewandt, nicht der Gewinn der Rheinlande, sondern die Aufrechterhaltung der Main-Linie und damit die Blockade der kleindeutschen Einigungspolitik Preußens seien Hauptziele der Deutschland-Politik Napoleons III. nach 1866 gewesen. (Diese Main-Linien-Option war in der Tat, wie es G. Ritter ausdrückte, für die kleindeutsche Bewegung die viel gefährlichere Variante als die Politik der französischen Annexionspartei). Nach dem II. Weltkrieg hat der Freiburger Historiker vor dem Hintergrund des „Kalten Krieges“ zwischen Ost und West in einer generellen (auch ihn selbst treffenden) Kritik an der politischen Historiographie der Weimarer Republik festgestellt: „Die Katastrophe von 1945 hat ein völlig verwandeltes Deutschland und Europa geschaffen. Die politischen Rivalitäten von ehemals müssen für immer verschwinden, soll dieses neue Europa sich in Freiheit behaupten.“ Und dann folgt jenes schon (nach Anm. 68) wiedergegebene Zitat über das Ende der „bloß-nationalen Geschichtsschreibung“ mit ihrer Überzeugung von der Pflicht zur grundsätzlich „apologetischen Haltung“ und „zur Anklage gegen ehemalige Gegner“<sup>117</sup>. Für den Fall des Kriegsausbruchs 1870 trat der in der kleindeutschen Tradition verwurzelte Ritter allerdings nicht aus dem langen Schatten der national-patriotischen Traditionen der Bismarck-Historiographie heraus<sup>118</sup>.

**X. Eine „rundum misslungene“ Einleitung  
zu einer „eindrucksvollen Editionsleistung“ (H. Fenske) oder:  
„eines der bedeutendsten historischen Werke der letzten Zeit  
über die innereuropäischen Beziehungen der II. Hälfte  
des 19. Jahrhunderts mit Auswirkungen bis weit  
in das 20. Jahrhundert“ (L. Álvarez)?**

Fenske führt meine Edition ein mit der Behauptung, sie sei die Frucht „der langen Bearbeitungszeit von drei Jahrzehnten“ – drei Jahrzehnte, in denen ich auch „etliche Aufsätze zum Thema“ veröffentlicht hätte<sup>119</sup>. Ich

---

respondenzbl. d. Gesamtvereins d. deutschen Geschichts- u. Altertumsvereine 80 (1932), 178–182.

<sup>117</sup> Vorwort zu: *J. Dittrich*, Bismarck, Frankreich (Anm. 68), XI f.

<sup>118</sup> Zu Ritter in dieser Frage vgl. *A. Usler*, Historiographie (Anm. 3), 228 ff. (Charakteristisch für Ritter, daß er noch kurz vor seinem Tod 1967 der Publikation eines Manuskripts widerriet, das nach seinem Titel die „Annexion“ von Elsaß-Lothringen 1871 behandelte. Begründung: schon die Terminologie des Titels sei falsch; vgl. Bd. I, LIV).

<sup>119</sup> 2003, 109. Meinen ersten, 14-seitigen Aufsatz zu diesem Thema für einen Sammelband von *Michael Stürmer* (1970), den er rezensiert hatte, erwähnt *Fenske* mit ausführlicher bibliographischer Angabe; der HZ-Aufsatz von 1971 (Bd. 212) mit 79 Seiten, scheint – mit Ausnahme eines „Zitats im Zitat“ (s. Anm. 121) – seiner kritischen Aufmerksamkeit entgangen zu sein (die Studien zu anderen zentralen Themen der Zeit zwischen 1866 und 1870 erwähnt *Fenske* nur pauschal). Ein amerikanischer

kann zugunsten von Fenske nur annehmen, daß er wenig oder gar keine persönliche Erfahrung mit absorbierenden Verpflichtungen in der universitären Selbstverwaltung hat. Was aber unverständlich bleibt, ist Fenskens völliges Ignorieren meines ausdrücklichen Hinweises in der „Einleitung“ zu Band I, daß „die kontinuierliche Arbeit an dem Editionsprojekt [...] seit 1973 durch die Beteiligung an der schwierigen Aufbauphase der Philosophischen Fakultäten der (1970 gegründeten) Universität Augsburg beeinträchtigt, später dann durch andere Forschungsprojekte und 1983 bis 1991 durch ein Engagement in der akademischen Selbstverwaltung [im Amt des Universitätspräsidenten] unmöglich gemacht“ wurde und erst nach meiner Emeritierung 1996 wieder aufgenommen werden konnte<sup>120</sup>. Geht dieses Ignorieren (wie die anderen Fälle von elementaren Kenntnislücken in Fenskens „Miszelle“) nur auf eine eigentümliche Form von „Perzeptionsschwäche“ zurück?

Im übrigen sei hier nur noch angemerkt, daß alle wesentlichen, von Fenske 2003 und 2008 kritisierten Ergebnisse der drei Bände über „Bismarcks spanische ‚Diversion‘“ bereits essentielle Kernelemente meiner Erlanger Antrittsvorlesung von 1969 „Zum Problem der Bismarckschen Politik in der spanischen Thronfrage 1870“ waren. Sie wurde 1971 in wesentlich erweiterter Fassung in der „HZ“ publiziert, ist aber Fenske offensichtlich damals weder als national-patriotischer Stein des Anstoßes aufgefallen noch im Zusammenhang mit seiner Miszelle in den FBPG 2004 als kritikbedürftig eingefallen<sup>121</sup>.

In Fenskens Rezension bleibt es nicht bei diesem einmaligen Ignorieren von Texten und Fakten: Er bescheinigt der Quellensammlung zwar, daß es sich „zweifelsohne um eine eindrucksvolle Editionsleistung“ handle (2003, 110). Der Leser muss allerdings den dominierenden Eindruck gewinnen, daß die „rundum enttäuschenden“ Kapitel „Einleitung“ und „Zur Einführung“ in den Bänden I und III auf einer unverantwortlich selektiven Literatur-Basis beruhten: ich überginge einschlägige Studien „entweder ganz oder erwähne sie nur kurz“, ohne mich „inhaltlich auf sie einzulassen“, „wenn sie anderer Ansicht“ sind als ich (2003, 112). Offensichtlich hat Fenske nicht zur Kenntnis genommen, daß im Hinblick auf die rund zehn Einzelstudien (die „et-

---

Rezensent, *David Wetzel*, den *Fenske* besonders schätzt (2003, 112 und 2008, 270), sprach von „no less than five book-length articles“ für die Zeit vor der Publikation meiner Edition (CEH 37, 2004, 606). *Otto Pflanze* bezeichnet in seiner zweibändigen Bismarck-Biographie (München 1997/98) meine einschlägigen Aufsätze als die „bislang am gründlichsten recherchierten und am schlüssigsten argumentierenden Arbeiten zu diesem Thema“ (Bd. I, 855, Anm. 51).

<sup>120</sup> Bd. I, XXXI. (In Bd. I, LXXVIII, Anm. 5 findet sich ein Hinweis, daß ich mit gesundheitlichen Imponderabilien zu rechnen hatte.)

<sup>121</sup> In: *HZ* 212 (1971) 52–607. *Fenske* erwähnt diese Publikation nur indirekt (2004, 112) mit der Bemerkung, man lese in Bd. I meiner Edition auf S. LXXV: „Für eine Diskussion defensiv-apologetischer Interpretationen der Politik Bismarcks 1870 vgl. Becker, Zum Problem der Bismarckschen Politik, S. 600–606 [...]“.

lichen Aufsätze“, wie Fenske herablassend einräumt), die ich seit 1970 zu diesem Thema veröffentlichte, wie auch aus Raumgründen auf die dort diskutierten zentralen Einzelprobleme und auf die bei dieser früheren Gelegenheiten zitierte Literatur in meiner Edition „im allgemeinen nicht mehr verwiesen“ wurde<sup>122</sup>.

Irritierend ist daher (u. a.) nicht nur das pauschale Verdikt Fenskens: „Für die These von der Ablenkung innerer Schwierigkeiten nach außen genügt ein Verweis auf die maschinenschriftliche Dissertation von Egmont Zechlin aus dem Jahre 1921“. Es ist geradezu grotesk, zu unterstellen, ich würde die erbitterten (Bismarck-)Kontroversen seit dem II. Weltkrieg nicht kennen oder bewußt ignorieren; in Wirklichkeit wurde Zechlin zitiert wegen seiner in der Bismarck-Forschung der Weimarer Republik (wenn ich recht sehe) singulären, aber völlig plausiblen Deutung von Bismarcks Kalkül 1867 bei der Annahme des „Eisernen Etats“: „daß innerhalb der nächsten vier Jahre [der Laufzeit des Militärbudgets] der Krieg mit Frankreich, ähnlich wie der österreichische Krieg, die inneren Verhältnisse regulieren würde“<sup>123</sup>. Jedenfalls stellte für die internationale Politik von Berlin und Paris das Jahr 1871

<sup>122</sup> Bd. I, L, Anm. 12. *Fenske* übersieht darüber hinaus, daß ich in das Schriftenverzeichnis Literatur aufgenommen und durch Kursivdruck ausgezeichnet habe, die in meinen früheren Studien ausgewertet ist, auf die in der Edition selbst aber nicht mehr verwiesen werden konnte. Insofern geht auch *Fenskens* Hinweis (2003, 121) auf das Vorbild des (für ein amerikanisches Publikum konzipierten) bibliographischen Essays von *David Wetzel* ins Leere (A Duel of Giants, Bismarck, Napoleon III, and the Origins of the Franco-Prussian War, Madison/Wisconsin 2001; in der allzu fehlerreichen deutschen Übersetzung des damaligen Geschäftsführers der Otto-von-Bismarck-Stiftung *Michael Epkenhans* fehlt dieser Essay: Duell der Giganten, Bismarck, Napoleon III. und die Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges 1870–1871, Wissenschaftliche Reihe der Otto-von-Bismarck-Stiftung 7, Paderborn u. a. 2005; vgl. dazu meine knappen Hinweise in Bd. III, 633 ff. sowie generell zu dem problematischen Bismarck-Bild dieses Buches, das (nach *Wetzels* Vorwort) auf Empfehlung des Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rats der Bismarck-Stiftung L. Gall in einer deutschen Übersetzung publiziert wurde, auch die Feststellungen in meiner „Response to David Wetzel“ (Anm. 26). Mit *Wetzels* Vorwort zur deutschen Ausgabe kontrastiert seine Bewertung der Edition in CEH (s. dieses Manuskript bei Anm. 156). – Daß *Fenske* angesichts meiner eigenen Publikationen zum Thema „Bismarcks Politik zwischen 1866 und 1870“ den Umfang meiner Einleitung (zu Bd. I: knapp 80 Seiten, zu Bd. III knapp 30 Seiten) und speziell das Fehlen eines ausführlicheren Bericht über den bisherigen Gang der Forschung bemängelt, hängt offensichtlich auch damit zusammen, daß er die Doktorarbeit *Alexander Uslers* (Anm. 3) von 1988 über die deutsche Historiographie zur Vorgeschichte des Krieges von 1870/71 (mit ihren 344 Seiten im Dissertations-Kleindruck...) nicht kennt.

<sup>123</sup> Bd. I, LXII (vgl. schon *HZ* 212, 1971, 598). Im Übrigen: Hängt der Wert wissenschaftlicher Arbeiten etwa davon ab (wie *Fenske* suggeriert), ob eine Dissertation aus einer wirtschaftlich-politischen Krisenzeit wie 1921 als Buchpublikation vorliegt oder nicht? Zechlin war Promovent und Assistent von H. Oncken, der angesichts seiner Überzeugung von 1908 (siehe Zitat bei Anm. 114 aus seiner Gedenkrede für Bismarck 1908) auch gar keinen wissenschaftlichen Einwand, nach 1918 allenfalls politische Bedenken gegen Zechlins Feststellung haben konnte. – Die folgenden beiden Zitate nach: *Gerhard Ritter*, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, 4 Bde. 1954–1986, hier Bd. I: Die altpreußische Tradition (1740–1890), München 1954, 158.

ein Datum dar, nach dem die „schwerste innerpolitische Krise der ganzen preußischen Geschichte“ vom Beginn der 1860er Jahre – mit den Optionen „ob Militärstaat, Kriegerstaat, ob Bürger- und Rechtsstaat“ – neu und verschärft wieder aufflammen würde. In diesem Sinne war – wie schon der „Secessionskrieg“ Preußens (E. R. Huber) gegen den Deutschen Bund mit seiner Vormacht Österreich – auch der Reichsgründungskrieg Bismarcks für Preußen eine „abgeschnittene Krisis ersten Ranges“ (Jacob Burckhardt).

Das Auslaufen des „Eisernen Etats“ mit der prekären formalen Stornierung des preußischen Verfassungskonflikts für vier Jahre scheint auch der französische Außenminister Daru im Auge gehabt zu haben, als er im Februar 1870 zu dem württembergischen Vertreter in Paris äußerte, daß er im Augenblick nichts von Preußen befürchte, der Krieg aber 1871 ausbrechen werde (Nr. 715). Im übrigen hatte schon bei den parlamentarischen Debatten über die Verfassung des Norddeutschen Bundes 1867 ein hochkonservatives Mitglied des Norddeutschen Reichstags (unter Anspielung auf ein offenes Arcanum der Bismarckschen Politik) vor einer Taktik verfassungspolitischer Krisenbewältigung durch außenpolitische Friktionen und militärische Konflikte mit der griffigen Formulierung gewarnt, es sei unmöglich, „daß wir vor jeder Wahl eine Schlacht von Königgrätz schlagen“<sup>124</sup>. Drei Jahre später hat das Cannae der französischen Truppen von Sedan mit der Gefangennahme Napoleons III. international den Weg bereitet zur kleindeutschen Reichsgründung mit ihrer semihegemonialen Stellung zwischen den Flügelmächten in Ost und West und damit national zum kriegerischen Abschneiden der fundamentalen Strukturkrise der preußischen Militärmonarchie – mit der Verschleppung der (vollen) Parlamentarisierung des Reichs bis in die Schlußphase des I. Weltkriegs, als Demokratisierung für den preußischen Generalstab zu einem taktischen Instrument für mildere Waffenstillstands- und Friedenbedingungen wurde.

Fenske moniert: „Dittrichs Buch etwa ist [für Becker] eine Pilotstudie mit teilweise harmonisierenden Ergebnissen“ (2003, 112). Abgesehen davon, daß ich entgegen der offensichtlichen Meinung Fenskens die in den schwierigen ökonomischen Verhältnissen der ersten Jahre nach dem II. Weltkrieg zustande gekommene Dissertation von Dittrich mit „Pilotstudie“ (in Übereinstimmung mit dem üblichen deutschen Sprachverständnis) nicht kritisch apostrophiert habe: Daß (der Stadelmann-Schüler) Dittrich unter dem Einfluß von Gerhard Ritter in seiner Freiburger Dissertation von 1948/62 als Bismarcks Ziel bei der spanischen Thronkandidatur den Sturz Napoleons und die anschließende Reichsgründung ohne Krieg mit Frankreich glaubte

---

<sup>124</sup> Zit. nach *Margaret Lavinia Anderson*, *Practicing Democracy, Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000, 5 (s. jetzt die deutsche Übersetzung dieses Klassikers einer komparativen Wahlforschung: „Lehrjahre der Demokratie“, Stuttgart 2009).

belegen zu können, hielt ich auf dem Hintergrund von 1918/1945 zwar für eine verstehbare, aber im Rahmen der internationalen Krisenkonstellation nach 1866 absolut abwegige Hypothese. J. Dittrich selbst bestätigte am 8. Juni 1986 diese Einschätzung: „Das, was ich [bei der Themenstellung für die Dissertation durch Gerhard Ritter in einem einmaligen vielleicht 15minütigen Gespräch ...] übernommen habe, war die These, Bismarck habe mit der Kandidatur Napoleon stürzen wollen, um die Wege für eine friedliche Einigung Deutschlands zu ebnen. Von dieser These habe ich mich ja dann in meinem Beitrag zur ‚Reichsgründung‘<sup>125</sup> distanziert, weil ich zu der Ansicht gekommen war, daß Bismarck die Kandidatur je nach den Umständen auszunutzen gedachte, also mehrgleisig fahren wollte“<sup>126</sup>.

Dittrichs Brief ist in Bd. III meiner Edition (S. 633) einschließlich dieser Passagen abgedruckt – hat Fenske dieses Eingeständnis Dittrichs übersehen? Aber sollte dem Verfasser eines so apodiktisch-kritischen Besprechungstextes, wie Fenske ihn hier publizierte, nicht die spätere Modifikation Dittrichs in dem repräsentativen wissenschaftlichen Sammelband von Th. Schieder und E. Deuerlein zum Gedenkjahr 1970 präsent sein? Im übrigen: Es war eine honorige Selbstrevision Dittrichs, die allerdings der von Gerhard Ritter unmittelbar nach dem II. Weltkrieg inspirierten apologetischen Dissertations-These von 1948/62 jede Grundlage entzog.

### **XI. Der Brief Zar Alexanders II. an König Wilhelm vom 23. Juli 1870 mit der Widerlegung der apologetischen Hypothese einer objektiven „Nichtvorhersehbarkeit“ der Schärfe und „Zielrichtung“ der französischen Reaktion**

Es geht aber Fenske nicht in erster Linie um die Dissertation von Dittrich, sondern um „die jüngere Forschung“ (2008, 270), deren „Ignorieren“ in meiner Edition er bemängelt: zwei Bücher von E. Kolb – den (verlegerischen) Schnellschuß aus dem Gedenkjahr 1970 „Der Kriegsausbruch 1870“ und „Der Weg aus dem Krieg“ von 1989 (im übrigen: beide in auffallendem politisch-historischen Kontrast zu der Rätedissertation von 1962, mit der Kolb bekannt wurde). Abgesehen davon, daß 1989 Kolb im wesentlichen nur resümiert, was er zum Kriegsausbruch bereits 1970 geschrieben hatte und daher von „jüngerer Forschung“ wohl nur schwerlich zu sprechen ist: Gegen die Schrift von 1970 habe ich meine Einwände mehrfach geltend gemacht – vor

<sup>125</sup> Vgl. Anm. 29.

<sup>126</sup> Vgl. *Th. Schieder/E. Deuerlein*, Reichsgründung (Anm. 29), 80. Am 22. Februar 1983 schrieb mir Dittrich: „Ich bin [...] der Ansicht, daß die Kandidatur primär als diplomatisches Kampfmittel gedacht war, unterhalb der Risikoschwelle eines Krieges, dieser allerdings als ultima ratio einkalkuliert. Dabei halte ich Bismarcks Politik für aggressiver als Kolb“ (Bd. III, 633). Zu Dittrich s. auch *A. Usler*, Historiographie (Anm. 3), 233 ff.

allem gegen Kolbs krasse Fehleinschätzung der innerfranzösischen Lage und der daraus resultierenden sehr engen Handlungsspielräume für die Innen- und Außenpolitik Napoleons III. in der post-Sadowa-Situation<sup>127</sup>. Die Einladungen in den 1980er und 1990er Jahren zu zwei von den beiden Deutschen Historischen Instituten in Paris und Washington (mit)veranstalteten internationalen Symposien, wo die Möglichkeit zu einer Diskussion unserer divergierenden Auffassungen bestanden hätte, hat Kolb nicht wahrgenommen<sup>128</sup>. Nach dieser „Diskursverweigerung“ hat er sich schließlich in seinem Buch von 1989 pauschal zu meinen Einwänden so geäußert: „Gegenüber Beckers Argumentation, die auf eine weitgehende Exkulpation der französischen Politik in der Julikrise hinausläuft, halte ich nach wiederholter sorgfältiger Prüfung der quellenmäßigen Befunde an der Interpretation fest, die ich in meiner Studie von 1970 entwickelte und ausführlich begründet habe“<sup>129</sup>.

Als Kolb dies formulierte, kannte er einen Zarenbrief an König Wilhelm vom 23. Juli 1870. Hat er dessen „quellenmäßigen Befund“ auch „wiederholt sorgfältig“ geprüft? In dieser Korrespondenz schreibt Alexander II. (zur Verwunderung des Lesers von Kolbs Buch aus dem Jahre 1989): „Ja, mein lieber Onkel, ich bedaure die Zustimmung, die Sie glaubten dem Prinzen Leopold geben zu können [...]. Die Interessen von Preußen konnten dabei kaum etwas gewinnen, und für [... Erbprinz Leopold] wie für Spanien bedeutete es einen Schritt in eine traurige Zukunft, die neue Dynastie unter die Auspizien der Feindschaft Frankreichs zu stellen. Ich kann Ihnen dies offen sagen, denn ich mußte [1862] aus den gleichen Motiven meinem Neffen, dem Fürsten von Leuchtenberg, die Annahme der Krone von Griechenland untersagen. Ich habe ihm meine Zustimmung verweigert als Familienoberhaupt wie als Souverän – zwei Eigenschaften, die man, wenigstens nach meiner Meinung, nicht von einander trennen kann“<sup>130</sup>.

<sup>127</sup> Vgl. meine beiden Aufsätze „Bismarck et l'Empire libéral“ (Anm. 41) und (ausführlicher) „Bismarck, Prim“ (Anm. 103).

<sup>128</sup> Vgl. *La Guerre de 1870/71 et ses Conséquences*, hrsg. v. Philippe Levillain/Rainer Riemenschneider, Bonn 1990 und *On the Road to Total War, 1861–1871*, hrsg. v. Stig Förster/Jörg Nagler, Cambridge 1997.

<sup>129</sup> Weg aus dem Krieg, XI. Unmittelbar im Anschluß verweist Kolb zur Stütze dieser Feststellung auf die Studie von H.-O. Kleinmann, *Spanische Thronfrage* (Anm. 20) – zu Unrecht: Kleinmann kommt gleich zu Beginn seiner Analyse zu dem Ergebnis, daß die „Politik Napoleons und seiner Minister berechenbarer gewesen ist“ als die Bismarcks. Sein Fazit: „Von Spanien her gesehen stand und fiel also die Bedeutung der Thronfrage in der internationalen Politik [...] mit der Haltung des bonapartistischen Frankreich als der einzigen Macht, für welche die spanische Thronfrage von Beginn an ein doppeltes Problem war: ... une affaire de sécurité et de l'équilibre en dehors, une question d'honneur national au dedans“ [„Außenpolitisch eine Sicherheitsfrage und ein Problem des europäischen Gleichgewichts, innenpolitisch eine Frage der nationalen Ehre“] (a. a. O. 127 bzw. 149).

<sup>130</sup> „Oui, mon cher Oncle, je regrette l'assentiment que Vous avez cru pouvoir donner au Prince Léopold [...]. Les intérêts de la Prusse ne pouvaient guère y gagner, et pour lui, comme pour l'Espagne, c'était marcher vers un triste avenir que de placer

Kolb zitiert zwar aus diesem Brief eine kurze Passage, die ein mögliches, für Rußland nicht tolerables Aufrollen der polnischen Frage durch die französische Regierung betrifft<sup>131</sup>; aber die dezidierte Ablehnung von Bismarcks für den König berechnetem rein formaljuristisch-taktischem Argument einer fiktiven Unterscheidung zwischen Familien- und Staatsoberhaupt wie die konvergierende Beurteilung des Zaren mit Fürst Karl Antons Diktum von Ende 1868 (Frankreich könne „wegen der preußischen Beziehungen [des Sigmaringer Hauses] niemals die Festsetzung der hohenzollernschen Dynastie jenseits der Pyrenäen gestatten“<sup>132</sup>), werden mit keinem Wort erwähnt. Etwa weil allein schon dieser Zaren-Brief der apotheotischen Zentral-Hypothese Kolbs von einer objektiven „Nichtvorhersehbarkeit“ der Schärfe von Frankreichs Reaktion und ihrer antipreußischen Stoßrichtung in seinen beiden Büchern über den Krieg von 1870/71 den Boden entzieht<sup>133</sup>?

Es bleibt jedenfalls bemerkenswert, wie Kolb trotz des Briefes von Alexander II. (und einer Fülle anderer Quellen) auch weiterhin von einer „nicht vorhersehbaren“ Krise und von einer „den diplomatischen und politischen Konventionen der Zeit zuwiderlaufenden – Zielrichtung“ der französischen Reaktion sprechen kann<sup>134</sup>. An der gleichen Textstelle bei Kolb heißt es (und man kann dies nur mit einer ähnlichen Verblüffung konstatieren), „man“ habe „allenfalls“ mit einer „vorübergehenden Beunruhigung in Frankreich gerechnet“; dies ist praktisch – ohne Erwähnung der Herkunft als Zitat von Bismarck – die deutsche Übertragung einer ostensiblen Beruhigungsformel („fermentation passagère“) aus dem sog. „Instruktionsbrief“ des Kanzlers vom 25. Juni [1870] (Nr. 628) für den spanischen Unterhändler Salazar und damit für dessen Auftraggeber Prim. In diesem „Instruktionsbrief“ lehnte Bismarck einen (von Kolb übergangenen) „last-minute“-Versuch von Prim ab, unter Preisgabe seiner anfänglichen Geheimhaltungsbedingung in der

---

la nouvelle dynastie sous les auspices de l'hostilité de la France. Je puis Vous le dire franchement car moi-même j'ai dû, pour des motifs analogues, refuser à mon neveu le Duc de Leuchtenberg d'accepter la couronne de Grèce. Je la lui ai refusé comme chef de famille et comme Souverain, deux qualités, qu'à mon avis au moins, on ne saurait séparer“ (Nr. 887).

<sup>131</sup> Weg aus dem Krieg, 19: die Meinung Alexanders II. über das Risiko des Krieges für Rußland, „besonders, wenn die polnische Frage wieder aufgerollt würde, und dies ist ein *Punkt, an dem ich nicht vorbeigehen kann*“. (Die merkwürdige Formulierung in der Schlußpassage dieses Zitats aus der Übersetzung *Kolbs* klärt sich auf, wenn man das französische Original des Zarenbriefs liest; hier heißt es: „*c'est un point sur lequel je ne puis transiger*“ – also: „*ein Punkt, bei dem ich keinen Kompromiß eingehen kann*“ – Nr. 887).

<sup>132</sup> S. Zitat bei Anm. 54.

<sup>133</sup> Ein Jahr nach *Kolb* schreibt *L. Gall*, daß sich nach dem Platzen „der spanischen Bombe [...] der Hauptstoß der französischen Reaktion, wie von Bismarck erwartet, sofort gegen Preußen“ richtete (*Lothar Gall, Karl-Heinz Jürgens, Bismarck, Lebensbilder, Bergisch Gladbach 1990, 108*).

<sup>134</sup> HZ 278 (2004) 487.

Schlußphase der Kandidatur Preußen in das Kandidaturprojekt zu involvieren und damit die Fiktion von Bismarcks Nichtbeteiligung beim Installieren der „spanischen Bombe“ (König Wilhelm) spektakulär zu verabschieden<sup>135</sup>.

Es überrascht im übrigen nicht, daß Kolb bei seiner Polemik pur im Rezensionen-Teil der „HZ“ – ebenso wie Fenske vor ihm – Anstoß an dem Gutachten H.-U. Wehlers über mein Manuskript für den „Förderungs- und Beihilfefonds der VGWort“ nimmt<sup>136</sup>. Erstaunt ist man nur, daß er – wiederum wie Fenske – den zweiten, belgischen Gutachter der „VGWort“ verschweigt; und dies, obwohl Jean Stengers (Université Libre Brüssel) als internationaler Experte für die französische öffentliche Meinung während der Julikrise 1870 an Kolbs Symposium „Europa vor dem Krieg von 1870“ in München 1985 mitwirkte<sup>137</sup>...

Und wiederum wie Fenske unterstreicht Kolb (obwohl er es besser wissen müßte<sup>138</sup>) als kritischen Aspekt die Dauer der Vorgeschichte des Projekts und das Überwiegen an bereits bekannten Quellen. Daß einer meiner Ausgangspunkte die (zum Teil national-patriotisch empörte) Kritik in der Bundesrepublik an der englischen Übersetzung von Bismarck-Dokumenten und das Bedauern über die britische Erstpublikation der preußischen Geheimakten<sup>139</sup> wie nicht zuletzt die einhellige Forderung der deutschen Rezensenten nach einer Ausgabe in der sprachlichen Originalfassung der Dokumente waren, verschweigt Kolb.

Klar war natürlich bei diesem Thema, daß bei dem aufwendigen Versuch, diese Forderung der deutschen Kritik an Bonnins Publikation einzulösen und die bisherigen Quellensammlungen und Editionen einschließlich ver-

<sup>135</sup> Prim wollte wohl vor der Königswahl Napoleon III. aufsuchen, um dem französischen Kaiser seine Kandidatenwahl zu erläutern.

<sup>136</sup> „Hohes Lob zollt Becker [...] Hans-Ulrich Wehler [...]. Wehler seinerseits hat sich nachdrücklich für die Gewährung eines hohen Druckkostenzuschusses für Beckers Opus ausgesprochen (ohne den die aufwendige Edition nicht hätte gedruckt werden können)“ (HZ 278, 2004, 488). Wie ich erst nach dieser „Enthüllungsstory“ erfahren habe: in dem wissenschaftlichen Gutachtergremium der „VGWort“ befand sich zum Zeitpunkt meines Zuschußantrags ein einziger historischer Fachvertreter; und dieser gehörte nicht dem „Wehler-Lager“ an ... Zu Wehlers Beurteilung der Edition vgl. seinen Artikel „Das Ende einer Legende“ in: „DIE ZEIT“ vom 19. Juni 2008 (jetzt in: Ders., Land ohne Unterschichten? München, 2010, 180 ff.); s. auch die Besprechungen des Koselleck-Schülers *Johannes Willms* im Feuilleton der „SZ“ vom 26./27. April 2003 und 8. Dez. 2008 (*Willms* publizierte im Zusammenhang mit der Errichtung der Bismarck-Stiftung 1997 die Streitschrift: Bismarck, Dämon der Deutschen, Anmerkungen zu einer Legende).

<sup>137</sup> *Jean Stengers*, Le rôle de l'opinion publique dans la genèse d'une guerre: 1870 et 1914, in: E. Kolb/E. Müller-Luckner (Anm. 20), 151–174. Der inzwischen verstorbene Stengers gehörte der belgischen Académie Royale an und amtierte jahrelang als Vorsitzender des belgischen Historikerverbandes.

<sup>138</sup> Vgl. den Hinweis in: HZ 212 (1971) 583, Anm. 129.

<sup>139</sup> Vgl. Bd. I, XXII f.



streuter Einzelzitate nach Möglichkeit zusammenzuführen (wie durch zusätzliche Funde zu ergänzen), die bereits gedruckten Dokumente zur Kandidaturfrage im engeren Sinne in der Überzahl sein würden. Das kann (was Fenske wie Kolb verschweigen) im Detail in meiner „Einleitung“ zu den Bänden I (S. XXXII) und III (S. XIV) nachgelesen werden – mit dem generelleren Fazit schon meiner Studie von 1971: daß nach den Diskussionen eines Jahrhunderts „keine grundsätzlich neue Lösung mehr für die umstrittene Frage zu erwarten sei, ob Bismarck im ersten Halbjahr 1870 den militärischen Konflikt oder nur eine diplomatische Konfrontation mit Frankreich anvisiert hat“ (Bd. I, S. XXXVI). Und nachzulesen ist dort auch, daß anders, als dies Kolb jetzt polemisch behauptet, meine „altbekannte These“ von 1971 für die Edition keiner radikalierenden Verjüngungskur unterzogen wurde; diese „altbekannte These“ hat sich bereits in dem „HZ“-Aufsatz von 1971 – was Kolb erstaunlicherweise nicht (mehr?) weiß – in dem Fazit vom „*provozierten Defensivkrieg*“ resümiert: „Durch die Thronkandidatur Leopolds [...] hat der Kanzler diese Chance eines *provozierten Defensivkrieges* realisiert – mit den Mitteln der klassischen Kabinettspolitik und im Geiste bonapartistischer Krisenbewältigung, im Dienste preußischer Großmachtpolitik und in Übereinstimmung mit einer potentiellen Majorität der Nation“<sup>140</sup>.

**XII. Unter anderen Zeugnissen: Eine „unpatriotische“ Notiz  
Leopold v. Rankes, „wie es eigentlich gewesen“:  
„Der Ausbruch liegt doch noch anders, als man meint.  
Der Krieg wurde hier [in Berlin] von B[ismarck]  
am 12. Juli] beschlossen“ (15. Dezember 1870)**

Daß nach einer intensiven Bismarck-Forschung von über hundert Jahren in den Archiven oder auch unter den gedruckten Quellen dennoch gelegentlich Überraschungen zutage kamen, sei (im Hinblick auf Kolbs gegenteilige Behauptungen in seiner „HZ“-Polemik) an drei Beispielen illustriert: Kolb kritisiert, ich hätte „verschiedene Stücke“ aus dem Sigmaringer Archiv publiziert, die bereits Dittrich „gesehen, aber nicht für wichtig genug gehalten hat, um sie in seinen Quellenanhang aufzunehmen“.

Es erschien mir unerlässlich, die beiden archivarischen Hauptfonds für diese Edition in Berlin und Sigmaringen vollständig herauszugeben – für die Bestände aus der Nebenlinie der Hohenzollern jedenfalls bis zur Julikrise einschließlich. Eines der laut Kolb offensichtlich von Dittrich „gesehenen“,

---

<sup>140</sup> HZ 212 (1971) 605 f. Daß „provozierte Defensivkriege“ ein geläufiges politisch-diplomatisches Modell war (und ist), solange „Kabinettskriege“ (und bewaffnete Konflikte generell) als „Volks“- oder „Nationalkriege“ inszeniert werden mußten (und müssen), liegt natürlich auf der Hand und sollte wohl auch unter Historikern unumstritten sein.

aber für die Veröffentlichung als uninteressant beurteilten Stücke ist eine unscheinbare, im Druck knapp zweizeilige Notiz von Fürst Karl Anton. Sie betrifft das Extrablatt der „Cölnischen Zeitung“ vom 13. Juli 1870 mit der aus Sigmaringen vom 12. Juli datierten Nachricht über den Kandidatur-Verzicht Erbprinz Leopolds. Es war dieses (in dem Lebensbild Abekens überlieferte) Extrablatt, das auf der Emser Brunnen-Promenade am 13. Juli König Wilhelm übergeben und von ihm zur Information für Benedetti weitergeleitet wurde. Nach Karl Antons lakonischer Notiz stammte diese Cölner Pressemeldung trotz der Herkunftsangabe Sigmaringen nicht aus der süd-deutschen Residenz. Der Fürst vermutete als Ursprungsort: die Kleinstadt an der Lahn, Ems, den Kurort des Königs (Nr. 842, Teil II).

Damit steht – als kleine Sensation – fest, daß die „Cölner“ Meldung der Zurücknahme der Thronkandidatur eine nicht-authentische Version des Sigmaringer Verzichts darstellt, die Fürst Karl Anton in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ und im Stuttgarter „Schwäbischen Merkur“ publizieren ließ. Zur Verdeutlichung der Differenzen seien beide Versionen im Paralleldruck einander gegenübergestellt:

*Die authentische Sigmaringer Fassung*

Sigmaringen, 12. Juli. Der Erbprinz von Hohenzollern, um der spanischen Regierung die Freiheit ihrer Initiative zurückzugeben, entsagt seiner Thronkandidatur, fest entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zu einem Kriegsvorwande heranreifen zu lassen. (Nr. 842, Teil I).

*Die „Cölner“ (Emser?) Fassung*

Sigmaringen, 12. Juli. Als bestimmt wird gemeldet: Prinz Leopold entsagt der Thron-Candidatur Spaniens, den Gefühlen folgend, welche es ihm als preußischem und deutschem Officier unmöglich machen, um seiner Person willen Deutschland in den Krieg zu stürzen und gleichzeitig Spanien einen blutigen Kampf als Mitgift zu bringen. (Nr. 842, Teil II)

Offen bleibt aber, ob, wie Fürst Karl Anton mutmaßte, diese „Cölner“ Fassung tatsächlich von dem hessischen Kurbad ausgegangen ist – also wohl von der Umgebung des Königs (und vermutlich mit dessen Billigung) –, um dem französischen Botschafter rascher die Nachricht über den Verzicht Leopolds bekannt machen zu können, als dies durch eine Sigmaringer Pressemeldung via die Journale aus Augsburg oder Stuttgart geschehen konnte. Wenn dies so gewesen sein sollte, dann wäre Bismarcks Befürchtung bestätigt, daß der König der drängenden französischen Seite gegenüber zu (weiteren) Konzessionen bereit war, die der Kanzler im Rahmen seines Konfliktkurses für absolut unvertretbar hielt.

Oder gehörte dieses Telegramm etwa zu verzweifelten Versuchen der in Koblenz weilenden preußischen Königin, eine sich steigernde Eskalation des Konflikts in letzter Minute zu verhindern<sup>141</sup>? Vergleicht man den „staats-

<sup>141</sup> Vgl. Bd. III, XIV bzw. 38, Anm. 2.

männisch“-bürokratischen Duktus der authentischen Sigmaringer Version mit dem wesentlich emotionaleren Stil der Meldung in der „Cölnischen Zeitung“, könnte wohl einiges für diese Mutmaßung sprechen: Ein preußischer Offizier (wie Erbprinz Leopold), der wegen eines drohenden Krieges auf eine Thronkandidatur verzichtet, entsprach gewiß den Vorstellungen der pazifistischen Königin aus Weimar. Nach der Vernichtung des Kölner Verlagsarchivs während des II. Weltkriegs besteht indes keine Hoffnung mehr auf eine Klärung dieser Frage – wenn denn in einem (für die Zeitgenossen) so delikaten Fall je eine schlichte archivarische Evidenz gleich welcher Provenienz hätte erwartet werden können. So bleibt jede Vermutung über die eigentliche Quelle dieses nichtauthentischen Cölner Extrablatts, die über die Meinung Fürst Karl Antons hinausginge, im Bereich des rein Spekultativen.

Aus den bereits gedruckten Quellen<sup>142</sup> ein erstes Beispiel für die Fragwürdigkeit von Kolbs Urteil von der Überflüssigkeit einer erneuten Durchsicht der von Dittrich veröffentlichten Sigmaringer Quellenstücke: Bei den Recherchen für seine Dissertation hat J. Dittrich in dem Sigmaringer Archiv Aufzeichnungen von Fürst Karl Anton vom 16. März 1870 zum Verlauf des „Geheimen Conseils“ über das spanische Thronangebot vom Vortag entdeckt (Nr. 216). Naturgemäß haben bei derartigen „Geheimen Conseils“ einer europäischen Großmacht im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts – ob unausgesprochen oder nicht – die machtpolitisch-militärischen Konsequenzen dominiert; das bedeutete in der realen Situation nach Königgrätz: Vorteile Preußens für die europäische Konkurrenz mit Napoleon III. (wie Habsburg) und bei einem bewaffneten Konflikt mit Frankreich. Wie der Kronprinz in Aufzeichnungen zu Bismarcks „Außeramtlichen“ Immediatbericht (9. März) für das „Geheime Conseil“ den militärischen Aspekt und den Gesichtspunkt der dynastisch-außenpolitischen Konkurrenz knapp resümierte: „Vom Standpunkt des preußischen Interesse [sic] sehe ich also in der Annahme zwei solide Vorteile: 1) der Gewinn für den Fall eines Krieges unsererseits mit Frankreich; 2) die Beseitigung der bayerischen und carlistischen Eventualitäten“<sup>143</sup>.

<sup>142</sup> Ich will bei den gedruckten Quellen nicht darauf insistieren, daß im Zuge der Vorarbeiten für die Edition das vieldiskutierte Rätsel von Bismarcks sog. „Instruktionsbrief für Bucher“ vom 25. Juni 1870 (Nr. 628) – acht Jahrzehnte nach seiner Einführung in die französisch-deutsche Debatte über den Kriegsausbruch 1870 – in einem spanischen Bibliothek geklärt und als ein Schreiben Buchers an Salazar auf Weisung Bismarcks identifiziert werden konnte. Vgl. meinen in Anm. 103 zitierten Aufsatz und dazu *O. Pflanze*, Bismarck I, 855, Anm. 46.

<sup>143</sup> Nr. 213 vom 15. März; vgl. auch „Chronik“, Bd. I, 15. März. In dem Geheimgutachten der beiden Bonner Historiker Karl Rheindorf und Walter Platzhoff für das Auswärtige Amt von 1924 heißt es im Hinblick auf eine eventuelle Publikation der preußischen Geheimakten wegen der dynastisch-konfessionellen Aspekte in dem Berliner Entscheidungsprozeß: „Zudem ist bei den gegenwärtigen inneren Spannungen im Reich [auf dem Hintergrund von Niederlage 1918 und der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien] damit zu rechnen, daß Bismarcks Denkschrift vom 9. März 1870 mit ihren Hinweisen auf das Haus Wittelsbach und den Katholizismus

Bei der Erstveröffentlichung der Notizen Fürst Karl Antons 1962 unterlief Dittrich ein für die Zeit nach dem II. Weltkrieg (wie für die Bismarck-Interpretation seines Doktorvaters G. Ritter) vielleicht nicht uncharakteristischer lapsus calami; in der Buchversion seiner Dissertation heißt es: „General von Roon betont zunächst das im Exposé des Grafen Bismarck hervorgehobene *politische* Interesse“. Im Original der Niederschrift Fürst Karl Antons ist dagegen zweifelsfrei zu lesen, daß Roon (wie es als Kriegsminister seines Amtes war) das in Bismarcks Exposé betonte „*militärische* Interesse“ unterstrich: „Wenn ein Hohenzollern auf dem spanischen Throne auch vor allem andern spanisch fühlen muß“, so werde „er doch in die Waagschale der Entscheidung preußisch-hohenzollernsche Sympathien werfen können“. Die spanische Armee „dürste“ nach einem „männlichen Könige“ (Nr. 304). Von Roon – dem ministeriellen Haupt der Kriegspartei unter den Militärs in Berlin – ist bekannt, daß er bei einem Jagdessen wohl kurze Zeit vor oder nach diesem „Conseil“ zu einer „etwas entsetzten“ Cousine Bismarcks geäußert hatte: „Der Krieg mit Frankreich trifft uns nicht unvorbereitet [, ... er] ist so sicher, wie wir beide hier zusammensitzen“<sup>144</sup>.

Nach Fürst Karl Antons Aufzeichnung schloß sich der Hauptverfechter von Präventivkriegs-Optionen vor wie nach 1870, Generalstabschef Moltke, selbstverständlich der Auffassung des Kriegsministers an<sup>145</sup>. Als sich Rudolph v. Delbrück, der Chef von Bismarcks Bundeskanzleramt, unmittelbar nach diesen Beratungen bei Moltke vergewisserte, ob Preußen zum Krieg bereit sei, wenn Napoleon die Kandidatur „übel nehme“, hat der General diese Frage „mit behaglicher Zuversicht bejaht“<sup>146</sup>.

---

in Bayern in katholischen Kreisen Anstoß und Verstimmung erregt, die sich unter Umständen verhängnisvoll auswirken könnten“ (Nr. 1004, Bd. III, 416).

<sup>144</sup> Hedwig v. Bismarck, Erinnerungen aus dem Leben einer 95jährigen, Halle a. S. 1910, 143 f.

<sup>145</sup> Roons und Moltkes *nachträgliche Versionen von Teilen* ihrer „Conseil“-Vota sind in Niederschriften erhalten, die beide Generäle auf Bitte des Kronprinzen anfertigten (Nr. 304 vom [3. April 1870] und Nr. 252 vom 22. März). Der Kriegsminister stellt ausdrücklich fest, daß er – „um Wiederholungen zu vermeiden“, *namentlich von Argumenten Bismarcks* – sich auf „wenige Bemerkungen“ beschränken wolle. Er konzentriert sich auf die „Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips“ in Europa und erwähnt einmal das „spezielle politische und militärische Interesse Preußens und Deutschlands“ sowie den spanischen „Haß gegen die Franzosen“. Das noch kürzere Votum des Generalstabschefs hebt darauf ab, daß ein Thronkandidat „die Neigung und die Kraft in sich fühlen“ müsse, „das Unternehmen durchzuführen“, betont im übrigen, daß nach kürzlichen Gesprächen mit höheren spanischen Offizieren die Armee nur auf einen König warte, „der die Armee kenne“ und „sich an die Spitze derselben stelle“. – Zu Moltkes Militärpolitik 1871–1890 vgl. Michael Schmidt, Der „Eiserne Kanzler“ und die Generäle, Paderborn u. a. 2003.

<sup>146</sup> Nr. 253, Anm. 1. Nach einer französischen Quelle soll Moltke im Herbst 1868 einem hochgestellten Badener erklärt haben, wenn Preußen über das Elsaß disponieren könne („und das werde bald der Fall sein“), werde es das ehemals deutsche Land zum linksrheinischen Teil einer deutschen „province“ zwischen den Vogesen und dem Schwarzwald machen. Zur gleichen Zeit soll der Minister des königlichen Hauses

Ein zweites, frappierendes Beispiel aus den gedruckten Quellen: Am 15. Dezember 1870 notierte Leopold v. Ranke über den „informellen Kriegsrat“ (in Abwesenheit des Königs) am ersten Abend nach der Rückkehr Bismarcks von seinem pommerschen Landsitz Varzin in die preußische Hauptstadt während der Julikrise (12. Juli): „Der Ausbruch liegt doch noch anders, als man meint. Der Krieg wurde hier [in Berlin] von B[ismarck] beschlossen. ‚Wir wären gerüstet‘, sagte M[oltke]. – ‚Wenn das Ihre Meinung‘, sagte B[ismarck], ‚so lassen Sie es uns unternehmen‘. Eulenburg ging [in der Nacht vom 12. / 13. Juli] nach Ems, wo er eigentlich noch nichts entschieden und beschlossen fand; aber durch seine Versicherungen den guten Mut belebte. – Die Kundgebungen, die dann geschahen [i. e. vor allem die ‚Emser Depesche‘ 13. / 14. Juli], waren von hier beschlossen und ins Werk gesetzt“<sup>147</sup>. Um mit Michael Howards Feststellungen zur Rolle des Krieges im Staatensystem des 19. Jahrhunderts zu kommentieren: Der bewaffnete Konflikt fiel für diesen Berliner „Kriegsrat“ vom 12. Juli – wie für die Kriegspartei westlich des Rheins – in die Kategorie des „desirable way of settling international differences“.

Kolb urteilte dagegen 1970, daß die „Weichen für die endgültige Entscheidung über Krieg und Frieden“ durch die „erstaunlichen Aktivitäten Gramonts“ am Nachmittag und Abend des 13. Juli in Paris gestellt wurden – noch ehe die „Depesche aus Ems“ in Berlin eingetroffen, von Bismarck zur „Emser Depesche“ redigiert und als solche veröffentlicht worden war<sup>148</sup>. Und Fenske folgt ihm; er referiert die Aufzeichnung des Historiographen des preußischen Staates nicht, wie er generell auch verschweigt, daß eine der von mir „gebrachten Quellen“ (2008, 268) zur Frage, „wie es eigentlich gewesen“, Ranke zum Autor hatte. Es war eine Notiz, die für die Zeitgenossen Rankes sensationellen Charakter hatte (und, wie es scheint, selbst noch heute Historikern wie Fenske und Kolb Irritationen bereitet). Unerwähnt bleibt auch, daß diese Notiz Rankes, die W. P. Fuchs mit den „Ranke-Tagebüchern“ 1964 publiziert hatte, bereits seit 1971/74 in der Bismarck-Forschung bekannt war<sup>149</sup>. Aber für Fenske zählt selbst das Zeugnis eines Zeitgenossen mit den politisch-gesellschaftlichen Beziehungen und dem wissenschaftlichen Rang und Prestige Rankes offensichtlich nur zu den irrelevanten Quellen bei der Beantwortung seiner Frage, ob in Bismarcks inoffiziellen Kriegsrat vom 12. Juli „definitiv die Berliner Weichen für einen Krieg gestellt“ wurden ... (2008, 268)<sup>150</sup>.

---

Schleinitz zu einer elsässischen Pourtalès erklärt haben, daß vor dem Ablauf von 1 ½ Jahren das Elsaß wieder deutsch sein werde (Nr. 29, Anm. 5).

<sup>147</sup> Bd. III, XI f. Vgl. dazu schon: J. Becker, Von Bismarcks „spanischer Diversion“, in: Josef Becker u. a. (Anm. 22), 111.

<sup>148</sup> E. Kolb, *Kriegsausbruch*, 134.

<sup>149</sup> J. Becker, *Bismarck et l'Empire libéral* (Anm. 41), 342. Vgl. schon HZ 212 (1971) 588, Anm. 140. Kolb zieht es ebenfalls vor, auf die Ranke-Notiz nicht einzugehen.

Daß bereits rund zwanzig Jahre vor der Publikation von Rankes Aufzeichnung aus dessen Nachlaß (1964) ein „deutscher Whig“ und juristischer Außenseiter der etablierten Historiker-Zunft im Reich, Erich Eyck, in seiner in der NS-Emigration (während des II. Weltkriegs) erschienenen Bismarck-Biographie die zentrale Bedeutung der Beratungen von Bismarck mit Roon, Moltke und Eulenburg vom 12. Juli erkannt hatte, erfährt Fenskes Leser der „Miszelle“ gleichfalls nicht; ebenso wenig, daß der amerikanische Historiker William L. Langer 1961 in einem brillanten Vergleich der „Conseils“ des Bundeskanzlers am 12. und 13. Juli zu demselben Resultat wie Eyck kam und das Fazit zog, daß damit die Vorgeschichte der „Emser Depesche“ in ein ganz neues Licht rücke<sup>151</sup>. Kolb seinerseits wiederholt die alte Bismarck-Behauptung von dem „Abbitte“-Brief für den französischen Kaiser, den Gramont/Ollivier über Botschafter Werther von dem alten preußischen König gefordert hätten – obwohl seit Festers Untersuchung der „Emser Depesche“ von 1915 [!] diese für die nationale wie die internationale Resonanz während der Juli-Krise zentrale Legende widerlegt und durch die Publikation von Werthers Rechenschaftsbericht für den König vom Juli 1870 zusätzlich bestätigt ist, „daß keiner der beiden Minister einen solchen Gedanken auch nur annäherungsweise angedeutet hat“ (Nr. 894)<sup>152</sup>.

Nach dem Abschluß seines Gutachtens für die VGWort über die Publikation meines Manuskripts hat Jean Stengers gemeint, die Edition werde international eine „Sensation“ sein<sup>153</sup>. Diese Erwartung auf der internationalen Ebene mochte nicht zuletzt ihren Grund haben in der Wirkung einer Zusammenstellung aller (auch verstreuter) Zeugnisse aus der Zeit vor dem Deutsch-Französischen Krieg über Bismarcks Spanien-Politik nach 1866/67; sie wurde gewiß noch verstärkt durch die (mit dem Kriegsausbruch zum Teil zeitgleichen) Äußerungen betroffener Persönlichkeiten und durch die

---

<sup>150</sup> Weitere Ungereimtheiten von *Fenske* will ich hier nur kurz registrieren: *Fenske* schreibt (2008, 268): „Eulenburg brachte [in den „Kriegsrat“ am Abend des 12. Juli] die Nachricht vom Verzicht Leopolds“ mit – im „Tagebuch“ Eulenburgs (Nr. 834) steht nur, daß die Nachricht, Leopold habe „verzichtet“, der „Situation eine friedlichere Wendung zu geben“ schein. *Fenske* erwähnt zurecht die besonderen Verdienste von Frau H. Panzner u. a. um die Herstellung des Personenregisters, übersieht aber, daß das „Rohmaterial“ für die biographischen Daten im Personenregister von drei „engagierten und begeisterungsfähigen Studierenden“ – Moni Müller, K. Buchna und M. Seiter – ermittelt wurden (Bd. III, XXXI und 539). Im Übrigen hätte *Fenske* an erster Stelle auch die Mitarbeit von M. Schmid erwähnen können, wie sie auf den Titelblättern der drei Bände dokumentiert und in den Einleitungen zu den Bänden I und III ausführlich gewürdigt ist.

<sup>151</sup> Vgl. *Erich Eyck*, Bismarck, Bd. II, Zürich 1943, 464 ff. und *William L. Langer*, Bismarck as a Dramatist, in: *Studies in Diplomatic History and Historiography in Honour of George P. Gooch*, hrsg. v. A. O. Sarkissian, London u. a. 1961.

<sup>152</sup> Die Langlebigkeit der Bismarck-Legende belegt z. B. deren Wiederholung in dem (für ein breiteres Publikum geschriebenen) Publikation von *Rainer F. Schmidt*, Bismarck. Realpolitik und Revolution, Kreuzlingen/München 2006, 183.

<sup>153</sup> s. o. bei Anm. 137.

Quellen über die absolut restriktive Politik der Reichsleitungen nach des Reichsgründers Sturz bei der Frage einer Zugänglichkeit oder der Veröffentlichung der preußischen Geheimakten zum spanischen Anlaß des Kriegsausbruchs 1870. Für deutsche Spezialisten der Frage des Kriegsausbruchs 1870 und vor allem der (preußischen) Aktenlage hielt sich schon der Überraschungseffekt der Edition von Bonnin in Grenzen<sup>154</sup>.

Die seitherige internationale Kritik scheint die Meinung von Jean Stengers über die Edition zu bestätigen. Zwei Urteile: Ein Kenner der spanisch-deutschen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, L. Álvarez Gutiérrez, widmete den ersten beiden Bänden der Edition einen zwanzigseitigen Forschungsbericht, gefolgt von einer fünfseitigen Rezension des III. Bandes mit dem Fazit: es handle sich bei der Edition um „eines der bedeutendsten historischen Werke der letzten Zeit über die innereuropäischen Beziehungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit Auswirkungen bis weit in das 20. Jahrhundert hinein“<sup>155</sup>.

D. Wetzel (obwohl völlig konträrer Meinung über Bismarcks Politik 1870, aber aus einer anderen historiographischen Tradition stammend) urteilt: „This long-awaited compilation [...] is a model of its kind – in this reviewer’s opinion, the most exciting collection of Bismarckiana in a generation“<sup>156</sup>. Der Stil der Polemik Kolbs in der „HZ“ 2004 hat die Erwartung bestätigt, die ich in meiner Antwort auf Wetzel so formuliert hatte: Wetzels Kritik „represents a model of scholarly fairness. In German historiography since the nineteenth century, and primarily for political reasons, comparably fair

<sup>154</sup> Vgl. z. B. *Rudolf Morsey*, Die Hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien, in: HZ 186 (1958), 573–588, hier 578 f.

<sup>155</sup> „[...] una obra, que bien puede calificarse como una de las más importantes de los últimos tiempos en el campo de la historiografía relativa a las relaciones intraeuropeas de la segunda mitad del siglo XIX, con implicaciones hasta bien entrado el siglo XX“ (*Hispania* LXX, 2010, 555). (*Álvarez*’ früherer Forschungsbericht: s. Anm. 65; der spanische Spezialist moniert hier zurecht, daß die Madrider Perspektive in meiner „Einführung“ unterbelichtet bleibe – meine Absicht, dieses Manko in Bd. III auszugleichen, fiel gesundheitlichen Problemen zum Opfer.) Wie *Álvarez* auch *Wehler* in seinem Gutachten für die VG Wort: „Wenn es in den letzten Jahren überhaupt eine Urkundenzusammenstellung gegeben hat, die für die Analyse der deutschen Geschichte nicht nur des 19. Jahrhunderts von grundlegender Bedeutung ist, dann ist es die Quellensammlung von Becker“. Vgl. jetzt auch das Urteil einer französischen Spezialistin der internationalen Beziehungen in der Reichsgründungszeit *Stéphanie Burgaud*, Die getäuschte Clio?, in: *Francia* 37 (2010) 387–392. („l’oeuvre d’une vie ... somme indéniable d’érudition ... elle acquiert enfin une dimension universelle en interrogeant les couples indissociables que sont histoire et mémoire, histoire officielle et mémoire collective“).

<sup>156</sup> *David Wetzel*, Rezension zu Bismarcks spanische „Diversion“ 1870 und der preußisch-deutsche Reichsgründungskrieg. Bd. 1: Der Weg zum spanischen Thronangebot. Spätjahr 1866 – 4. April 1870. Bd. 2: Aus der Krise der kleindeutschen Nationalpolitik in die preußisch-französische Julikrise 1870. 5. April 1870–12. Juli 1870, hrsg. v. Josef Becker unter Mitarbeit von Michael Schmid, Paderborn, 2003, in: *Central European History* 37 (2004), 606–612.

treatment of works that deal with a central historical figure such as Bismarck has not been the rule“<sup>157</sup>.

Seit dem zweiten Buch Kolbs zur Geschichte der Reichsgründung tendierten meine Erwartungen für einen klärenden Dialog über die kontroversen Fragen endgültig gegen Null; das ist auch der Grund dafür, daß ich auf Kolbs Wiederholung seiner Hypothesen aus dem Jahre 1970 in seinem „Weg aus dem Krieg“ von 1989 nicht mehr eingegangen bin. Ich darf statt dessen auf die folgenden Rezensionen von Kolbs erstem Buch aus der Schweiz, den USA und Deutschland verweisen: Joseph Boesch-Jung urteilte, daß „der schwache Punkt in der Argumentation Kolbs [...] offensichtlich in seiner Behauptung [liegt], Bismarck habe die Reaktion der französischen Regierung auf das Bekanntwerden der hohenzollerischen Thronkandidatur nicht voraussehen können“<sup>158</sup>; Andreas Dorpalen kam zu dem Resultat, „Kolb argues his case with a great deal of ingenuity, but his analysis fails to convince“<sup>159</sup>; und Fritz Kallenberg zog das Fazit, Kolb biete seinen „Scharfsinn und seine beträchtliche Argumentationskraft im wesentlichen in apologetischer Weise zu Gunsten Bismarcks auf“ und komme „im Grunde wieder recht nahe an die Beurteilung von vor hundert Jahren“ heran<sup>160</sup>. Mit Kallenburgs Urteil über Kolbs „Repristination“ der „vaterländischen“ Geschichtsschreibung der Bismarck-Ära ist auch das Nötige zu einem der Hintergründe von E. Kolbs „HZ“-Polemik von 2004 gesagt.

**XIII. „Germany has become the greatest Power in the World“  
Aus einem in England lancierten Presseartikel  
des Auswärtigen Amtes des Norddeutschen Bundes  
vom März 1870<sup>161</sup>**

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß für Fenske ein Grundproblem der deutschen und europäischen (Welt-)Geschichte, das er in seiner Miscelle nicht anspricht, im Hintergrund seiner aufgeregten „Rezension“

<sup>157</sup> J. Becker, *Franco-Prussian Conflict* (Anm. 26), 93. Hat der Herausgeber der „HZ“, der in Personalunion Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rats der Otto-von-Bismarck-Stiftung ist, vor dem Druck Kolbs „Rezension“ für die „HZ“ gelesen?

<sup>158</sup> Schweizer. Ztschr. f. Geschichte 20 (1970), 721 f.

<sup>159</sup> Andreas Dorpalen, Rezension zu *Eberhard Kolb, Der Kriegausbruch 1870. Politische Entscheidungsprozesse und Verantwortlichkeiten in der Julikrise 1870*, in: *AHR* 77 (1972), 1470.

<sup>160</sup> Die Vorgeschichte des Krieges von 1870/71, in: *Die Reichsgründung von 1870/71 im Urteil der Gegenwart*, hrsg. v. Institut für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz, Mainz o. J. [1971], 47.

<sup>161</sup> Vgl. zum folgenden auch für meinen eigenen Standpunkt (aus der Fülle an Literatur): „Wiedervereinigung und Deutsche Frage“, in: *Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung. Eine interdisziplinäre Bilanz*, hrsg. v. Andreas Wirsching, München 2000, 29 ff. (und dazu die Diskussionen in der FAZ seit November 2010 über die Rolle des Auswärtigen Amtes während des „Dritten Reiches“).



vom „hohen Kothurn“ herunter steht: war Bismarcks Weg – an Stelle einer schwierigen evolutionären Reform des Deutschen Bundes<sup>162</sup> – von der restaurativen Ordnung der mitteleuropäischen Staatenwelt, die der Wiener Kongreß 1815 unter dem Eindruck des napoleonischen Hegemonialversuchs geschaffen hatte, zur „Suprematie Preußens“ in Deutschland und damit zur semihegemonialen Vormachtposition eines kleindeutschen Reichs auf dem Kontinent „langfristig ein Irrweg“ (H. H. Hahn)? Wenn schon der Norddeutsche Bund mit seinen süddeutschen Militärbündnissen von der preußischen Diplomatie und mit der Billigung Bismarcks in der britischen Presse bereits im Frühjahr 1870 (in einer Vorwegnahme wilhelminischer Selbstüberheblichkeit) als die „greatest Power in the world“<sup>163</sup> bezeichnet werden konnte – war dann der durch den Reichsgründer sanktionierte, wenngleich eher verlangsamte Eintritt des Deutschen Reiches in die weltweite imperialistische Konkurrenz des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts nicht eine zwangsläufige, vor allem durch die industrielle Entwicklung und demographische Dynamik beschleunigte und vorangetriebene Konsequenz?

Und damit auch der Weg von Bismarcks Reichs- und Machtstaatsgründung in den I. Weltkrieg, schließlich – trotz aller Zäsuren 1918/19 und 1933 wie den alternativen Chancen nach diesen Entscheidungsjahren – in den II. Weltkrieg und den finalen Untergang der preußisch-deutschen Großmacht nach nur 74 Jahren? Und gab die Geschichte nicht jenen Staatsmännern recht, die – wie der von dem Reichsgründer verachtete Wilhelm v. Humboldt – den eigentlichen Zweck des von Bismarck zertrümmerten Deutschen Bundes in der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts als einer Friedensgarantie gesehen hatten? Oder die – wie der bayerische Minister Montgelas während des Wiener Kongresses – vor dem Hintergrund der Erfahrungen der napoleonischen Ära davor gewarnt hatten, die „deutsche Nation“ zu einem „starken Volk“, zu einem Großmachtstaat zu machen, weil man dann beginnen würde, „sie durch den Feuerofen der Vernichtung zu führen“<sup>164</sup>?

Ein für die Jahrzehnte nach 1871 ganz wesentlicher Teil des politischen Erbes von Bismarck war das Festhalten der preußisch-deutschen Führungseliten an der außenpolitischen Vorstellung, das Reich könne – auch über die Ära des „Bismarckian peace“ 1871–1890 hinaus – auf überschaubare Dauer seine semi-hegemoniale Führungsrolle in Europa behaupten, ohne in die

---

<sup>162</sup> Vgl. dazu die Überlegungen von *James J. Sheehan*, in: Ders., *German History, 1770–1866* (Oxford History of Modern Europe), Oxford 1989, Kapitel XIV „Political Opportunities and Alternatives“ sowie die „Conclusion“; die deutsche Version in der „Propyläen Geschichte Deutschlands“ (Bd. 6, Berlin 1994) reicht nur bis 1850 und enthält leider diese Schlußbetrachtungen nicht.

<sup>163</sup> s. den Text bei Anm. 44.

<sup>164</sup> Die Zitate nach Bd. III, IX. Immer noch wichtig: *Franz Schnabel*, *Das Problem Bismarck* [1949] in: Ders., *Abhandlungen* (Anm. 8).

Rolle des Junior-Partners einer der europäischen Flügelmächte in Ost und West abzustiegen. Die Risiko-Dimension einer solchen Erwartung hat Andreas Hillgruber 1980 so beschrieben: „Die [...] von Disraeli in einer Unterhausrede vom Februar 1871] zum ersten Mal ausgesprochene Befürchtung, daß das Deutsche Reich [...] allein schon auf Grund seiner Bevölkerungszahl und seines ökonomischen und militärischen Potentials, einfach zu groß und zu stark sei für das übrige Europa [...], begleitete seine wechselvolle Geschichte bis zu seinem Untergang 1945“<sup>165</sup>.

Die geostrategische Quadratur des Kreises, wenn man an der Führungsposition der Bismarck-Gründung ohne Abstriche festhalten wollte, war bei einem Blick auf die Lage des Reichs nur allzu deutlich. Im Osten gab es keinerlei natürliche Grenze, aber einen russischen Nachbarn, dessen Truppen im 19. Jahrhundert im Kampf gegen Napoleon bis Paris vorgedrungen waren, die 1848/49 militärisch gegen die Revolution im Habsburger Reich interveniert hatten und deren Drohung 1850 Preußen gezwungen hatte, die kleindeutsche Unionspolitik des älteren Radowitz aufzugeben. Und gab es hier im Osten nicht das preußisch-polnische Problem, daß eines der essentiellen Elemente der Machtbasis Preußens ein Ergebnis der Polnischen Teilungen vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts war? Sie hatten das „mising link“ zwischen Pommern und Ostpreußen geliefert und so Preußen (abgesehen von seinen Besitzungen in Westdeutschland) überhaupt erst von der Altmark und Magdeburg bis nach Tilsit im Osten zu einem geschlossenen Territorialstaat gemacht. War im Zeitalter der Nationalbewegungen – trotz aller Germanisierungsversuche unter Bismarck – zuverlässig damit zu rechnen, daß die polnische Nationalbewegung die (Total)Revision der Teilungen nicht formell zu ihrem Programm erhob? Und entscheidend unter machtpolitischen Gesichtspunkten: die Grenze im Osten und damit das Bündnis-system des Deutschen Reichs war schon in den letzten Kanzlerjahren des Reichsgründers nicht mehr durch die im wesentlichen nur noch formale Fortdauer des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags gesichert<sup>166</sup>.

Generell hing in der Folge der Reichsgründung die Blockade „der Flexibilität der internationalen Ordnung“ als Damokles-Schwert über dem Bismarckschen Bündnis-system<sup>167</sup>. Das Verhältnis zu Frankreich war trotz ge-

<sup>165</sup> *Andreas Hillgruber*, Die gescheiterte Großmacht, Düsseldorf 1980, 15. Die Vermutung liegt nahe, daß Hillgrubers Urteil u. a. eine Frucht seiner „intensiven Gespräche“ war, die er 1976 bei einem USA-Aufenthalt mit Geoffrey Barraclough führte (7 f.).

<sup>166</sup> Wie sehr Bismarck die Sicht der deutschen Historiographie über die preußisch-russischen Beziehungen in den 1860er Jahren legendär geformt hat, wies überzeugend (vor allem auf Grund der russischen Archivquellen) *Stéphanie Burgaud* nach: Plädoyer für eine Reise nach Moskau. Eine neue Deutung der Bismarckschen Rußlandpolitik (1863–1871), in: FBPG 18 (2008), 97–116, jetzt: La politique russe de Bismarck et l'unicification allemande, Mythe fondateur et réalités politiques, Strasbourg 2010.

<sup>167</sup> Vgl. *H. A. Kissinger*, Der weiße Revolutionär (Anm. 72), 425.

legentlicher Phasen einer scheinbaren Entspannung resp. Normalisierung nicht grundlegend zu verbessern. Und im Nordwesten konnte Großbritannien den Anspruch auf unabhängige Weltmachtgeltung des Bismarck-Reiches (die die britische Seeherrschaft bedrohen würde) im „Nassen Dreieck“ vor Hamburg und Wilhelmshaven blockieren. Mit dieser Sperre für den freien Zugang zur Nordsee und damit zu den Weltmeeren war um so eher zu rechnen, als sich bei dem preußisch-deutschen Reichsgründungskrieg die prodeutsche Stimmung in der britischen Öffentlichkeit seit dem Herbst 1870 gewandelt hatte. Das geschah zu dem Zeitpunkt, als sich mit der geplanten Annexion von Teilen Lothringens einschließlich von Metz definitiv eine Entwicklung anzubahnen schien, die auch deutschfreundliche Kreise (wegen der gravierenden Veränderung der „balance of power“ wie im Hinblick auf den Willen der frankophonen Bevölkerung) als „offence against statesmanship no less than against morality“ verurteilten<sup>168</sup>.

Ende 1913 berichtete der belgische Militärattaché in Berlin über ein ausführliches Gespräch, das der Chef des preußischen Generalstabes mit ihm geführt und in dem der jüngere Moltke ihm die politisch-militärische Lage des Bismarck-Reiches in einer ungewöhnlich offenen Weise, wie folgt, dargelegt habe: Der nächste Krieg mit Frankreich, sei unausweichlich; sein Ausbruch stehe näher bevor, als der Militärattaché glaube. Zweimal versicherte Moltke, Deutschland wolle diesen Krieg nicht; aber es werde ihn führen, um die für das Reich unerträgliche internationale Situation einer Blockade seiner außenpolitischen Handlungsfähigkeit zu beenden. Das Reich werde in diesem Waffengang auch Schlachten verlieren. Aber schließlich werde es Frankreich besiegen. Denn England werde neutral bleiben. Die deutsche Hochseeflotte würde in einem Krieg mit England wegen der zahlenmäßigen Übermacht der Royal Navy zwar ihre Schiffe verlieren; aber ein solcher Krieg würde wegen der zu erwartenden Verluste der Home Fleet das Ende der globalen britischen Seeherrschaft bedeuten. Denn das ökonomisch-militärische Erbe würde den USA zufallen. Es sei diese Perspektive einer drohenden Ablösung des United Kingdom in seiner Rolle als erster Weltmacht durch die Vereinigten Staaten, die in dem bevorstehenden Krieg des Deutschen Reiches mit Frankreich die englische Neutralität garantiere<sup>169</sup>.

Die fundamentale politisch-militärische Fehlspekulation des jüngeren Moltke wiederholte sich vor dem II. Weltkrieg mit fatalen Folgen für die

---

<sup>168</sup> Zitat von *Gooch* (1917) nach *F. Eyck*, *Gooch* (Anm. 3), 266. Vgl. exemplarisch: *Scrutator* [*Malcolm MacColl*], *Who is responsible for the war?* London 1871 (Der Verfasser gehörte dem Umkreis von Bismarcks gehäßigem britischen Antipoden Gladstone an und konnte bei dieser scharfsinnigen Analyse der offiziellen Quellenpublikationen vermutlich auch Auskünfte des damaligen britischen Premierministers verwenden).

<sup>169</sup> Vgl. *Baron Beyens*, *Deux années à Berlin 1912–1914*, Bd. II, Paris 1931, 48–51.

preußisch-deutsche Großmacht unter der NS-Führung. In dem ersten Zweifronten-Krieg des Bismarck-Reiches hatte der preußische Generalstab 1917 dem Reich im Osten dadurch Luft verschafft, daß er mit der Durchreiseerlaubnis für Lenin aus der Schweiz nach Schweden (und dem anschließenden Ausscheiden Rußlands aus der alliierten Front gegen die Mittelmächte) Pate stand für die Entfesselung des Acherons der bolschewistischen Revolution. Fürst zu Eulenburg-Hertefeld mag sich bei diesem strategischen Manöver vielleicht noch einmal eines „Bismarckschen Zuges“ der preußisch-deutschen Politik erinnern haben, „der ihn befriedigte“: In dem Sezessionskrieg Preußens 1866 war der Reichsgründer bereit, den Bruderkrieg gegen die Mehrheit im Deutschen Bund um die „Suprematie“ in Mitteleuropa durch die Entfesselung des „Acherons der Nationalitäten“ gegen den Vielvölkerstaat der Habsburger Monarchie zu entscheiden.

In einer symbolischen Weise hat die nationalsozialistische Reichsführung ihre hybriden rassistischen Weltmachtziele mit der Erinnerung an Otto v. Bismarck und dem Schicksal der preußisch-deutschen Großmacht verknüpft. Die beidem im II. Weltkrieg modernsten Schlachtschiffe der neuen deutschen Flotte erhielten den Namen der „Bismarck-Klasse“; ihr als unsinkbar geltender Prototyp wurde bei seinem Stapellauf von einer Enkelin des Reichsgründers auf den Namen „Bismarck“ getauft<sup>170</sup>. Bei ihrem ersten Hochsee-Einsatz im Frühjahr 1941 versenkte die „Bismarck“ im Nordatlantik den britischen Schlachtkreuzer „Hood“, der in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen als mächtigstes Kriegsschiff der Welt bewundert wurde – ein Untergang mit Symbolkraft für den dramatischen Auftakt zum Ende der britischen Seeherrschaft auf den Weltmeeren und für das Einläuten der maritimen Präponderanz der USA.

Vor ihrer Rückkehr in den deutschen Machtbereich wurde die „Bismarck“ von britischen Marineflugzeugen gestellt; sie ging nach einem Torpedotreffer in ihrer Ruderanlage 1000 km westlich der Bretagne unter<sup>171</sup>. Es war dies das erste Menetekel für das „Dritte Reich“ Hitlers – wenige Monate vor dessen Überfall auf die Sowjetunion und knapp zwei Jahre vor seiner definitiven Katastrophe bei Stalingrad. 1945 war die vom NS-Regime beherrschte preußisch-deutsche Großmacht an den Flügelmächten des internationalen Staatensystems England/USA und Rußland endgültig gescheitert und damit Hitlers Versuch, von der Mitte Europas aus den Kontinent hegemonial zu

<sup>170</sup> Zu einem (ersten) Überblick über die Familie Bismarck in der Zeit des Nationalsozialismus vgl. *Eckardt Opitz*, Die Bismarcks in Friedrichsruh, mit Fotografien von *Reinhard Scheiblich*, Hamburg 1990, 103–112.

<sup>171</sup> Aus der Flut von deutscher und britischer Literatur über das Schlachtschiff vgl. den Erlebnisbericht eines Korvettenkapitäns der „Bismarck“ (und späteren Botschafters der Bundesrepublik) *Burkhard Freiherr von Müllenheim-Rechberg*, Schlachtschiff Bismarck. Ein Überlebender in seiner Zeit, Ungek. Taschenbuch-Ausgabe, Frankfurt a.M./Berlin 1992.

dominieren und „germanische“ Weltpolitik in großem Stil zu betreiben. Er war gescheitert, wie Montgelas während des Wiener Kongresses nach Napoleons Hegemonialversuch vorhergesagt hatte: im „Feuerofen der Vernichtung“.

Was dann nach 1945 folgte, war (mutatis mutandis) die Wende zu einem bipolaren und antagonistischen „Wiener“ System – unter den internationalen Bedingungen nach dem zweimaligen Scheitern des deutschen „Griffs nach der Weltmacht“. Es waren Jahrzehnte, in denen die Deutsche Frage (wie in dem von Bismarck endgültig zertrümmerten Wiener System) in der Epoche des „Kalten Krieges“ zwischen Ost und West und im Schatten der Atombombe bis zur Regierungszeit Gorbatschows und den antisowjetischen Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa 1989/90 nicht auf der Tagesordnung des internationalen Systems stand. Als es dann 1989/90 zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten kam – mit den durch die militärischen Niederlagen 1918 und 1945 bedingten Territorialverlusten (einschließlich der preußischen Gewinne bei den polnischen Teilungen) wie den europäischen „Bevölkerungsverschiebungen“ –, war die neue Bundesrepublik keine Replik des alten Bismarck-Reiches: auch wenn die westdeutsche Politik seit 1949 an dem völkerrechtlichen Prinzip festgehalten hatte, die Bundesrepublik sei die Fortführung des Deutschen Reiches von 1871. Die Souveränitätseinbußen und Souveränitätsverzichte nach 1945/49 waren für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, für die Machtstaatsnormalität einer europäischen Regierung in der Ära Bismarcks wie deren Großmachtambitionen und die der Nationalbewegungen (auf Dauer) völlig inakzeptabel. Das Grundgesetz von 1949 mit der Ermächtigung für den nationalen Souveränitätstransfer auf supranationale europäische Institutionen markiert am deutlichsten diesen Bruch mit einer nationalstaatlichen Vergangenheit, die in zwei Katastrophen geendet hatte. Die imperiale National- und Machtstaatsgründung Bismarcks in der Mitte Europas gehörte nach zwei Weltkriegen der Geschichte an. Als G. P. Gooch 1957 für die erste Publikation der preußischen Geheimakten zum Kriegsausbruch 1870 ein Vorwort schrieb, schloß er mit einer Art von Epitaph für den Reichsgründer: „At the close of his eventful life the Iron Chancellor confessed that he had made three wars, adding that he had settled all that with his maker. Fortunately for his peace of mind he passed away before the impermanence of the Hohenzollern Empire and the insecurity of the frontiers of the Reich were revealed in the testing fires of war“<sup>172</sup>.

---

<sup>172</sup> G. Bonnin, Hohenzollern Candidature (Anm. 28), 11. Nach dem Abschluss des Manuskripts macht mich mein Augsburger Kollege W. E. J. Weber noch auf folgenden, an entlegener Stelle erschienenen Titel aufmerksam: Markus Raasch (Hrsg.), Die deutsche Gesellschaft und der konservative Hero. Der Bismarckmythos im Wandel der Zeit, Aachen 2010 (ein Beitrag Webers über die Entwicklung des Bismarck-Bildes bei den Historikern der Weimarer Republik: 79 ff.